

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



29. August 1981
Jg. 2 Nr. 18

G 7756 D Preis:
2 DM



USA: Die Arbeiterbewegung sammelt die Kräfte gegen den wütenden Ansturm der Reaktion Seite 3



VW AG: Die Strategie des Konzerns: „Den Fuß in der Tür haben“ Seite 10



Nicaragua: Endlich Agrarreform, aber hohe Auslandsschulden gefährden die Revolution Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,00 DM

Inhalt

USA: Die Arbeiterbewegung sammelt die Kräfte gegen den wütenden Ansturm der Reaktion	Seite 3
Reagans „Steuersenkungsgesetz“ – Senkung nur für die Kapitalisten	Seite 4
US-Gewerkschaften zur Reagan-Politik	Seite 5
Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet	Seite 6
12. September Türkei-Demonstration: Gegen die Militärherrschaft und ihre Unterstützung durch die Bundesregierung	Seite 7
Binnenschiffer-Blockade: Bundesregierung verlangt „freie Rheinschifffahrt“	Seite 7
Neutronenbombe: Reagans Beschluß erfüllt heimliche Wünsche von BRD-Politikern	Seite 8
Bundeshaushalt: „Bild“ feuert die Regierung an	Seite 9
VW AG: Die Strategie des Konzerns: „Den Fuß in der Tür haben“	Seite 10
Niedriglohnländer: Gewerkschaften bekämpfen Konkurrenzdruck	Seite 11
Beschäftigung: Rückgang im gesamten Verarbeitenden Gewerbe	Seite 12
Reisehäufigkeit: Zunahme und Verteilung	Seite 12
„Friedensdiskussion“: CDU/CSU: Rüstungs- und Kriegspropaganda zur Verteidigung der Expansionssicherheit der BRD	Seite 13
Kaiser Wilhelm II. am 4. August 1914 vor dem Reichstag	Seite 16
Hitlers Aufruf an das deutsche Volk am 22. Juni 1941 ..	Seite 17
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	Seite 18
Hamburg: Chauvinistische Propaganda für das Kriegsdenkmal – der Klotz muß weg!	Seite 19
Kommunalhaushalt: Kiesl: Hin zu investiven Ausgaben	Seite 19
Westberlin: TUWAT-Kongreß kontra CDU-Senat	Seite 20
Bielefeld: Entlassungen in der Kinderklinik Bethel	Seite 21
Schleswig-Holstein: Bauern gegen die Regierungspolitik	Seite 21
Kündigungsschutz: Klageeingang in 20 Jahren verdoppelt	Seite 22

Hamburger Aluminiumwerk (HAW): Betriebsrat setzt Kantinenversorgung für Schichtgänger durch	Seite 22
Rechte des Betriebsrats bei Einführung bzw. Abschaffung von Schichtarbeit	Seite 23
Heidelberg: Prozeß gegen türkische Arbeiter	Seite 23
Zivildienst: Protest gegen zentrale Kurse	Seite 24
Preussag: Kapitalexpert statt Investitionen	Seite 24
Kernkraftwerk Whyl: Fortsetzung des Prozesses: Das juristische Gerüst für eine rasche Baufreigabe steht	Seite 25
8 Jahre Kampf gegen das KKW Whyl	Seite 25
Atomstrom billiger?	Seite 26
Stichwort Energiepolitik	Seite 27
Internationale Nachrichten	Seite 28
Frankreich: Entscheidende Phase im Kampf für die 35-Stundenwoche	Seite 29
Japan: Neue Runde der Aufrüstung	Seite 29
Nordirland: Politische Gefangene setzen Hungerstreik fort	Seite 30
VR Polen: Imperialisten wollen IWF-Beitritt	Seite 30
Libyen: USA provozieren militärischen Konflikt	Seite 31
Uganda: Imperialisten fassen wieder Fuß	Seite 31
Nicaragua: Endlich Agrarreform, aber hohe Auslandsschulden gefährden die Revolution	Seite 32
Minimalprogramm des Bündnisses der revolutionären Klassen	Seite 33
Aus Kultur und Wissenschaft	Seite 34
Naturreligion als „Phantasy“: Momo gegen die Zeit-Diebe. Sozialkritik sanft und jugendbuchwürdig	Seite 34
James Bond „In tödlicher Mission“	Seite 34
Die Idylle des Hausfrauendaseins	Seite 34
Eine preußische Familiensaga	Seite 35
Preußen-Ausstellung: Versuch, Anspruch auf fremdes Staatsgebiet zu begründen	Seite 35
Genossenschaftswesen: Gesichtspunkte aus der Kollektivierung in der DDR	Seite 36
Kraftfahrtversicherungstarif: Zinslose Kredite und Schröpfen der „mobilen Arbeitskraft“	Seite 37
Effektive Marktpreise der Arbeitskraft – Trend im Jahr 1980	Seite 38

Die Arbeiterbewegung sammelt die Kräfte gegen den wütenden Ansturm der Reaktion

Die Reagan-Regierung sonnt sich schon in dem Triumph, den Streik der 12000 Fluglotsen der Gewerkschaft Patco niedergeschlagen und damit die erste größere Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftsbewegung für sich entschieden zu haben. Höhnisch ließ Verkehrsminister Lewis der Internationalen Fluglotsenvereinigung, die ihre Vermittlung angeboten hatte, mitteilen, es gebe nichts zu verhandeln. Die

bourgeois, erkämpfte Rechte der US-Arbeiterbewegung mit allen Mitteln rückgängig zu machen und die gewerkschaftlichen Organisationen als Hindernisse des „freien Unternehmertums“ und „freien Wettbewerbs“ faktisch lahmzulegen und im öffentlichen Dienst direkt zu zerstören. Aber es ist auch Ergebnis des Streiks, daß die US-Gewerkschaften ihre Zusammenarbeit verstärken und zunehmend die Regie-

IAM (Machinists) hat der Patco-Streik schnell die Unterstützung der anderen Gewerkschaften und des Dachverbandes AFL/CIO gefunden. Der AFL/CIO zahlt Streikgelder, Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes organisierten u.a. in Washington und Boston Demonstrationen und Massenversammlungen. Auf Transparenten hieß es: „Alle Arbeiter haben das Recht zu streiken!“

Der Grund für die große Solidarität: Für die US-Arbeiterbewegung steht in dem Patco-Streik Enormes auf dem Spiel. Nach den Gesetzen haben die US-Bundesangestellten kein Streikrecht, auch kein Tarifrecht. Wie der AFL/CIO feststellt, dürfen sie nur „kollektiv betteln“. Gleiches gilt für die meisten Beschäftigten der Bundesstaaten und Gemeinden. „Es gibt kein Streikrecht gegen die öffentliche Sicherheit, von niemandem, nirgendwo und zu keiner Zeit.“ Dieser Ausspruch des von Reagan verehrten US-Präsidenten Coolidge, der 1919 einen Polizistenstreik zerschlug, kennzeichnet auch heute noch die Rechtslage der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Allerdings haben sie in den letzten Jahren den Dienstherrn vielfach durch Streiks zu Tarifverhandlungen und zu deutlichen Erhöhungen der Niedriglöhne im öffentlichen Dienst zwingen können. Die Zahl der Streiks im öffentlichen Dienst stieg von 250 1968 auf 550 1979, die Gewerkschaftsmitgliedschaft wuchs sprunghaft auf 38%, während sie in der Privatwirtschaft auf knapp über 20% fiel. Seit Jahren versucht die US-Bourgeoisie, diese Erfolge rückgängig zu machen: Als im letzten Jahr 33000 New Yorker Bus- und U-Bahn-Fahrer streikten, wurde die Gewerkschaft mit Strafen und Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe belegt. Bei den diesjährigen Lohnverhandlungen für die Postarbeiter drohte die Regierung im Falle eines Streiks mit 50000 Entlassungen und der Aufhebung des Postmonopols; der ausgehandelte Abschluß – 26% Lohnerhöhung auf drei Jahre, weit weniger als in der Industrie, dazu die Hälfte der Lohnerhöhung nicht anrechenbar auf den nächsten Tarif – muß jetzt in einer Urabstimmung noch angenommen werden. Die Regierung rechnet, daß durch die Unterdrückung der Fluglotsen die Postarbeiter von einem Streik abgeschreckt sind.

Weder im öffentlichen Dienst noch in der Privatwirtschaft besteht *aktuell*



Der Kongreß hat die Streichung von Renten für Bergleute mit Staublunge beschlossen. Demonstration der Gewerkschaft UMW in Washington.

Vereinigung könne sich davon überzeugen, daß die Entlassung der Streikenden die Flugsicherheit nicht verschlechtert habe. Statt vor dem Streik 17000 überwachen heute 9300 Lotsen den zivilen Flugverkehr in den USA – darunter 500 als Streikbrecher verpflichtete Militärlotsen sowie kurzfristig angelernte zivile Streikbrecher. Das Verkehrsministerium hat per Erlass die Zahl der US-Inlandsflüge um 25% gekürzt, um den Rausschmiß der 12000 Lotsen durchhalten zu können; wegen der bisherigen Überkapazitäten im Flugverkehr gibt es nur wenig Widerspruch von den Flugesellschaften. Weiter kompliziert wird der Kampf der Fluglotsen durch die gerichtliche Beschlagnahme des Streikfonds und durch das vor US-Gerichten anhängige Verfahren, das die Gewerkschaft auflösen soll wegen Verstoß gegen das Streikverbot.

Die Aussichten für einen Erfolg des Patco-Streiks sind schlecht und auch für einen Kompromiß ungewiß angesichts der Entschlossenheit der Reagan-Regierung und der US-Monopol-

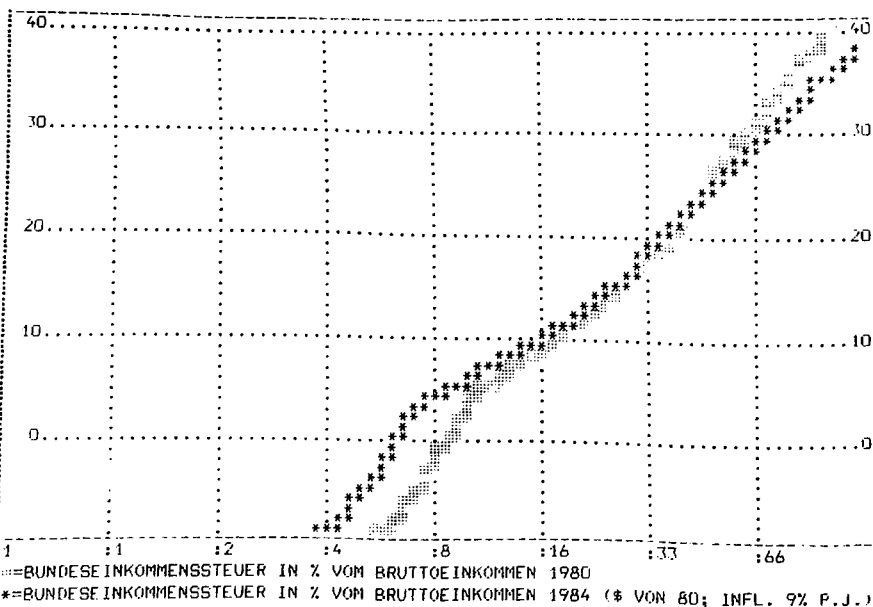
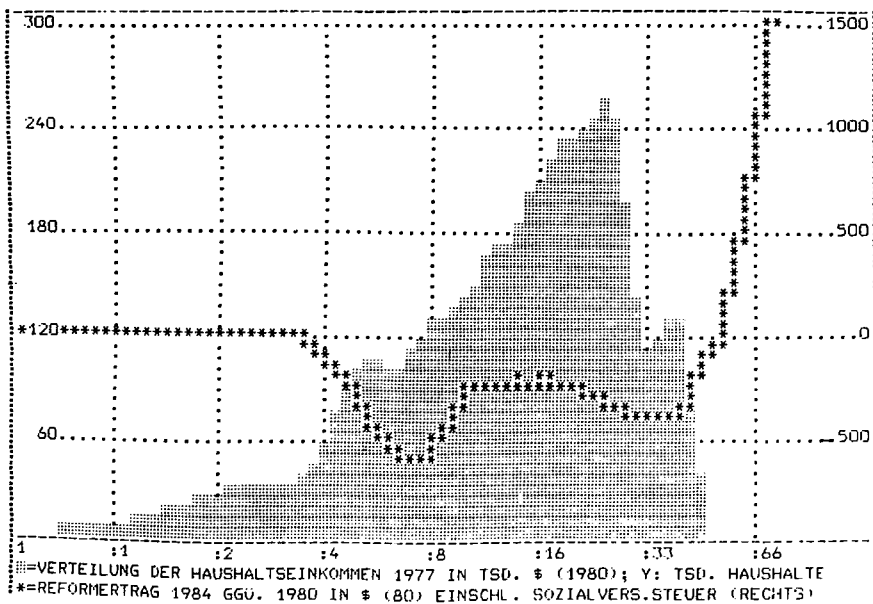
rung als Feind der US-Arbeiterbewegung angreifen, daß die seit der Reagan-Wahl verbreitete erdrückende reaktionäre Propagandaflut in den USA den Klassenkampf nicht ersticken kann und daß damit auch international das Bild des auf einer Woge chauvinistischer Begeisterung regierenden Ronald Reagan Risse bekommen hat.

Die Lotsengewerkschaft Patco hatte als eine der wenigen US-Gewerkschaften neben den Teamsters (LKW-Fahrer, Lagerarbeiter etc.) zur Wahl Reagans aufgerufen. Der jetzige Streik gegen die Reagan-Regierung zeigt, wie wenig das Wahlergebnis als bewußtes Votum für innere und äußere Reaktion interpretiert werden kann. Nach Meinungsumfragen hat die Bourgeoisie keineswegs die Öffentlichkeit gegen den Streik aufbringen können; 63% der Befragten erklärten, es müsse vernünftige Gründe für den Streik geben, wenn die Lotsen sogar den Arbeitsplatz riskierten. Trotz schlechter Vorbereitung und fehlender Absprachen z.B. mit der Pilotengewerkschaft und der Gewerkschaft des Bodenpersonals

Reagans „Steuersenkungsgesetz“ – Senkung nur für die Kapitalisten

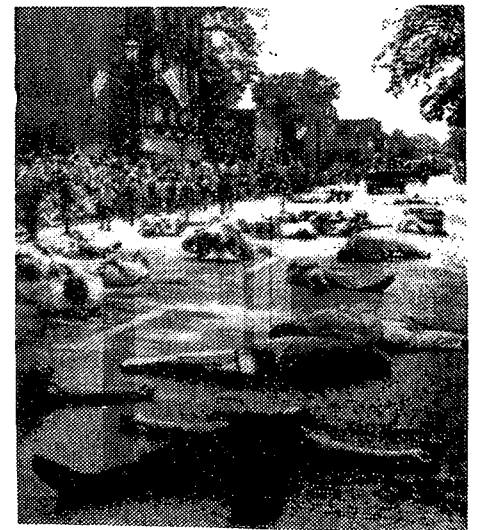
1984 tritt nach einer zweijährigen Übergangsphase das kürzlich vom Kongreß verabschiedete „Steuersenkungsgesetz“ voll in Kraft. Wir haben den Ertrag für eine vierköpfige Familie unter der Voraussetzung berechnet, daß a) die Inflation dem Durchschnitt des letzten Jahrfünfts entspricht und b) die Bruttoeinkommen damit Schritt halten. Weniger Steuern als 1980 werden – inflationsbereinigt – 1984 nur Haushalte mit Einkommen über 53000 \$/Jahr (130000 DM) zahlen, also Kapitalisten und ihre höchstbezahlten Funktionäre. Der durchschnittliche Arbeiterlohn betrug 1980 rund 12000 \$/Jahr. Am stärksten steigen die Steuern für die unteren Schichten der Arbeiterbevölkerung, wo bislang der

Freibetrag für Niedrigverdiener (nur bei Familien mit Kindern und Verdienst aus Lohnarbeit) die Steuer-schuld übersteigt und erstattet wird. Dieser Freibetrag wird in Reagans Gesetz als *einzig nicht* an die Inflation gekoppelt. Die Steuern für die meisten Facharbeiter steigen weniger stark. Dafür ist eine neue, teuflische Progressionsfalle eingebaut: Steigen die Löhne auch nur geringfügig schneller als die Inflation, wächst die Steuer überproportional. Umgekehrt soll die beabsichtigte Lohnsenkung erleichtert werden, indem bei Rückgang des realen Bruttolohns der reale Nettolohn etwas weniger fällt. – Die von den Einzelstaaten und Gemeinden erhobenen Einkommenssteuern blieben unberücksichtigt.



die Aussicht, daß die Arbeiterbewegung die andauernden Lohnsenkungen stoppen und die Angriffe auf erkämpfte Rechte eindeutig zurückschlagen kann. 1982 stehen Lohnabschlüsse in der Automobil- und der Zulieferindustrie (Gummi, Elektro) sowie für die LKW-Fahrer an. In der Automobilindustrie mußte die Gewerkschaft UAW unter dem Druck hunderttausender Entlassungen erheblichen Lohnkürzungen während der Laufzeit des Tarifs zustimmen, besonders bei Chrysler, dessen Löhne inzwischen 18% unter Ford und GM liegen; diese Einbrüche können durch den neuen Tarif 82 kaum wettgemacht werden. Ähnliches gilt für die LKW-Fahrer, wo die Aufhebung der strikten Lizenzvergabe für Transportunternehmen zum massenhaften Eindringen nichtorganisierter Unternehmen mit Niedriglöhnen in diese Branche und zur Massenarbeitslosigkeit von Teamster-Gewerkschaftsmitgliedern geführt hat. Nach jüngsten Daten des Statistischen Amtes ist allein von 1979 auf 1980 die Zahl der US-Einwohner unter der Armutsgrenze (8414 \$ für 4 Personen) von 11,7 auf 13% gestiegen. Das durchschnittliche Familieneinkommen verzeichnete den größten Einbruch seit 35 Jahren.

Aber gegen den hemmungslosen Raubzug und die brutalen Unterdrückungsmaßnahmen der US-Monopolbourgeoisie haben zum ersten Mal die US-Gewerkschaften mit den Organisationen der Afroamerikaner, Verbänden der Rentner und der Kriegsveteranen, Bürgerrechtskomitees etc. eine Aktionseinheit gebildet und für den 19. September zu einem Sternmarsch auf das Kapitol in Washington aufgerufen. Die Aktion richtet sich gegen die inzwischen beschlossenen Kürzungen der Sozialleistungen, gegen die Steuergesetzgebung, gegen die Angriffe auf Gewerkschaften und die Rechte



4. Juli (Nationalfeiertag): Demonstranten spielen Atomkriegsopfer, stören die Parade.

der Minoritäten, für die Verabschiedung eines Verfassungszusatzes, der die Gleichberechtigung der Frauen garantieren soll. Bislang hatte der Gewerkschaftsverband AFL/CIO Aktionen gegen die Regierung, noch dazu Aktionseinheiten, immer als zu radikal abgelehnt und stattdessen auf „gewerkschaftsfreundliche“ Abgeordnete meist der Demokratischen Partei gesetzt. Doch die sind inzwischen in Scharen auf Reagans Kurs eingeschwenkt. So zeichnet sich – ausgelöst durch den Triumph Reagans und die Auflösungserscheinungen des liberalen Lagers der Monopolbourgeoisie – eine mögliche Kräfteverschiebung auf Seiten der Arbeiterbewegung und der Volksbewegungen ab, die zu einer größeren Selbständigkeit gegenüber den Parteien der US-Monopolbourgeoisie und zu einer Sammlung der Kräfte des Fortschritts führen kann.

Für die längerfristige Stärkung der Positionen der US-Arbeiterbewegung sprechen die Anstrengungen, die die Stahlarbeitergewerkschaft USW zur gewerkschaftlichen Organisation des



500 militärische Fluglotsen sind inzwischen zu Streikbrucharbeiten verpflichtet worden, Modell für den gesamten öffentlichen Dienst.

Chemiegiganten Du Pont unternimmt, in dessen hundert Werken es nur Fabrikgewerkschaften gibt, oder die Organisationsbemühungen der Gewerkschaften in den Südstaaten.

Auch die Kriegspolitik ist unter Beschuß. Verschiedene US-Gewerkschaften verlangen ein Ende der US-Einmischung in El Salvador. Gegen die

schon von Präsident Carter beschlossene Stationierung von atomar bestückten Langstreckenraketen auf beweglichen Rampen im Bundesstaat Utah hat sich, unterstützt von der Mormonenkirche, eine Volksbewegung gebildet, die Reagan und Weinberger zur offiziellen Überprüfung der Entscheidung gezwungen hat.

US-Gewerkschaften zur Reagan-Politik

„In dieser Zeit braucht unsere Bewegung das höchste Maß an Einheit, das stärkste Verständnis und die stärkste Unterstützung von denen, für die wir sprechen, und alle zuverlässigen Bundesgenossen, die wir finden können. Wir haben zwei große, gewaltige Aufgaben: Die eine ist die bestmögliche Verteidigung der Sozialprogramme, die diese vergleichsweise humane Gesellschaft stärken, die wir in den letzten 50 Jahren mit aufgebaut haben; der Widerstand gegen alle Versuche, unser Land in eine Zwei-Klassen-Gesellschaft aufzuspalten, in der sich der ganze Reichtum auf der einen Seite konzentriert, die alle Großzügigkeiten und Wohltaten der Regierung genießt, während auf der Gegenseite Entbehrungen und Existenzunsicherheit herrschen. Die zweite Aufgabe ... ist, alles in unserer Macht Stehende vor den nächsten Wahlen zu tun, damit unsere Freunde in den Kongress zurückkehren ...“ (AFL/CIO-Präsident Lane Kirkland auf dem Kongreß der Textilarbeitergewerkschaft ACTWU am 2.6.81)

„Der Arbeitsminister hat vorgeschlagen, das 40 Jahre alte Verbot von Heimarbeit ... aufzuheben. Das droht, den Weg für die Rückkehr der ‚Schweißbuden‘ in die Wohnungen der Arbeiter zu öffnen und die traditionellen Schutzstandards für Arbeiter, Unternehmer und Verbraucher

zu untergraben und schließlich zu zerstören. Das umso mehr, als viele Heimarbeiter illegale Einwanderer sind, die ohne Arbeitsgenehmigung arbeiten und in ständiger Angst vor den Behörden leben. Sie werden aus Furcht, deportiert zu werden, Verletzungen der Mindestlohn-Gesetze durch die Heimarbeits-Unternehmer nicht an die Arbeitsbehörden melden. Es ist völlig klar, daß dies die Unternehmer ermutigen wird, Arbeit aus den Fabriken an ungeschützte Heimarbeiter zu geben.“ (AFL/CIO, 7.5.81)

„Das Steuerprogramm der Regierung wird als ‚gerecht‘ für Personen und ‚neutral‘ für Unternehmen präsentiert. Es ist weder das eine noch das andere. Die Steuerersparnis bei der Einkommensteuer fließt hauptsächlich den höchsten Einkommen zu – 30% für die 5% Spitzenverdiener. Dagegen würden bei dem Vorschlag, den wir unterstützen, 60% der Steuererleichterungen der Masse der Steuerzahler zufließen, die weniger als 30000 \$ jährlich verdienen ... Ebenso werden Unternehmen mit den höchsten Profiten den Löwenanteil der Steuersenkungen für Unternehmen kassieren. Dagegen werden von der Krise erfaßte Industriezweige wie Auto und Stahl davon kaum profitieren ... Beim gegenwärtigen Zustand der US-Wirtschaft gibt es für uns keinerlei Grund, warum die Regierung ein Unternehmen für Aus-rüstungsimporte belohnen sollte.“

(Kirkland vor dem Finanzausschuß des US-Senats, 20.5.81)

„Gouverneur Reagan wurde Präsident mit starker Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung, und besonders der Teamster ... Wir sind zuversichtlich, daß er unverzüglich handeln wird, um Amerikas wirtschaftliche Stärke wiederherzustellen und unserem Volk wieder Arbeit zu geben. Dafür versichern wir ihm unsere uneingeschränkte Zusammenarbeit.“ (Franz Fitzsimmons, damals Präsident der Teamster-Gewerkschaft, am 18.11.80)

„Wir werden unsere gewerkschaftliche Unterstützung fortsetzen, um die uns unsere Brüder und Schwestern in El Salvador gebeten haben. Die Arbeiter dieses Landes ... sind Opfer in einem Kampf zwischen rechts und links. Sie werden terrorisiert von den Vertretern alter Privilegien, des Monopolbesitzes und der Klassenherrschaft sowie von doktrinären Revolutionären, die ihr Geschäft mit dem sozialen Aufruhr und dem Wirtschaftschaos machen. Beide Seiten sind entschlossen, zu herrschen oder das Land ins Verderben zu stürzen.“ (Kirkland auf dem IMB-Weltkongreß, 25.5.81)

„Als Gewerkschafter und Amerikaner, die sich um Menschenrechte für alle sorgen, verurteilen wir alle Formen der US-Hilfe für das gegenwärtige Regime in El Salvador.“ (W. Winsipinger, Präsident der International Association of Machinists IAM im AFL/CIO)

OPEC-Konferenz gescheitert

Nach ihrer Konferenz in Genf vom 19.-21.8. ist die OPEC in eine schwere Krise geraten. Die 13 OPEC-Staaten konnten sich nicht auf ein einheitliches Preissystem einigen. Darauf erklärte die Delegation Saudi-Arabiens, sie sei nicht bereit, die saudische Rohöl-Förderung wesentlich zu drosseln. Das wäre aber nötig, um den übrigen Mitgliedern bei dem gegenwärtigen Überangebot von Rohöl eine Beibehaltung ihrer Preise zu gestatten. Die Imperialisten frohlocken, jetzt müßten mehrere Staaten ihre Preise drastisch senken, um ihr Öl weiter verkaufen zu können. — Hintergrund der wachsenden Widersprüche in der OPEC ist die unterschiedliche Lage der Mitgliedsstaaten, die die Imperialisten zu Erpressungen nutzen. Mexiko, Nigeria, Algerien, Indonesien z.B. sind enorm verschuldet und zur Bezahlung ihres Schuldendienstes an die Imperialisten ständig auf einen hohen Rohöl-Export Erlös angewiesen. Die Zins-treiberei der Imperialisten hat ihre Lage weiter verschärft. Die Imperialisten orderten in letzter Zeit fast nur noch das billigere saudische Öl, um die übrigen Staaten zu Preissenkungen zu zwingen.

USA: Justizterror gegen Kriegsgegner

Acht christliche Kriegsgegner wurden in den USA wegen „krimineller Konspiration“ zu Gefängnis verurteilt, die „Rä-delsführer“, Jesuitenpater Berrigan und sein Bruder, zu zehn bzw. drei Jahren. Sie hatten 1980 bei General Electric in Pennsylvania, zwei atomare „Mark 12 A“-Sprenkköpfe zerstört und Konstruktionspläne vernichtet.

BRD-Fregatte in Karibik-Manöver

Die Bundesmarine beteiligt sich mit der Fregatte „Köln“ an dem NATO-Seemanöver „Ocean Venture 81“, das die USA am 1.8. im Südatlantik begannen und seit Mitte August in der Karibik fortsetzen. Im Rahmen dieses Manövers landeten in der letzten Woche US-Marineinfanteristen auf dem auf kubanischem Territorium gelegenen US-Stützpunkt Guantanamo. — Seit fünf Jahren führt die Bundesmarine regelmäßig Übungen außer-

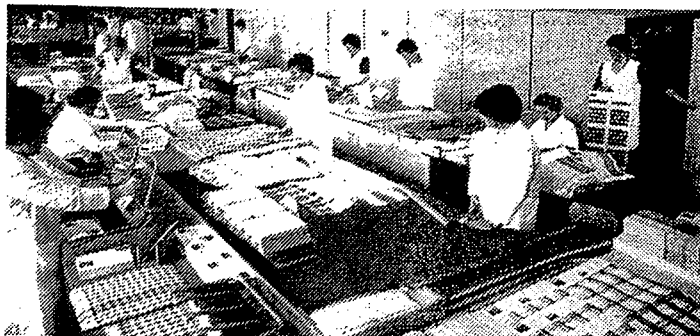
halb des „NATO-Einsatzgebietes“ durch. Erst kürzlich unternahmen westdeutsche Marineeinheiten eine „Besuchsreise“ nach Lateinamerika. Dort führten sie mit Schiffen der brasilianischen, venezuelanischen und kolumbianischen Marine Übungen durch.

UN-Resolution zu Puerto Rico

Zum größten Ärger der US-Imperialisten hat das UNO-Komitee für Dekolonisierung eine Resolution verabschiedet, in der die UN-Vollversammlung aufgefordert wird, die US-Kolonie Puerto Rico auf die Tagesordnung zu setzen. Schon früher hat sich das Komitee für das Selbstbestimmungsrecht Puerto Ricos ausgesprochen, die UNO aber nicht zu Beschlüssen aufgefordert. Seit 1898 halten die USA Puerto Rico, die kleinste Insel der karibischen Großen Antillen, kolonial besetzt.

Ist Schutzlosigkeit ein Menschenrecht?

Am 13. August fällt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, Organ des Europarates mit Sitz in Straßburg, einen Spruch gegen die Koalitionsfreiheit in Großbritannien. Er gab drei früheren Beschäftigten der Britischen Staatseisenbahn Recht, die gegen ihre Entlassung geklagt hatten. Diese entsprach dem damals geltenden Recht, daß nach Abschluß eines Abkommens der Gewerkschaft mit dem Arbeitgeber, nur Gewerkschaftsmitglieder zu beschäftigen, nur religiöse Gründe zur Ablehnung des Gewerkschaftsbeitritts geltend gemacht werden konnten. Auf solche Gründe berief sich aber keiner der drei Kläger. 1980 schränkte die Thatcher-Regierung das weitgehende Kollektivrecht der Gewerkschaften ein. Sie vermehrte die Weigerungsgründe gegen den Gewerkschaftsbeitritt um „Gewissensgründe oder andere tiefempfundene persönliche Überzeugungen“ und schrieb die Zustimmung von 80% der Belegschaft zu einem solchen „closed-shop“-Abkommen vor. Der Gerichtshof urteilte, § 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention sei durch die Entlassung der drei Eisenbahner verletzt. In diesem Paragraphen ist gerade die Gewährleistung der Koalitionsfreiheit festgehalten. Der



Statt wie im Mai beschlossen 2,1 Mrd. DM wird die belgische Regierung bis 1985 bis zu 3,8 Mrd. DM für die „Sanierung“ der Textil- und Bekleidungsindustrie zahlen. Erklärte Absicht des „Textilplans“ ist die Senkung der Lohnkosten, v.a. durch Steigerung der Ausbeutung und die Entlassung von 20000 der jetzt 120000 Beschäftigten. Lauthals hatten die Kapitalisten über schlechte Konkurrenzbedingungen aufgrund hoher Löhne und „kurzer“ Wochenarbeitszeiten geklagt.

	B	BRD	NL	I	F	DK
Nettostd.lohn	3,50	2,34	2,68	2,34	2,30	5,50
Tarifl. Arb.zeit	38	40	40	40	40	40

Nettolohn im März 1980 in ERE; 1 ERE = 2,50 DM

Gerichtshof sieht die individuelle Freiheit gefährdet und bringt das „negative Recht“ ins Spiel, einer Gewerkschaft nicht beizutreten. Er bringt eine kollektive Schutzmaßnahme der Arbeiterbewegung gegen die Käufer ihrer Arbeitskraft herunter auf die Entscheidung einer machtlosen Einzelperson für oder gegen Gewerkschaften. Sorgfältig hat der Gerichtshof jede Kritik an der britischen Regierung vermieden, vielmehr gibt er ihr grünes Licht für ihre Bemühungen, „closed-shop“-Ver-einbarungen weiter einzuschränken und zu verbieten.

48-Stunden-Woche?

Das Arbeitsministerium hat einen „Rohentwurf“ für eine neue Arbeitszeitordnung vorgelegt. Vorgesehen sei eine Reduzierung der wöchentlichen Dauer der Arbeitszeit auf bis zu 48 Stunden, der täglichen bis zu 9 Stunden, jeweils einschließlich Überstunden. Das Bundesarbeitsgericht erklärt, daß gegenwärtig die Arbeitszeit auf bis zu 60 Stunden in der Woche ausgedehnt werden kann (6x8 Std. plus bis 2 Überstunden an 30 Tagen im Jahr, vergl. Politische Berichte 17/81). Tariflich gilt fast überall die 40-Stunden-Woche. Im Kampf gegen den höheren Verschleiß durch Mehrarbeit verlangen die Gewerkschaften eine Abgeltung durch Freizeit. — Lambsdorff für die FDP

fordert: die 56-Stunden-Woche soll ins Gesetz. Und Blüm (CDU-Sozialausschüsse) ist überhaupt gegen „starre Regelungen“ und für „Spielraum“. — Aber schon eine gesetzliche Novellierung als 48-Stunden-Woche würde den Kapitalisten „Spielraum“ zum Angriff auf die tariflich vereinbarte Arbeitszeit lassen.

Österreich: Fotokonzern Eumig pleite

Am 18.8. hat der Fotokonzern Eumig Konkurs angemeldet. Durch diese Pleite bahnt sich 1981 ein Insolvenzrekord an. Der Konzern — Ende 1980 von der Länderbank übernommen — ist heute bei ihr mit 2,5 Mrd. Schilling verschuldet (357 Mio. DM), hat rund 110 Mio. Schilling Verbindlichkeiten und die Juli-Akkordzuschläge nicht gezahlt. 3081 Arbeitsplätze in den vier Werken stehen auf dem Spiel. Bis auf das Werk im Wiener Neudorf liegen alle in strukturschwachen Regionen. Das Werk Fohnsdorf in der Steiermark wurde extra als Ersatz für entlassene Bergarbeiter gegründet. Jetzt soll Siemens gewonnen werden, dort Industrieroboter zu fertigen. Die Regierung bietet 100000 Schilling Zuschuß pro Arbeitsplatz, ERP-Kredite und Mittel aus der Arbeitsmarktvverwaltung. Im Wiener Neudorf werden 287 Arbeiter von einer Auf-fanggesellschaft übernommen. Auch Grundig hat Interesse bekundet.

12. September Türkei-Demonstration

Gegen die Militärherrschaft und ihre Unterstützung durch die Bundesregierung!

Für den 12. September, den ersten Jahrestag des Militärputsches in der Türkei, ruft die nationale Koordination der Türkei- und Kurdistankomitees in der BRD zur Demonstration in Duisburg auf. Zwischen den Komitees und den teilnehmenden türkischen, kurdischen und westdeutschen Organisationen (u.a. BWK, GIM, KABD, KB) wurden folgende Ziele der Demonstration vereinbart:

- Gegen die faschistische Militärdiktatur in der Türkei – Protest gegen Folter und Hinrichtungen
- Für die Stärkung des Widerstandes gegen die Junta in der Türkei und Türkisch-Kurdistan
- Für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes
- Gegen die finanzielle, militärische und politische Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung und den Westen

In den Verhandlungen konnten zwei türkische Organisationen nicht für ein gemeinsames Vorgehen gewonnen werden. Diese rufen zu Demonstrationen in Köln bzw. Dortmund auf.

Einen Monat vor dem Jahrestag des Putsches ist die Bilanz der Militärherrschaft eindeutig: 1313 Anträge auf Todesstrafen sind vor den Militärgerichten gestellt worden, hauptsächlich gegen Mitglieder revolutionärer Organisationen und gegen Funktionäre des verbotenen DISK-Gewerkschaftsverbandes. Das Justizministerium berichtet stolz über 5000 Registrierungen täglich bei Polizei- und Militäraktionen. „Auf der Flucht“ erschossen wurde bei einer dieser Aktionen Ende Juli der Vorsitzende der DISK-Gewerkschaft Leder Kenan Budak. Dies Vorgehen ist kein Einzelfall.

Hauptsächliche Auftraggeber und Nutznießer dieser Militärherrschaft sind die westlichen Imperialisten, allen voran die BRD und die USA. So haben sich nach Angaben des türkischen staatlichen Planungsamtes die ausländischen Kapitalanlagen stürmisch entwickelt: 1979 war noch eine Abnahme von 6,4 Mio. \$ zu verzeichnen, in 1980 ein Plus von 97 Mio. \$ und allein in den ersten sieben Monaten 1981 ein Zugang von 173 Mio. \$ oder einem guten Drittel der damit insgesamt 498,1 Mio. \$ ausländischen Kapitals in der Türkei. Mit 26 Firmen, die von dem neuen Gesetz über das Fremdkapital Gebrauch gemacht haben, liegen die BRD-Imperialisten an der Spitze im Kampf um die Beuteteilung vor den

USA mit 16 Firmen, Frankreich und der Schweiz mit je 7 Firmen.

Die Kapitulation vor diesen imperialistischen Interessen hatte die türkische Regierung im Januar vergangenen Jahres mit der Annahme des „IWF-Sanierungspaketes“ gezeichnet. Durch Aufhebung des festen Lira-Kurses gegenüber dem Dollar und der staatlichen



Bild links: Allein in Istanbul wird der Anteil der Bewohner von Elendsquartieren auf die Hälfte der Bevölkerung geschätzt. In Ankara und Izmir soll dieser Anteil noch höher liegen. – Bild rechts: Militäraktion in Istanbul.

Preisfestsetzungen hat dieses Programm zu Inflationsraten von über 100% im letzten Jahr und zu etwa 50% nach dem bisherigen Verlauf für dieses Jahr geführt. Ebenso mußte die türkische Nationalbank die Zinssätze freigeben: sie schnellten von z.T. 10% auf jetzt bis zu 55%. Die Kleinunternehmen halten diese Belastung nicht aus, die Arbeitslosenrate treibt auf 25% zu. Gleichzeitig verlangt das IWF-Programm die Einstellung jeder Subventionierung für die die türkische Wirtschaft bestimmenden staatlichen Betriebe. Entlassungen sind die Folge: der Beschäftigtenstand ist bei den staatlichen Monopolbetrieben von 81000 auf 66000 im ersten Halbjahr gefallen.

Erst nachdem die Regierung dieses Programm akzeptiert hatte, haben die westlichen Imperialisten Umschuldungen zugestimmt. Nach dem bis dahin gültigen Haushaltsplan hatte die Türkei im letzten Jahr 94,3% des gesamten erzielten Exporterlöses an Tilgung (1464 Mio. \$) und Zins (1280) an die westlichen Imperialisten zu bezahlen. Nach der Umschuldung im Sommer letzten Jahres betrug die von der Türkei verlangte Summe an Tilgung und Zins immer noch 45,4% der türkischen Exporteinnahmen von 2,9 Mrd. \$

1980. Zur Eintreibung dieser Schulden wurde auf IWF-Verlangen eine Steuerreform durchgesetzt, die die Lage der kleinen Unternehmen und der Landwirte spürbar weiter verschärft, und die für die Lohnabhängigen für über die Freibeträge hinausgehende Einkommen einen *Anfangssteuersatz* von 40% bereithält. Vorübergehende Steuerleichterungen für Lohnabhängige wurden auf Anordnung der Junta direkt mit festgesetzten „Lohnerhöhungen“ verrechnet, die hinter die Inflationsrate deutlich zurückbleiben.

Im Bundestag bei der Haushaltsberatung im Juni heuchelte Genscher „Betroffenheit“ über Nichtbeachtung



von „Grundsätzen des Rechtsstaats“ in der Türkei. Mit Genschers Erklärung, „daß die Bundesregierung die geplante Hilfe laufend prüfen“ würde mit den beteiligten Ausschüssen, ist die BRD-Regierung bemüht, die Verhältnisse in jeder Beziehung auf den Kopf zu stellen: die enorme Verschuldung und die Verstärkung der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Türkei sind Ergebnis der „Hilfen“, der in die NATO integrierte Militärstiefel ist das dazu passende Mittel, um Zins und Zinseszins und die Kapitalanlage zu sichern.

Binnenschiffer-Blockade Bundesregierung verlangt „freie Rheinschifffahrt“

Am 8.8. beschloß eine Versammlung von 1000 der 4000 niederländischen Binnenschiffer, zur Durchsetzung ihrer Forderungen an die Regierung die Wasserstraßen des Landes zu blockieren. Am 10.8. hatten sie bereits 32 Blockaden errichtet, an denen sich insgesamt bis zu 900 Schiffe beteiligten. Der Wassertransport ruhte vollständig, und auch die Häfen Rotterdam und Amsterdam, bedeutende Umschlagplätze, waren blockiert.

Kurz nach Beginn der Aktion schickte der westdeutsche Verkehrsminister Hauff der niederländischen Regierung ein Telegramm mit der geradezu ultimativen Aufforderung, die Blockade zu brechen. Nach der Mannheimer Rheinschiffahrtsakte von 1868 habe sie für freien Schiffsverkehr auf dem Rhein zu sorgen.

Nicht nur die niederländischen Kapitalisten – über 20% des inländischen Gütertransports wird auf den Wasserwegen befördert – gerieten durch die Blockade in Bedrängnis. Die westdeutschen Rheinhäfen schlagen jährlich im Verkehr mit den niederländischen und belgischen Seehäfen über 90 Mio. t um, das entspricht ungefähr dem Umschlag der Nordseehäfen Hamburg und Wilhelmshaven zusammen. Insbesondere die Stahlkapitalisten im Ruhrgebiet drängten, weil die Erze aus Übersee nicht herangeschafft werden konnten.

Aber nicht nur die Blockade, auch die Forderungen der Schiffer kollidierten mit den Interessen der Kapitalisten nach billigem Transport. Die Binnenschiffer verlangten, das in früheren Kämpfen erreichte und verteidigte Sy-

stem der „proportionalen Frachtverteilung“ auf alle Bereiche auszuweiten. Bisher sind davon v.a. Sand und Kies und damit rund die Hälfte der Frachten ausgenommen. Dieses System bedeutet, daß die Schiffer den Zuschlag für die Fracht auf einer Schifferbörse in der Abfolge ihrer Ankunft bekommen. Damit konnten sie unterbinden, daß sie sich gegenseitig im Frachtpreis unterbieten. Bei Sand und Kies bekommen in der Regel die großen Reedereien den Zuschlag, da sie die kleinen Binnenschiffer, die nur ein Schiff haben und oft noch ein altes, unterbieten können.

Die niederländische Regierung reagierte prompt auf die westdeutsche Aufforderung: Mit Marine-Schleppbooten, Wasserpolizei und Mobilen Einheiten der Polizei konnte sie die Blockade am 14.8. brechen. Die Forderungen der Schiffer blieben vorerst unerfüllt, aber ihr Kampf geht weiter. Für den 5.9. rufen die selbständigen Rheinschiffer aus den Niederlanden, Belgien und der BRD zu einem internationalen Frachttribunal in Rotterdam auf: Sie fordern ein kollektives Frachtsystem und Mindestpreise.

sich im April 78 in den USA, „daß die Entscheidung über die Aufnahme der Produktion in die ausschließliche Kompetenz des US-Präsidenten gehöre, daß aber die Waffe an sich Thema der Konsultationen innerhalb der NATO gewesen sei. Die Bundesrepublik Deutschland trete jetzt für die Herstellung der Neutronenwaffe ein, doch sei dies keine ausschließlich deutsch-amerikanische Entscheidung, sondern setzte einen Beschluß der NATO voraus.“ Mit dieser Stellungnahme war sowohl Carter die positive Entscheidung überlassen, wie gleichzeitig der BRD eine Hintertür offen. Carter stieg aus und verkündete die Aufschiebung des Bau der Waffe. Plötzlich stand die Bundesregierung als fast alleiniger Fürsprecher für die Stationierung der Neutronenwaffe da. Im Bulletin der Bundesregierung heißt es daraufhin:

„Die Bundesregierung hat deshalb frühzeitig eine rüstungsbegrenzungspolitische Nutzung der Option auf Neutronenwaffen vorgeschlagen.

Die wesentlichen Elemente unserer Haltung waren und sind:

Erstens: Die Bundesregierung hat sich schon zu Zeiten des Bundeskanzlers Adenauer feierlich zum Verzicht auf Atomwaffen verpflichtet. Wir haben diese Verpflichtung mit unserer Ratifikation des Nichtverbreitungsvertrages bekräftigt.

Eine Teilnahme an der Entscheidung eines Kernwaffenstaates über die Produktion z.B. von Neutronenwaffen, über die Produktion von nuklearen Waffen insgesamt würde der Bundesrepublik Deutschland, die kein Kernwaffenstaat ist, entgegen aller bisherigen Praxis eine Mitentscheidung über die Herstellung nuklearer Waffen zuweisen. Deshalb mußte und deshalb muß eine etwaige Produktionsentscheidung eine souveräne Entscheidung der Vereinigten Staaten von Nordamerika bleiben.

Zweitens: Nach einer etwaigen Produktionsentscheidung der USA sollten die sich bietenden Möglichkeiten zu Fortschritten bei Rüstungsbegrenzungsverhandlungen, insbesondere bis zur tatsächlichen Dislozierung der Neutronenwaffe, geprüft und solche Möglichkeiten in Verhandlungen so dann auch tatsächlich genutzt werden.

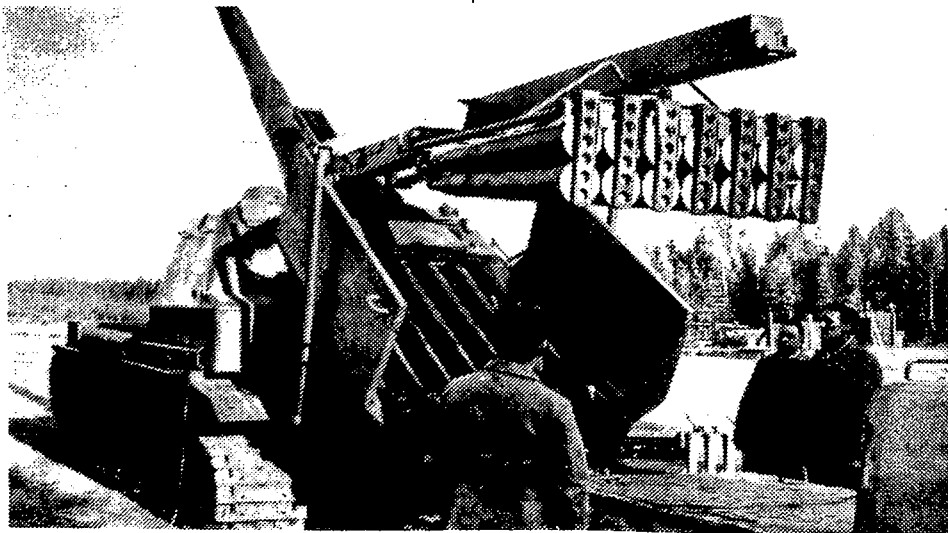
Neutronenbombe

Reagans Beschluß erfüllt heimliche Wünsche von BRD-Politikern

Die Überraschung, mit der führende BRD-Politiker sich gelegentlich Reagans Beschluß, die Neutronenwaffe jetzt doch einzuführen, schmücken, paßt zu der Tradition verlogener Rüstungsdiplomatie, welche von Adenauer bis heute in der BRD zur Vertuschung von Kriegsvorbereitungsunternehmen geübt wurde. Der rüpelhafte Ton, den Reagan und vor allem sein Verteidigungsminister Weinberger zu hören gaben, basierte nicht auf der rüden Natur dieser Leute, sondern war möglich, weil die Zustimmung der BRD zur Stationierung dieser Waffe lange schon bei den Akten lag.

Zur Erinnerung: Bereits 1977 war die öffentliche Diskussion dieser Waffe aufgeflackert, da deren Entwicklung so weit fortgeschritten war, daß in den USA Entscheidungen über Umfang der Produktion und Ausmaß der Einführung fällig wurden. Die Waffe ist von ungewöhnlicher Grausamkeit, der damalige Präsident Carter wollte die ideologische Verantwortung für deren Einführung in Europa nur auf sich nehmen, so weit ihm ein klares Ersuchen der europäischen Verbündeten vorlag. Diese Ermutigung ward ihm aus der BRD nur durch die Unionsparteien und den Kanzler Schmidt samt Außenminister Genscher zuteil. Die Parteigliederungen der SPD legten sich

quer. Der Parteikongreß der SPD in Hamburg im Herbst 1977 faßte einen Beschluß, durch den die Bundesregierung aufgefordert wurde, „im Rahmen ihrer Sicherheits- und Abrüstungspolitik die politischen und strategischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß eine Lagerung der Neutronenwaffe auf dem Gebiet der Bundesrepublik nicht notwendig wird.“ Trotz diesem Beschluß legte sich die Bundesregierung gegenüber Carter anders fest. Genscher erklärte bei einem Blitzbe-



Die Neutronenbombe wird auch mit 200- und 155-mm-Haubitzen abgeschossen.

Drittens: die Bundesregierung hat in den Konsultationen ihre Bereitschaft erklärt, dann die Lagerung von E.R.-Waffen (Neutronenwaffen, Anm. d. V.) auf dem Territorium der Bundesrepublik zuzulassen, wenn nicht innerhalb von zwei Jahren nach amerikanischer Produktionsentscheidung die westliche Seite deshalb auf die Dislozierung verzichtet, weil inzwischen entsprechende Resultate von Rüstungsbegrenzungsverhandlungen vorliegen.

Bei diesem letzten Punkt ging die Bundesregierung ausdrücklich davon aus, daß in solchem Fall darüber ein gemeinsamer Beschluß im Bündnis herbeigeführt werden würde. Sie hat gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß die Dislozierung von E.R.-Waffen nicht allein auf deutschem Territorium erfolgen könnte."

Dies ist dann Stand der Neutronendinge geblieben. Rückblickend mutet erstaunlich an, wie der öffentliche Eindruck entstehen konnte, die Einführung dieser Waffe sei vorderhand wenigstens abgewendet, zumal die Umbauten verschiedener Waffen, die zur Benützung dieser Neutronenbomben und Granaten Voraussetzung sind, von Carters Stopp-Befehl ausdrücklich ausgenommen waren. Reagan wiederum beklagte sich schon im März 80, noch im Raupenstadium des 'ausichtsreichen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen', öffentlich, die Carter-Regierung habe dem deutschen Bundeskanzler zu viel zugemutet, als sie ihn erst zu einem positiven Votum zur Neutronenbombe nötigte und dann damit stehen ließ. Der rüde Ton, in dem jetzt Reagan und Weinberger nicht nur die Produktion, sondern – andeutungsweise – auch die Stationierung in Europa ankündigten, war durch die Stellungnahme der Bundesregierung vom April 1978 ermöglicht und dient dem Zweck, das vitale und geäußerte Interesse führender Persönlichkeiten in Westeuropa, vor allem in der BRD, welches an der Einführung dieser Waffe besteht, in den Hintergrund zu drücken.

Wieso wollen Militärs und Politiker die Neutronenwaffe unbedingt stationiert wissen? Wieso bemüht sich Alt-Präsident Scheel fort vom Ruhestandsschoppen hin zur Bildzeitung zwecks Mitteilung, die Waffe sei rein defensiv? Kurz gesagt, weil das Gegenteil der Fall ist.

Die Mittelstreckenraketenrüstung des Westens leidet unter der Einsatzproblematik, daß zwar die UdSSR ihre Mittelstreckenraketen auf den Seeschub der NATO konzentrieren könnte, also ohne Zivilpersonen direkt zu gefährden, der Westen aber so frei sein müßte, im Gegenzug industrielle Produktionsanlagen und damit unvermeidlich Nichtkombattanten zu bombardieren. Würde die UdSSR im Kriegsfall auf den Einsatz von Mittelstreckenraketen verzichten, könnte die

NATO nur schwerlich eine moralische Ausrede zum Ersteinsatz solcher Waffen finden und würde eine große Vergeltung auch im Falle eines Gegenschlages unbedingt herausfordern. Anders bei der Neutronenwaffe. Sie ist einsetzbar gegen große Truppenkonzentrationen sowie gegen Seekriegseinheiten. Der Besitz dieser Waffe in großer Stückzahl würde die UdSSR nötigen, ihre Überwasserflotte zurückzuhalten. Ob dann die Nachschubverbindung aus den USA allein durch U-Boot-Einsätze in ein Konvoisystem gezwungen werden könnte, ist angesichts des Vorsprungs der USA in der für die U-Boot-Abwehr wichtigen Elektronik fraglich. Mithin wäre der Nachschub auch mit sehr zielgenauen Raketen wirksam erst in den europäischen Häfen zu treffen. Die massenhafte Verfügbarkeit dieser Waffe für den Seekrieg würde also die Raketenziele der UdSSR von Nachschubkonvois auf Häfen verschieben. Im Landkrieg endlich eingesetzt, würde sich diese Waffe als großartiges Angriffsinstrument erweisen. Sie ist geeignet, jede Truppenkonzentration, also auch eine jede Verteidigungsstellung aufzureißen, bekanntlich sind Truppenkonzentrationen nicht nur Merkmal des Angriffs, sondern gerade der Verteidigung auch. Die radioaktive Verseuchung würde so stark nicht sein, daß durch ein derartig bearbeitetes Gefechtsfeld nicht eigene Panzerkräfte nachstoßen könnten, um aufzuräumen, was noch lebt.

Die Mittelstrecken-, um das richtige Bahr-Wort zu gebrauchen, Perversion wird also durch die Neutronenwaffenperversion prächtig ergänzt.

Quellen: Archiv der Gegenwart 25.4.1978; Bulletin v. 14.4.1978; Europaarchiv 15/80; Bildzeitung 21.8.81.

Bundeshaushalt „Bild“ feuert die Regierung an

Die „Bildzeitung“ unterstützt das Auskochen des „Sparprogramms“ der Bundesregierung für den Haushalt, der im September verabschiedet werden soll, indem sie alle bürgerlichen Vorschläge, die von Ministern, Parteien und sonstigen Organisationen eingebracht werden, ergreift und ausschachtet, um gegen das „Anspruchdenken“ der Lohnabhängigen zu Felde zu ziehen. Wenn schon nicht gleich alle Renten gekürzt werden können, dann doch wenigstens eine nur 2%ige Erhöhung der Renten für Kriegssopfer und Wehrdienstgeschädigte, von „Bild“ lanciert als Kritik an gebrochenen Versprechen. Offen reaktionär wird der Stellenabbau bei den Beamten propa-

giert. „Bild am Sonntag“ findet nichts dabei, die nationalsozialistische Diktatur als Vorbild hinzustellen: „Der öffentliche Dienst ... zählt im ‚Dritten Reich‘ (in ganz Deutschland!) 1,1 Millionen Beschäftigte ... Doch heute, in einer friedlichen Demokratie, gibt's im



Kohl zu Gast bei der „Bild“-Redaktion: „Habe nichts gegen eine Lohnpause. Wir haben eben alle über unsere Verhältnisse gelebt.“

öffentlichen Dienst sogar fast drei Millionen Menschen.“ Weiter bringt „Bild“ auf: Einführung von Karenztagen beim Krankengeld, Heizungs- und Gassteuer, Senkung der Spesen. Und die Erhöhung von Tabak-, Sekt- und Kraftfahrzeugsteuer wollen doch schon fast alle.

Interviews dienen dazu, einiges unterzubringen. Haubrichs, Präsident des Bundes der Steuerzahler, hält dazu her, das Sparen an den Löhnen so ins Spiel zu bringen, daß die Abgeordneten bei den Diäten anfangen sollen. Gegen die Studenten äußert sich der „Bund Freiheit der Wissenschaft“, sie sollten wieder Studiengebühren zahlen. Und Darlehen wie früher bekommen, ergänzt Kohl.

„Bild am Sonntag“ widmete am 16.8. eine ganze Seite der Untermauerung der These, daß der „Wildwuchs der Ansprüche“ beschnitten werden müsse. Der Leser soll sich zwei Striche aufmalen: einen waagrecht verlaufenden und einen von links unten nach rechts oben verlaufenden, der den andern schneidet. Die Striche stellen die stagnierenden Leistungen und die steigenden Ansprüche dar. Schon ist der Beweis geliefert, daß gegen die Entwicklung rechts vom Schnittpunkt etwas getan werden muß. Die Definition der „Ansprüche“ verläuft so: Alle Ausgaben des Staates werden getätigt zur Befriedung der Ansprüche aller Bürger. Die hauptsächlichsten Ansprüche, zu deren Deckung der Staat dauernd zuschießt, entstehen laut „Bild“ durch Verlangen nach Zahlung von Renten, Arbeitslosengeld und andern Soziallei-

stungen. So kommt wie selbstverständlich heraus, daß hier kräftig beschnitten werden muß. Die Kürzung des Kindergeldes wird nicht so lauthals propagiert.

Am 25.8. wird die Rechnung aufgemacht, daß von diesem Tag an die Bezieher von Einkommen unter 2000 DM bis zum Jahresende nur noch für den Staat arbeiten. Dies dient nicht zum Angriff auf die Lohnabzüge, sondern zum Beweis, daß die besser Verdienenden

den mehr zur Aufbringung der erforderlichen Steuern beitragen. Nebenbei wird der SPD, die sich, den Widerstand der Gewerkschaften fürchtend, nur zögernd an die Konkretisierung ihrer Vorstellung von Lohnpause macht, ein Hieb verpaßt, indem Eugen Loderer als Spitzenverdiener hergenommen wird. Und Kohl erklärt, daß Leben müsse sich für „die Menschen“, „die ihr Geld ins Ausland bringen und nicht mehr hier investieren“, wieder lohnen.

VW AG

Die Strategie des Konzerns: „Den Fuß in der Tür haben“

Wenn auch der Vorstandsvorsitzende Schmücker nach einem Kreislaufkollaps erstmal außer Gefecht gesetzt ist, so kann er dennoch das Geschäft des VW-Kapitals unter Führung des Finanzchefs Prof. Dr. Thomee in guten Händen wissen - die offensive Politik der Ära Schmücker wird fortgesetzt. Nach sinkendem Absatz und sinkendem Marktanteil 1980 noch bis in das erste Quartal 1981 (Absatz- und Produktionsrückgang um 13%), wird sich

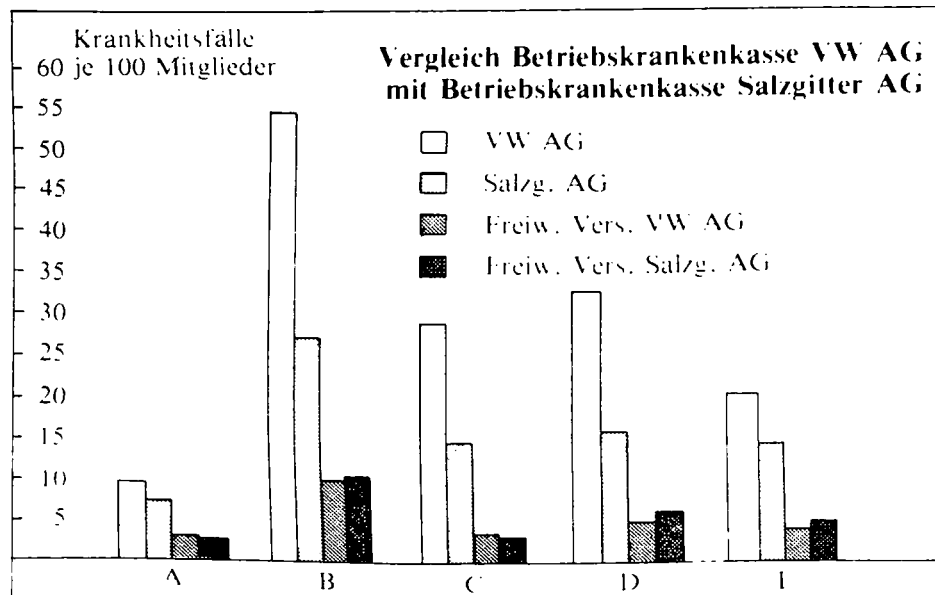
diese Steigerungen erreicht wurden und ausgebaut werden sollen, läßt sich in Umrissen aus den Äußerungen der Konzernstrategen erkennen.

Im Rahmen einer Japan-Artikelserie des „Mitarbeiterblatt Autogramm“ äußert der Hannoversche Werkleiter Denker zum Produktionsprozeß: „Im Rohbau ist der wesentliche Unterschied der massive Einsatz von Robotern, der ja bei uns vor einigen Jahren begonnen hat..., der (aber) bei uns erst

Ein wichtiger Eckpfeiler der Konzernstrategie, nach der Expansion der letzten Jahre in Nord- und Südamerika, ist die Kooperation mit Nissan, wo „wir versuchen, den Fuß in die Tür zu bekommen ... und wenn wir von Japan sprechen ... muß man ähnliche Versuche, Fuß zu fassen ... natürlich mit dem Hintergrund sehen, daß wir den ganzen asiatischen Raum letztendlich als Marktregion zu sehen haben.“ Geplant ist zunächst eine Lizenzproduktion von Volkswagen bei Nissan für den Export in den asiatischen Raum.

Derweil bemüht sich das „Autogramm“, in die Belegschaft die nötige Stimmung zu schaffen, um die Konzernstrategie gegen die Arbeiter und Angestellten durchzusetzen: Groß herausgestrichen wird der Absatzrückgang von 1980, und unter der Überschrift „Schatten über der Automobilindustrie“ heißt es: „Ein wesentlicher Grund für den Ergebnissrückgang im Berichtsjahr ist der Zuwachs des Personalaufwands um 16,5 Prozent. Der Anstieg resultiert aus dem Tarifabschluß vom 1.2.80. Ferner führten 1979 abgeschlossene Tarifverträge (z.B. Manteltarifvertrag „Lohndifferenzierung“) zu einer Steigerung der Personalkosten.“ Tatsächlich kann man 1980 hinsichtlich des Profits ohne Übertreibung als Rekordjahr bezeichnen. Die Investitionen betrugen 2,3 Mrd. DM, wovon 0,7 Mrd. DM für den Kauf von Betrieben (weitere Anteile bei Triumph-Adler und Chrysler Brasilien, sowie Chrysler Argentinien), der Rest für Erweiterung und Rationalisierung bestehender Betriebe verwendet wurde. Zieht man von den Investitionen die Abschreibungen, also den Wertverlust bestehender Maschinen und Anlagen ab, so verbleibt ein tatsächlich zusätzlich investiertes Kapital von 1,2 Mrd. DM. Da gleichzeitig die Verbindlichkeiten (Kredite bei Banken) abgebaut wurden, sind diese Investitionen praktisch ausschließlich aus dem Profit getätigt worden. Dagegen den um 127 Mio. DM auf 311 Mio. DM gesunkenen Jahresüberschuß zu stellen, ist einigermassen lächerlich.

Hohe Investitionen und Profite sind für die Arbeiter und Angestellten bei VW durchaus kein Segen, sollen doch die Investitionen sich durch *mehr* verausgabte Arbeitskraft in bare Münze verwandeln. Die IG Metall und der Betriebsrat haben in den letzten zwei Jahren versucht, der Intensivierung der Arbeit Schranken zu ziehen. Der Tarifvertrag über Lohndifferenzierung und der neue Lohnrahmentarifvertrag wurden abgeschlossen. Der Lohnrahmentarifvertrag bestimmt, daß ein Akkordlohn von 134% als Standardakkordlohn gezahlt wird sowie stufenweise bis zum 1.9.1981 zusätzliche Erholungspausen für Akkordlöhner von



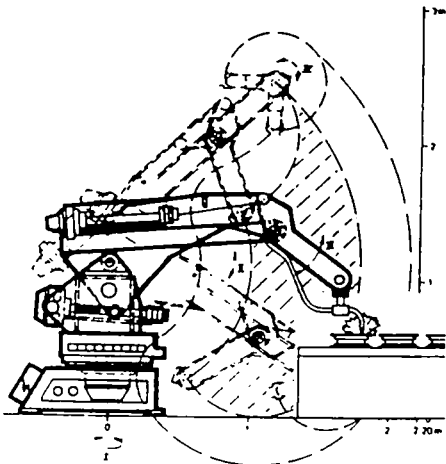
A = Krankheiten des Kreislaufsystems; B = Krankheiten der Atmungsorgane; C = Krankheiten der Verdauungsorgane; D = Krankheiten des Skeletts; E = Unfälle.

Im Salzgitterkonzern ist Schichtarbeit vorherrschend. Die fast doppelt so hohe Anzahl der Krankheitsfälle ist der höheren Arbeitsintensität geschuldet. Bei den besser verdienenden freiwillig Versicherten ergeben sich kaum Unterschiede.

die Kurzarbeit- und Rationalisierungsperiode des Jahres 1980 für den Konzern im zweiten Quartal auszahlen. Ein Marktanteil von 32,1% (1980: 29,5%) wurde in Westdeutschland zurückgewonnen, der Inlandsabsatz von Mai 1980 auf Mai 1981 um 3,4% gesteigert. In Europa beträgt die Absatzsteigerung 22,6%, in den USA 21,9%, nur Brasilien ist um 43,3% rückläufig. Wie

in einigen Jahren erreicht werden wird. In der Lackiererei wird die Frage der Spritzroboter immer mehr eine Rolle spielen. Die Japaner beginnen auf diesem Sektor und wir beginnen ebenfalls. In der Fertigmontage beginnen sie erst mit der Automatisierung wie wir auch.“ Die gleichen Aussagen werden für die Motoren- und Achsenfertigung getroffen.

5 Minuten die Stunde eingeführt werden. Zugleich ist jedoch die mögliche Anwendung des MTM-Systems tarifvertraglich festgelegt worden. Der Tarifvertrag über die Lohndifferenzierung hebt die bisherige analytische Arbeitsplatzbewertung auf. Es soll nach dem Kriterium entlohnt werden: „als was beschäftigt“, das heißt, gleichartige Produktionsaufgaben einer Arbeitsgruppe werden zu einem Lohnniveau



Techn. Zeichnung: Schema eines Schweißroboters von VW

zusammengefaßt und gleich entlohnt. Die IG Metall hat mit diesen Tarifverträgen nach zwei Seiten hin Schranken gezogen. Zum einen gegen die sogenannte „Selbstantreiberei“ und gegen den Druck auf den Lohnstandard, der von sinkenden Vorgabezeiten ausgeht. Zusammen mit den zusätzlichen Erholpausen hat dies bestimmt Erleichterungen verschafft. Zum anderen wurde den automatischen Herabgruppierungen infolge wachsender Arbeitsteilung und Rationalisierung durch die Aufhebung der analytischen Arbeitsplatzbewertung eine Grenze gezogen. Doch um diese Grenzen zu ziehen, ist die IG Metall bei VW Kompromisse eingegangen, die alle Türen für die Intensivierung der Arbeit offen lassen. Denn keineswegs bedeutete die Einführung des Standardakkordlohns, daß keine Zeitvorgaben mehr gegeben werden, auf deren Grundlage das Tagessoll, die Bandgeschwindigkeit usw. festgelegt werden. Vielmehr ermöglicht die Einführung des MTM-Systems die Verschärfung dieser Art der Antreiberei. Im Zusammenhang mit der Lohndifferenzierung schwärmten Schmücker und Co. immer von der erhöhten Mobilität, die man sich dadurch erhoffe.

Daß Schmücker beim Abschluß der Tarifverträge auf verschärfte Intensivierung der Arbeit setzte, wurde sofort klar. Ganze Werkshallen sollten zu einem Bereich erklärt werden, in dem man beliebig hin- und hersetzt werden kann. Sodann sollten die Erholpausen durch die allgemeine Anwen-

dung der Springerregelung umgangen werden, damit die Produktion immer läuft. In Betriebsvereinbarungen konnten diese Vorhaben z.T. abgewehrt werden. Die Springerregelung ist nach wie vor ein ständiger Streitpunkt.

Gezielt wird die Anwendung des MTM-Systems vorbereitet, so in der Wasserpumpenmontage Salzgitter. Bisher produzierten 9 Arbeiter 2000 Wasserpumpen pro Tag. Die neue computergesteuerte Anlage soll mit 4 Arbeitern bei gleicher Stückzahl laufen. Die Arbeitsplätze sind nach MTM gestaltet, „unproduktive“ Bewegungen von vornherein ausgeschaltet, die Entfernungen der zu greifenden Teile auf ein Minimum verkürzt.

Mitte 1980 wurde in Wolfsburg ein Band für Golf-Dämpferbeine in Betrieb genommen, das Taktzeiten von unter 3 Sekunden von den Arbeitern fordert. Das verstößt gegen den Tarifvertrag, der Mindesttaktzeiten von 1,5 Minuten vorsieht, eine „Änderung wäre aber unbezahlbar“.

Der steigende Grad der Automation wird daneben auch genutzt, um hinter dem Rücken der Arbeiter die Intensität zu erhöhen. So bei der weitgehend automatisierten ET-Lackieranlage in Braunschweig: 1 Arbeiter überwacht die Anlage und 11 Arbeiter müssen die zu lackierenden Teile an Haken an die Beschickungsvorrichtung hängen, 11 000 Haken pro Schicht. Für den Augenschein unmerklich, wurden die Haken innerhalb eines Vierteljahres auf 11 544 erhöht, bis die Arbeiter und der Betriebsrat dahinterkamen. Dies gibt eine Vorstellung von den täglichen Kleinkrieg gegen die Intensivierung.

Für die Belegschaft, den IG-Metall-Vertrauensleutekörper und den Betriebsrat ist es wichtig, Maße für die Intensität der Arbeit zu finden, um diese zu begrenzen, sonst werden die mit den Tarifverträgen gezogenen Schranken gegen die höhere Vernutzung der Arbeitskraft bald keinen Nutzen mehr haben.

Niedriglohnländer Gewerkschaften bekämpfen Konkurrenzdruck

Die Gewerkschaft Textil Bekleidung befürchtet, daß die Importe billiger Textilien, vorwiegend aus Niedriglohnländern, weitere Massenentlassungen in der Textil- und Bekleidungsindustrie bewirken. Die Sorge ist berechtigt. Aber wie kann sich die Arbeiterklasse gegen den wachsenden Konkurrenzdruck durch Billigimporte wehren?

Erst kürzlich erwärmte sich der „Arbeitsring Chemie“ an der Tatsache, daß die sog. „Schwellenländer“* ihren Export in die BRD seit 1970 fast ver-

vierfachen. Nur ja keine Exporthindernisse für die „Schwellenländer“, schloß sich der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels an, die träfen nämlich „die deutschen Investitionen in diesen Ländern“ (Handelsblatt v. 12.8.). Tatsächlich wird ein großer Teil des Exportes der „Schwellenländer“ direkt unter dem Kommando imperialistischer Konzerne produziert. Die westdeutschen Direktinvestitionen in diesen Ländern stiegen bis 1980 auf über 13 Mrd. DM.

Die Kapitalisten lockt v.a. das Niedriglohniveau, das sie den Arbeitern dort aufzwingen konnten und das es oft lohnend macht, ganze Produktionen auszulagern. Die gewerkschaftlichen Vertreter der Beschäftigten bei General Motors haben auf ihrem letzten weltweiten Treffen Ende Juni beispielhafte Beschlüsse gefaßt, um der Konkurrenz unter den Arbeitern entgegenzuwirken. Der Vorsitzende der US-Automobilarbeitergewerkschaft UAW, Doug Fraser, forderte dazu auf, eine vereinigte Gewerkschaftsfront zu schaffen und engere Verbindungen herzustellen. „Sonst werden die Unternehmen für ihre Investitionen

Arbeitszeitkaufkraft in der Automobilindustrie – ein Vergleich

	1*	2	3	4
BRD	9:03	6:45	41	35:45
USA	2:55	3:15	42	32:15
Japan	17:25	5:45	111	37:00
Spanien	11:32	5:30	73	95:45
Südkorea ..	45:48	21:00	468	105:00
Indien	45:37	31:15	2604	—
Mexiko	8:19	7:45	145	38:45
Brasilien ...	—	5:45	138	88:15

1: 13 ausgewählte Lebensmittel; 2: Normale Herrenschuhe; 3: Kühlschrank 200—250 l; 4: Miete für 3—4 Zimmer, Küche, Bad. — Angaben in Stunden/Minuten.

* Für Südkorea und Indien jeweils nur 11 Lebensmittel, für Mexiko 12.

Quelle: Internationaler Vergleich der durchschnittlichen Nettostundenlöhne 1980, Erhebung des IMB.

nach den Ländern mit den niedrigsten Löhnen suchen, und wir werden in eine Lage gedrängt, in der wir einander unterbieten.“ Die Gewerkschaftsvertreter einigten sich auf fünf Ziele: „Harmonisierung der Löhne gemäß den höchsten Normen; umfassende Arbeitszeitverkürzung; weniger Überstunden; Herabsetzung des Pensionsalters; ein weltweit einheitlicher Kodex für Gesundheit und Sicherheit.“ (IMB-Nachrichten 9/81) Diese Unterstützung der Arbeiter in den Niedriglohnländern ist für die Arbeiter in den imperialistischen Ländern die beste Gewähr, daß sie nicht die Rechnung ihrer Ausbeuter bezahlen: mit Lohnsenkung und Massenentlassungen.

* Gemeint sind Entwicklungsländer mit höherer Industrialisierung, z.B. Brasilien, Hongkong, Südkorea usw.

Beschäftigung Rückgang im gesamten Verarbeitenden Gewerbe

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres ist die Beschäftigung im gesamten verarbeitenden Gewerbe um 1% oder 76 Tsd. zurückgegangen. Überdurchschnittlich ist die Entlassung bei den Arbeitern mit 1,3% bzw. 68 Tsd., das sind knapp 90% aller Entlassungen. Dabei sind Umwandlungen von Arbeitern in Angestellte zu berücksichtigen wie auch Einstellungen in den oberen Gehaltszonen bei den Angestellten, die gleichzeitig stattfinden (vergl. S. 38/39 in Nr. 16 der Politischen Berichte).

Die entlassenden Branchen sind in

Die Betriebsschließungen bestätigen diese Tendenz. Jede 200ste örtliche Betriebsstätte im verarbeitenden Gewerbe wurde per Saldo in den ersten fünf Monaten dieses Jahres dicht gemacht, insgesamt 228 überwiegend Kleinbetriebe in der Bilanz. Die bereits genannten Wirtschaftszweige tragen auch hier die Hauptlast. — Entscheidend für die Beurteilung der Entwicklung: während im vergangenen Jahr Entlassungen und Stellenangebote im Durchschnitt sich noch die Waage hielten, hat sich das Verhältnis jetzt deutlich umgekehrt: in allen Branchen übertreffen die Entlassungen die Stellenangebote, z.T. um mehr als das Doppelte. Auch im Maschinenbau, der im Vorjahr noch eine Zunahme aufweisen konnte, hat sich die Tendenz inzwischen umgekehrt.

Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe Januar—Mai 81 gegen 80
(Beschäftigte, Entlassungen, Angebote in Tsd., Veränderungen in % gegen 80)

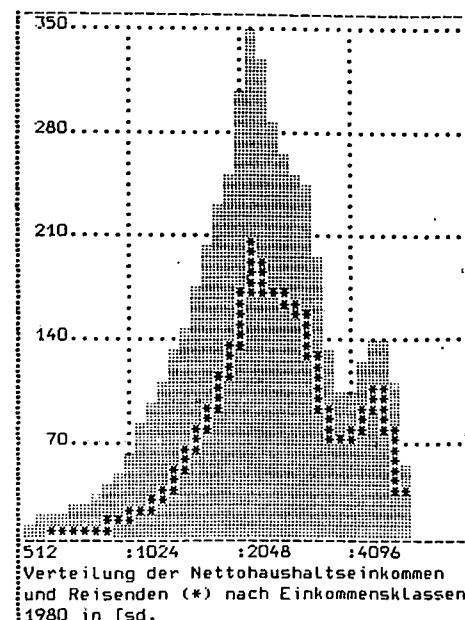
Branche	Beschäftigte im Januar			Entlassungen Januar—Mai			Stellenangebote Januar—Mai		
	1980	1981	in %	1980	1981	in %	1980	1981	in %
Bekleidung.....	254,8	241,5	-5,2	20,2	22,7	+12,0	11,9	9,2	-22,4
Textil.....	308,0	294,5	-4,4	12,8	15,2	+19,2	11,5	6,8	-40,6
Leder, Schuhe....	86,7	82,9	-4,4	5,7	6,6	+16,0	4,8	3,1	-35,9
Steine, Erden....	174,0	167,8	-3,6	22,2	20,7	-6,7	9,7	6,7	-31,0
Gummi, Asbest...	115,5	111,9	-3,1	4,1	5,0	+21,7	4,2	2,3	-46,0
Metallverformung	294,8	286,2	-2,9	15,2	18,2	+20,1	18,0	11,0	-38,8
Metallerzeugung..	366,5	358,0	-2,3	7,0	8,1	+16,0	5,0	3,3	-29,3
Kunststoff.....	206,3	202,1	-2,0	11,3	13,0	+15,0	11,8	8,4	-29,3
Straßenfahrzeugb.	802,8	788,2	-1,8	21,8	27,0	+24,0	21,2	14,2	-33,0
Feinmechanik....	166,2	163,2	-1,8	6,5	7,1	+8,9	6,4	4,6	-27,5
Holz.....	297,0	291,2	-1,7	20,9	27,0	+28,9	17,4	12,5	-28,3
Schiffbau.....	57,2	56,6	-1,1	1,7	1,9	+14,2	1,3	1,4	+9,1
Elektrotechnik...	972,4	962,8	-1,0	32,2	38,6	+20,0	30,1	20,2	-32,8
Feinkeramik, Glas	133,7	132,8	-0,7	5,6	6,6	+18,7	5,4	3,1	-42,7
Stahl-, Leichtmetallbau.....	210,1	208,8	-0,6	16,4	22,6	+38,2	14,6	11,0	-24,6
EBM-Waren.....	313,3	312,6	-0,2	17,1	19,9	+16,7	18,9	12,0	-36,2
Chemie.....	565,0	564,3	-0,1	10,9	11,9	+8,8	12,4	9,0	-27,8
Nahrungsmittel...	462,4	463,1	+0,1	32,9	35,7	+8,7	27,3	23,5	-13,8
Papier.....	165,1	165,4	+0,2	6,8	7,3	+6,3	7,2	5,6	-22,5
Druck.....	181,8	182,6	+0,5	7,2	9,0	+24,1	8,0	5,6	-29,4
Maschinenbau....	1017,6	1029,1	+1,1	23,6	28,0	+18,6	30,3	21,1	-30,3

Quellen: Angaben über Beschäftigung aus der Fachserie Produzierendes Gewerbe, Reihe 4.1.1, Statistisches Bundesamt; Angaben über Entlassungen und Stellenangebote aus Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit

der nebenstehenden Tabelle nach der prozentualen Verringerung ihrer Belegschaft von Januar 1980 bis Januar 1981 aufgeführt. An der Spitze stehen Wirtschaftszweige, die unmittelbar für den Verbrauch produzieren: Bekleidung, Textil, Leder. Betrachtet man die Zunahme der Entlassungen in den ersten fünf Monaten dieses Jahres, so ergibt sich ebenfalls ein deutlicher Hinweis auf den schrumpfenden Konsum, aber auch auf technische Umwälzungen in der Produktion. An der Spitze stehen Stahl- und Leichtmetallbau (+38,2%), die Holz be- und verarbeitende Industrie (+28,9%), die Druckindustrie (+24,1%) und der Fahrzeugbau mit +24%.

Reisehäufigkeit Zunahme und Verteilung

1976 ergab ein Vergleich der Reiseintensität in acht europäischen Ländern, gemessen an der jeweiligen Bevölkerung, den 6. Platz für Westdeutschland, gefolgt nur noch von Belgien und Italien. Seitdem ist sie gestiegen, wenn auch geringer als in den 60er und 70er Jahren. 1980 hat sie mit 27,1 Millionen, die einen Urlaub von mehr als 5 Tagen machten, den höchsten Stand erreicht, einer Reiseintensität von 57,7% aller Westdeutschen über 14



Jahre. Das Schaubild zeigt die Verteilung der „Reiselust“ über die Lohnskala gemessen am Haushaltseinkommen 1980.

Einen Anteil, mit 67–79% weit über dem Durchschnitt, hat die Reisehäufigkeit erst ab einem Einkommen von mehr als 3000 netto im Monat und nur hier gab es auch gegenüber 1979 hohe Steigerungsraten. So verreisten in der Einkommensklasse mit mehr als 3500 1,3 Mio. mehr als 1979, bei 6,7 Mio. Haushalten mit diesem Einkommen. Je notwendiger aber der Urlaub, desto geringer die Reiseintensität. So sind es bei einem Haushaltseinkommen zwischen 2000–2500 nur noch knapp über 50%, wobei sicherlich die Familiengröße eine entscheidende Rolle spielt. Insgesamt ist es auch hier nur noch möglich, über Einsparungen an längerfristigen Anschaffungen, sei es, daß z.B. das Auto eben doch noch länger gefahren werden muß, als eigentlich vertretbar, oder aber Einsparungen an den Kosten für den Urlaub, der Familie die dringend benötigte Erholung zu verschaffen.

Deutlich wird das an der Veränderung der Reiseziele. Der Zunahme der Reisetätigkeit in den oberen Einkommensklassen entspricht eine starke Zunahme „außereuropäischer Reiseziele“, die Safari in Afrika“ ist einer der Urlaubstips, für die, die sie bezahlen können. Gleichzeitig nimmt Jugoslawien, weil billig, als Reiseziel zu, Italien und Spanien, die teurer geworden sind, ab. Und es wird mehr mit dem Bus oder der Bahn gefahren als mit Flugzeug und PKW.

Absolut gesunken ist die Reisehäufigkeit da, wo sie sowieso schon am niedrigsten liegt, bei einem Einkommen zwischen 1000 und 1500 DM, wo keine Einsparungen mehr möglich sind, den umso dringender benötigten Urlaub zu finanzieren.

„Friedensdiskussion“

CDU/CSU: Rüstungs- und Kriegspropaganda zur Verteidigung der Expansionssicherheit der BRD

CDU und CSU bereiten gegenwärtig eine breit gefächerte Kampagne der moralischen Nach- und der militärischen Aufrüstung vor. Die Propaganda der Reaktion für Krieg und Rüstung soll aber ein Beitrag zur „Friedensdiskussion“ werden. Dazu wollen CDU/CSU vom Pazifismus und FDGO-Defätismus (mangelnde Verteidigungsbegeisterung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung) absondern.

Die CDU hat dazu im Mai ihre „Argumente zur aktuellen Friedensdiskussion“ veröffentlicht, mit denen sie ihre Kampagne „Frieden ohne Waffen?“ bestreiten will. Die CSU geht die „Friedensdiskussion“ gleich grundsätzlich an. Aus der Grundsatzkommission der CSU berichtet der Abgeordnete Waigel: „Vom Prinzipiellen in der Politik“, „Diese Pazifismusdebatte ist letztlich Ausdruck des Fehlens einer globalen politischen Konzeption des Westens.“ Was fehlt, sei die geistige Führung in Fragen von Frieden und Verteidigung, und da wären die Unionsparteien aufgerufen. Wie so eine geistige Führung aussieht, ist sehr anschaulich in einem Buch des Altkonservativen Winfried Martini von 1955 nachzulesen. Es trägt den bezeichnenden Titel: „Das Ende aller Sicherheit“. „Aber es ist absolut gewiß, daß man den Frieden nicht erhält, wenn man den Krieg nicht vorbereitet ... Frieden ist zunächst nur ein negativer Begriff, der die Abwesenheit des Krieges bezeichnet. Einen positiven Inhalt kann lediglich die Beschaffenheit der gesellschaftlichen und politischen Ordnung haben, die außerhalb des Krieges herrscht.“

Da ist durchaus etwas dran, denn die Ziele von Krieg und Frieden sind durch die sozialen Ziele der jeweils herrschenden und unterdrückten Klassen bestimmt. Nachdem Martini dann die Schrecken eines Eigentums-Freiheits-Rechtsentzugs sich vergegenwärtigt und die Greuel des „asiatischen Despotismus“ ausgemalt hat, kommt er zu dem logischen Schluß: „Welche Fahrlässigkeit, welche Naivität, welcher Mangel an Phantasie gehört dazu, ein solches Risiko dem ‚Risiko‘ der A- und H-Waffe vorzuziehen.“ (1)

Daher macht sie CDU/CSU den feinsinnigen Unterschied zwischen den „wirklichen Pazifisten“ – das sind diejenigen, die die „Beschaffenheit der

gesellschaftlichen und politischen Ordnung“ (Martini) hellauf begeisternd finden und nur keine Waffen anrühren mögen – und denjenigen, die die Rüstungspolitik und Kriegsvorbereitungen bekämpfen. Das sind mehr oder weniger Verfassungsfeinde, wie das Bundesinnenministerium schon 1975 über die „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ festgestellt hat. (2)

Beim Dialog mit den „wirklichen Pazifisten“ müsse deutlich werden: „Wir sind gemeinsam für den Frieden, – Pazifismus ist für die CDU kein Schimpfwort, – wir streiten nicht um das Ziel, sondern um den richtigen Weg zur Sicherung von Frieden und Freiheit.“ (CDU, Argumente ...)

Mit Berechnung unterstellen CDU/CSU also Teilen der Friedensbewegung, daß ihre „Sicherheitsziele“ die gleichen seien wie die der Reaktion, nur ihre Methoden anders, nämlich falsch. Soweit gekommen, haben CDU/CSU es nicht mehr allzu schwer, sich als die wirklichen, realistischen Sicherheitspolitiker zu profilieren, die den Frieden sichern. Fehlt dann nur noch das Argument der Reaktion, die Bewegung gegen den Krieg sei der eigentliche Kriegsgrund, weil sie die Si-

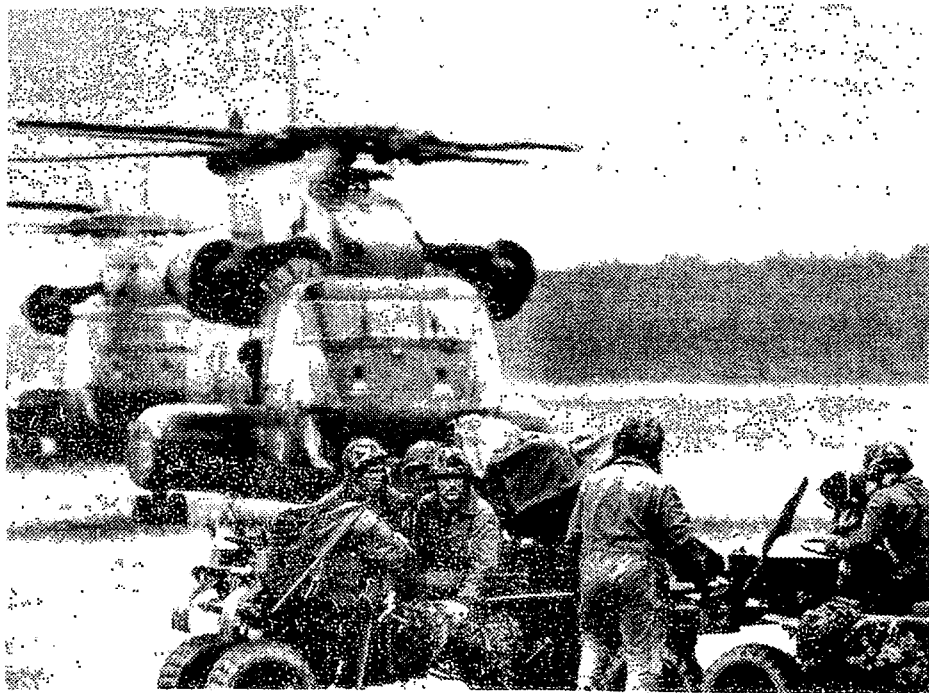
cherheit der BRD gefährdet und „die Russen“ anlockt.

Im Anhang zu ihren „Argumenten“ hat die CDU ihre „sicherheitspolitischen Grundsätze“ abgedruckt. Da heißt es: „Sicherheitspolitik. Wir wollen mit unserer Sicherheitspolitik den Frieden wahren und das Recht und die Freiheit unseres Volkes schützen. Dazu bedarf es eines überzeugenden eigenen Verteidigungswillens, verstärkter Verteidigungsanstrengungen und einer aktiven Bündnispolitik. Die Bundesrepublik Deutschland ist aufgrund ihrer geographischen Lage in erster Linie bedroht. Die Sicherheit ist unteilbar. Äußere und innere, militärische und politische, wirtschaftliche und soziale Sicherheit gehören zusammen.“

Diese Grundsatzposition der CDU wie auch der CSU ist das Kondensat aus den gängigen Bourgeoistheorien der sich steigernden „nationalen“, „kollektiven“ und „internationalen Sicherheit“. (3)

Stellt sich die Frage, was ist „Sicherheit“? Platt gesagt, die Abwesenheit von Bedrohung. Was aber eine Bedrohung ist, hängt offensichtlich von dem ab, was gesichert werden soll.

Dabei könnte auf den ersten Blick mit der „äußeren Sicherheit der BRD“



In Niedersachsen finden dieses Jahr sechs Übungen bei den NATO-Herbstmanövern statt. Es beteiligen sich 24000 westdeutsche, 23500 britische, 21000 belgische und 10000 niederländische Soldaten. Bild: „Reforger 80“.

die Unverletzlichkeit der Grenzen gemeint sein. Das ist aber keineswegs so, denn: da die Existenzbedingung der Kapitalistenklasse eines imperialistischen Staates nicht nur die Verfügbarkeit über Arbeitskraft und Produktionsmittel im *eigenen Land* ist, sondern auch die Verfügung über billige Rohstoffe, Arbeitskräfte, Absatzmärkte, Kapitalanlagemöglichkeit in *anderen Ländern*, so ergibt sich, daß die äußere Sicherheit einer imperialistischen Bourgeoisie in der Profit- und Expansionssicherheit ihres Kapitals besteht.

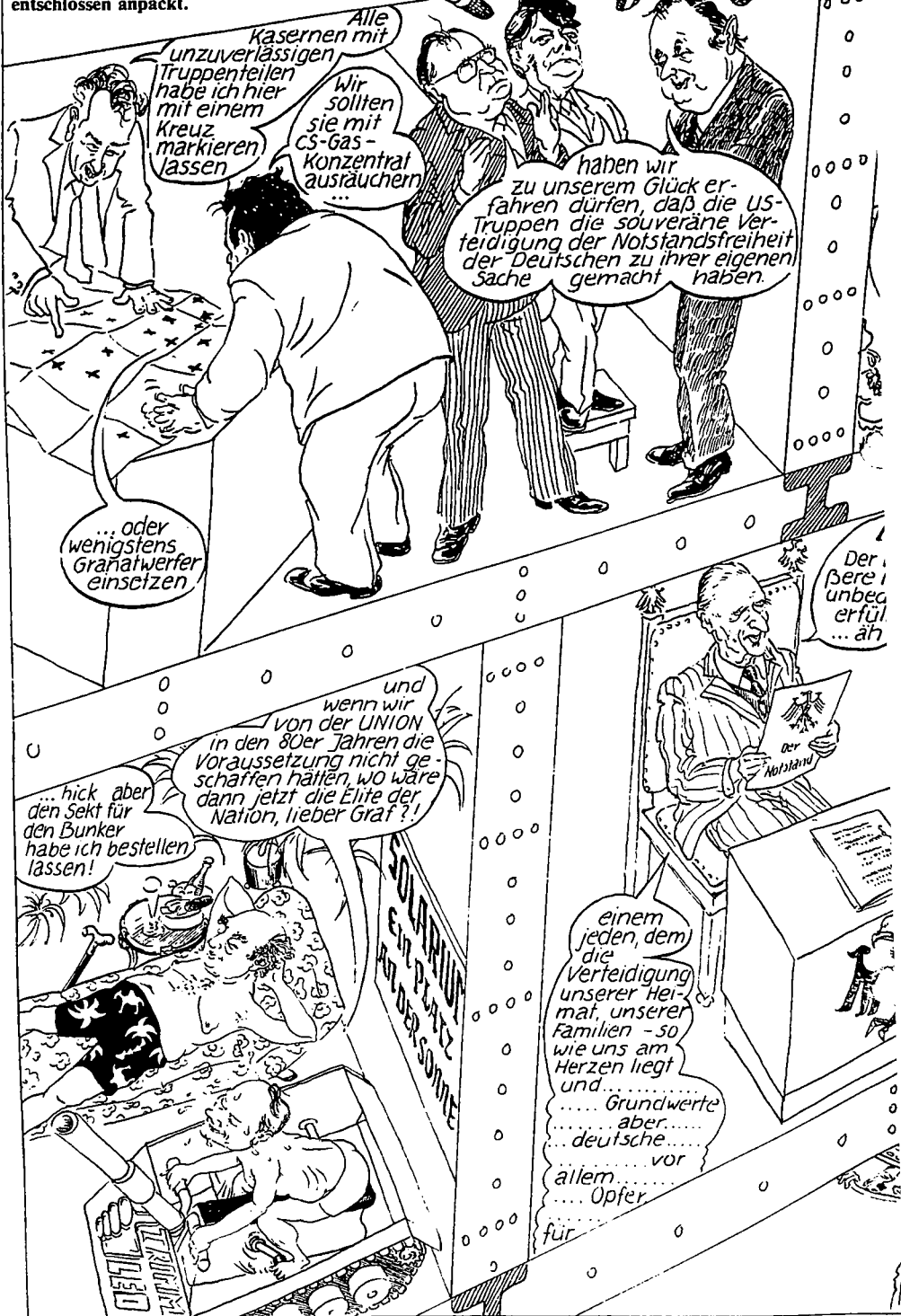
Da die Akkumulation des Kapitals unter dem Stachel der Konkurrenz ständig zunimmt und also auch das Expansionsbestreben, so wächst notgedrungen das „Sicherheitsbedürfnis“ der Bourgeoisie, und zwar in jeder Hinsicht, geographisch, wirtschaftlich, politisch usw.

In einem einschlägigen Buch zur bürgerlichen Sicherheitspolitik heißt es deshalb auch: „Die Prämisse (Voraussetzung) ist, daß Sicherheit als werthafter Bezugspunkt in der Politik pluralistischer Gesellschaften (also kapitalistischer Wirtschaften, d. Verf.) ein ‚offener‘ Begriff ist, in ständiger Weiterentwicklung befindlich entsprechend den Veränderungen in den Staaten und in der Umwelt. In der Umschreibung der Sicherheit als ‚Freiheit der Eigenentwicklung‘ (R. Löwenthal, gemeint ist der Politologe, nicht der vom ZDF, d. Verf.) kommt dies deutlich zum Ausdruck. Die Vorstellung von Sicherheit als abgeschlossenem Zustand ... entspricht hingegen nur geschlossenen Gesellschaften (also nicht-kapitalistischen Gesellschaften, d. Verf.) und spiegelt sich in deren exzessivem Sicherheitsbedürfnis. In anderen Worten heißt das, daß Sicherheit im westlichen Verständnis nie absolut sein kann ... und: Vielmehr muß Sicherheit in einem ständigen Prozeß immer neu überprüft und hergestellt werden: das Moment der Entwicklung.“ (4)

Da Sicherheit unteilbar ist, wie die CDU sagt, gehört zur Profit- und Expansionssicherheit also auch eine „innere Sicherheit“. Was da zu tun wäre bei zunehmender Expansion, liegt für das Finanzkapital ganz logisch auf der Hand: Zunehmende Ausschaltung aller Unsicherheitsfaktoren des Profits und der Expansion im Inneren. Hier schließt sich dann das weite Feld der Lohnsenkung, Steuerplünderung und Unterdrückung an. Keiner möge Helmut Kohl und Franz Josef Strauß persönliche Böswilligkeit vorwerfen, sie sagen nur, wie es eben ist.

Die äußere Expansionssicherheit eines imperialistischen Staates ist grund-

Bundestag und Bundesrat haben den *Vorbeuge-Notstand* beschlossen, die Notstandsregierung gebildet. Maßnahme ließ die Notstandsregierung jene 8 Abgeordneten in den Stammheimer Hochsicherheitstrassee, die im Bundestag gegen den *Vorbeuge-Notstand* gestimmt hatten. Unsere Aufnahme zeigt, wie die erste freiheitlich-demokratische Notstandsregierung der Bundesrepublik im Eifelbunker ihre historische Aufgabe entschlossen anpackt.



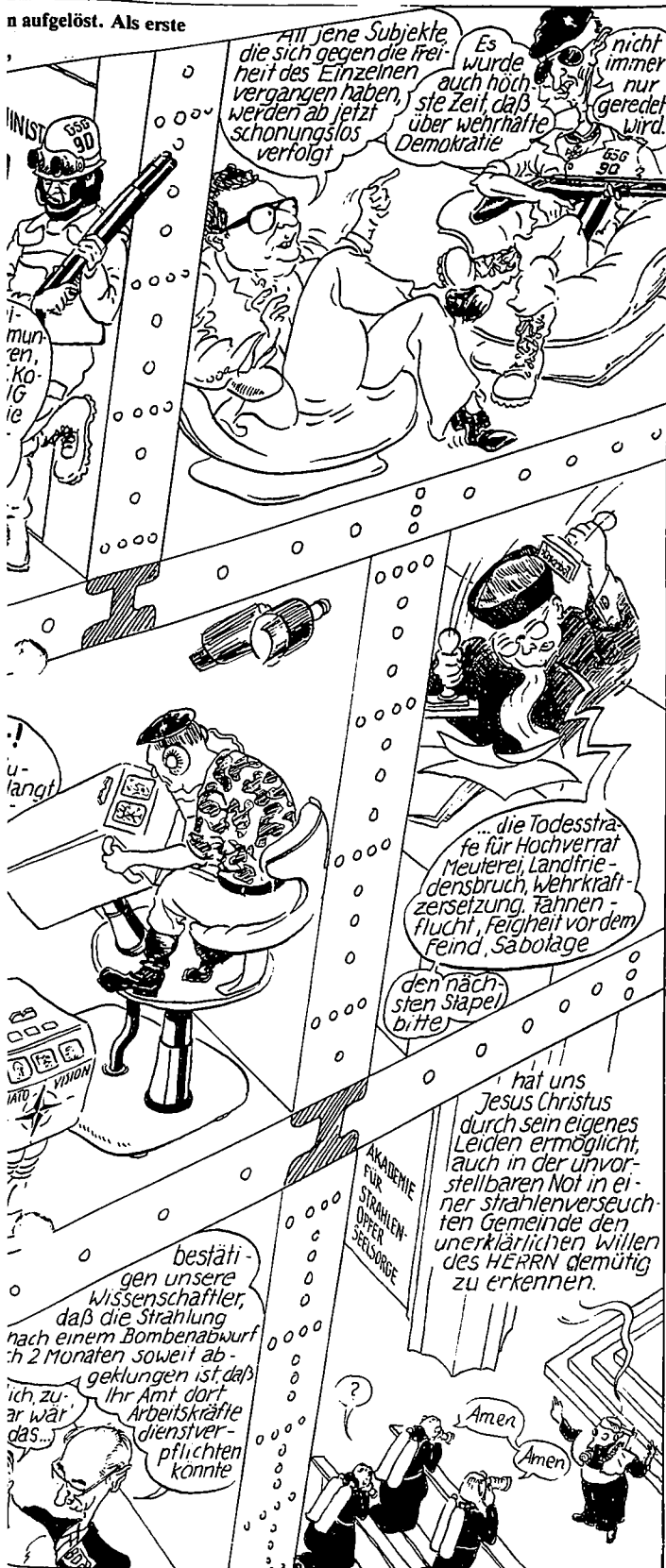
sätzlich und immer bedroht, und zwar sowohl durch die imperialistische Konkurrenz, durch sozialistische Staaten, aber auch durch kleinere Rohstoff produzierende Länder, deren Preiserhöhungen die „wirtschaftliche Sicherheit“ gefährden.

Also werden unter der Vorherrschaft jeweils größerer Imperialisten - z.B. der USA in der NATO, der BRD in der

EG - imperialistische Bündnisse geschlossen, deren Ziel jetzt Verteidigung ihrer „kollektiven“, also gemeinsamen Expansionssicherheit ist.

Versteht sich, daß für diese Sorte Sicherheit wachsende und zwar progressiv wachsende Rüstung erforderlich ist, die konsequenterweise nur ihr Ziel in der Fähigkeit zur Unterwerfung des Konkurrenten oder des Gegners haben

n aufgelöst. Als erste



Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesell-
schaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,00 DM

kann, damit die Sicherheit vollständig sei und der Friede auch eintreten kann.

Deswegen ist die Propaganda der CDU/CSU nur folgerichtig, daß die NATO den Krieg und also auch den Atomkrieg erfolgreich führen können muß, um den Frieden zu bewahren.

Mit Recht haben dagegen Herbert Wehner in einem Brief an die Bundestagsfraktion der SPD und Bundesge-

schaftsführer Glotz in einem Rundschreiben an die Bezirksverbände der CDU Rückfall in eine Position der Stärke und des Kalten Krieges vorge-
worfen.

Die Linie der Regierung Schmidt ist, es müsse ein „ungefähres Gleichgewicht“ bestehen, so Regierungssprecher Rühl in einem Positionspapier des Bundespresseamtes. Was immer auch

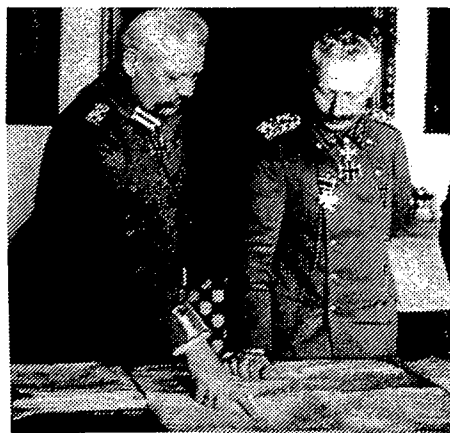
„Gleichgewicht“ zwischen imperialistischen Staaten heißen mag, so ist doch für des Kanzlers „Gleichgewichtsbegriff“ die folgende Stelle aus seinem Buch von 1969 („Strategie des Gleichgewichts“) aufschlußreich: „In der zweiten Phase ist jedoch das Gegenteil eingetreten: Die Sowjetunion stieg gegen Ende der fünfziger Jahre zu einer Nuklearmacht von globaler

Kaiser Wilhelm II. am 4. August 1914 vor dem Reichstag

„Sehr geehrte Herren! In schicksals-schwerer Stunde habe ich die gewählten Vertreter des deutschen Volkes um mich versammelt. Fast ein halbes Jahrhundert lang konnten wir auf dem Weg des Friedens verharren. Versuche, Deutschland kriegerische Neigungen anzudichten und seine Stellung in der Welt einzuengen, haben unseres Volkes Geduld oft auf harte Proben gestellt. In unbeirrbarer Redlichkeit hat meine Regierung auch unter herausfordernden Umständen die Entwicklung aller sittlichen, geistigen und wirtschaftlichen Kräfte als höchstes Ziel verfolgt. Die Welt ist Zeuge gewesen, wie unermüdlich wir in dem Drang und den Wirren der letzten Jahre in erster Reihe standen, um den Völkern Europas einen Krieg zwischen Großmächten zu ersparen. Die schwersten Gefahren, die durch die Ereignisse am Balkan heraufbeschworen waren, schienen überwunden. Da tat sich mit der Ermordung meines Freundes, des Erzherzogs Franz Ferdinand, ein Abgrund auf. Mein hoher Verbündeter, der Kaiser und König Franz Josef, war gezwungen, zu den Waffen zu greifen, um die Sicherheit seines Reiches gegen gefährliche Umtriebe aus einem Nachbarstaat zu verteidigen. Bei der Verfolgung ihrer berechtigten Interessen ist der verbündeten Monarchie das Russische Reich in den Weg getreten. An die Seite Österreich-Ungarns ruft uns nicht nur unsere Bündnispflicht. Uns fällt zugleich die gewaltige Aufgabe zu, mit der alten Kultur-gemeinschaft der beiden Reiche unsere eigene Stellung gegen den Ansturm feindlicher Kräfte zu schützen.

Mit schwerem Herzen habe ich meine Armee gegen einen Nachbarn mobilisie-

ren müssen, mit dem sie auf so vielen Schlachtfeldern gemeinsam gefochten hat ... Die Kaiserlich-russische Regierung hat sich, dem Drängen eines unersättlichen Nationalismus nachgebend, für einen Staat eingesetzt, der durch Begünstigung verbrecherischer Anschläge das Unheil dieses Krieges veranlaßte. Daß auch Frankreich sich auf die Seite unserer Gegner gestellt



Lagebesprechung 1. Weltkrieg: Hindenburg und Kaiser Wilhelm II.

hat, konnte uns nicht überraschen. Zu oft sind unsere Bemühungen, mit der Französischen Republik zu freundlicheren Beziehungen zu gelangen, auf alte Hoffnungen und alten Groll gestoßen ...

Die gegenwärtige Lage ging nicht aus vorübergehenden Interessenkonflikten oder diplomatischen Konstellationen hervor, sie

ist das Ergebnis eines seit langen Jahren tätigen Übelwollens gegen Macht und Gedeihen des Deutschen Reichs. Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter.

Aus den Schriftstücken, die Ihnen zugegangen sind, werden Sie ersehen, wie meine Regierung und vor allem mein Kanzler bis zum letzten Augenblick bemüht waren, das Äußerste abzuwenden. In aufgedrungener Notwehr mit reiner Hand ergreifen wir das Schwert. An die Völker und Stämme des Deutschen Reichs ergeht mein Ruf, mit gesamter Kraft, in brüderlichem Zusammenstehen mit unseren Bundesgenossen, zu verteidigen, was wir in friedlicher Arbeit geschaffen haben. Nach dem Beispiel unserer Väter fest und getreu, ernst und ritterlich, demütig vor Gott und kampfesfroh vor dem Feind, so vertrauen wir der ewigen Allmacht, die unsere Abwehr stärken und zu gutem Ende lenken wolle!

Auf Sie, geehrte Herren, blickt heute, um seine Fürsten und Führer geschart, das ganze deutsche Volk. Fassen Sie Ihre Entschlüsse einmütig und schnell – das ist mein inniger Wunsch.

Sie haben gelesen, meine Herren, was ich an mein Volk vom Balkon des Schlosses aus gesagt habe. Hier wiederhole ich: Ich kenne keine Parteien mehr, Ich kenne nur Deutsche. Zum Zeichen dessen, daß Sie stets entschlossen sind, ohne Parteienunterschiede, ohne Stammesunterschiede, ohne Konfessionsunterschiede durchzuhalten mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir das in die Hand zu geloben.“

Stenographische Berichte d. Reichstages, Bd. 306, S. 1ff.

Reichweite auf. Damit wurde das bisherige Gleichgewicht zwischen konventioneller Sowjetarmee und nuklearer amerikanischer Übermacht gestört.“ (5)

Damit bezeichnet also Helmut Schmidt die Fähigkeit der US-Imperialisten und der NATO zur atomaren Vernichtung der Sowjetunion ohne deren Möglichkeit zur Verteidigung als „Gleichgewicht“. Das erklärt die Nähe seiner Politik zu der der CDU/CSU und seine Differenzen zu großen Teilen der Mitgliedschaft der SPD in der Rüstungspolitik.

Warum aber kann die Reaktion mit Aussicht auf Erfolg eine Basis für die Verteidigung ihrer Expansionsicherheit unter der lohnabhängigen Bevölkerung suchen?

Die Unsicherheiten der herrschenden Klassen sind immer auch zum Teil tatsächliche Unsicherheiten der unterdrückten Klassen, ohne daß ihre Beseitigung deshalb die Sicherheit der unterdrückten Klassen verbessern würde.

Verschlechtern sich beispielsweise die Profitbedingungen der Kapitali-

sten, so nimmt die Nachfrage nach Arbeitskraft ab. Für die Arbeiter verschlechtern sich die Konkurrenzbedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Damit verschlechtern sich die Kampfbedingungen gegen die Kapitalisten.

Gelingt es der Reaktion nun, in den verzweigten Entwicklungen des Weltmarktes – der Rohstoffzufuhr, der Ölpreise, der Absatzmärkte, des Zinses – Gründe für die gemeinsame Bedrohung der gemeinsamen Sicherheit zu propagieren, so sind auch gemeinsame Verteidigungsgründe damit gefunden.

Erst recht, wenn diese gemeinsame Bedrohung von Arbeitern und Kapitalisten als Ergebnis der Intrigen fremder Mächte propagiert werden kann.

Dennoch mag damit allein der notwendige „eigenständige Verteidigungswille“ nicht aufkommen. Mit der fortgesetzten Verschlechterung der Lebensumstände der lohnabhängigen Bevölkerung stellt sich auch die Frage, warum dagegen die Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gut sein soll. Vor allem, die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten können in der Erfahrung der „allge-

meinen Sicherheitsbedrohung“ zwar eine Basis suchen, aber der Krieg braucht ein Feindbild.

Noch 1975 vertrat Georg Leber, damals Verteidigungsminister, die Bundeswehr bräuchte kein Feindbild, denn es sei uns noch nie so gut gegangen wie heute. Schon damals hielt das die CDU/CSU für eine frevelhafte Militärpolitik. Heute ist sie der Meinung, daß ein klares Feindbild wieder propagiert werden muß. Nach „geistiger Führung“ ruft die CSU und meint damit: es muß schließlich klar gesagt werden, wofür und wogegen marschiert wird.

Darum schreitet sie zur Propaganda von der kapitalistischen Marktwirtschaft als dem Hort der Freiheit und dem Kommunismus als dem Grausen der Geschichte. Was da aus den Weiten der „asiatischen Despotie“ auf einen so zukäme, faßt die CDU in ihren „Friedensargumenten“ so: „Aber, was nützt uns die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen“, fragt schon der bekannte liberale Politiker Friederich Naumann vor 80 Jahren. Das gilt auch heute noch.“

Und was nützt es, wenn zwar das Management der Despotie des Kapitalismus „germanisch“ bleibt, die Despotie dafür zunimmt? Und wem nützt das Argument, daß Burgfrieden sein muß, damit die Expansionsicherheit verteidigt werden kann? Und wem nützt die Politik, demokratische Rechte beschleunigt zu beseitigen, Schutzrechte der Arbeiter aufzuheben und Arbeitslosengeld durch Arbeitsdienst zu ersetzen – weil die „Russen kommen“?

Immer noch hat die Reaktion versucht, ihre Feindpropaganda aus den Expansionsbestrebungen anderer Imperialisten zu begründen. Jede imperialistische Bourgeoisie hat immer einen anderen, der demnächst einmarschiert, und das ganze jeweils über Kreuz. Die Erfahrung der besagten letzten 80 Jahre zeigt, daß die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und die Bewegung gegen den Krieg das Argument, die „Sowiesos“ kommen, am besten mit der Antwort quittiert: selbst wenn, na und? – und sich dann ihren eigenen „Kosaken“ zuwendet.

Die Reaktion versucht der Bewegung gegen den Krieg eine Diskussion über die Ausmalung fremder „Despotien“ aufzuzwingen, und das bei zunehmender Despotie des Kapitalismus im eigenen Land.

Dagegen muß die Friedensbewegung eine Diskussion erzwingen über die Ursachen der Unsicherheit der Existenz der Lohnabhängigen und der Vorbereitung des Krieges, die im Kapitalismus liegen.

- (1) Winfried Martini, Das Ende aller Sicherheit, eine Kritik des Westens, Stuttgart 1955, S. 280 ff
- (2) Verfassungswidrigkeit bestünde, weil „zahlreiche Forderungen, die sich mit denen der Kommunisten decken, (vertreten werden). Sie trat für friedliche ‚Koexistenz‘ ... ein ... wandte sich gegen den von der Bundesregierung geschürten ‚Antikommunismus‘, griff die Bundeswehr an, weil diese gegen die Staaten Osteuropas gerichtet sei und die Aufgabe habe, die im Inneren ‚bestehenden Herrschaftsverhältnisse‘ zu stabilisieren.“ Verfassungsschutzbericht 1975, S. 62
- (3) Vergl. dazu z.B. G. Walpuski, D.O.A. Wolf, Einführung in die Sicherheitspolitik, ein Lehr- und Studienbuch, München 1979; K.D. Schwarz (Hrsg.), Sicherheitspolitik – Analysen zur politischen und militärischen Sicherheit, Bad Homburg 1976; D. Frei, Sicherheit, Grundfragen der Welt-politik, Stuttgart 1977; K. Kaiser, K.M. Kreis, (Hrsg.), Sicherheitspolitik vor neuen Aufgaben, Frankfurt 1977; Schwarz, H.-P., Handbuch der deutschen Außenpolitik, München 1975, und K.v. Schubert, Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945 – 1977, in: Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Teil I und II, Köln 1978
- (4) K. Kaiser, K.M. Kreis (Hrsg.): Sicherheitspolitik vor neuen Aufgaben, Frankfurt 1977, S. 404
- (5) H. Schmidt, Strategie des Gleichgewichts, Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte, Stuttgart 1969, S. 28. Für die Formulierung der Argumente der Regierungspolitik ist auch aufschlußreich: L. Ruehl (2. Regierungssprecher): Machtpolitik und Friedensstrategie, Hamburg 1974

Hitlers Aufruf an das deutsche Volk am 22. Juni 1941

„Deutsches Volk! Nationalsozialisten! Von schweren Sorgen bedrückt, zu monatelangem Schweigen verurteilt, ist nun die Stunde gekommen, in der ich endlich offen sprechen kann. Als das Deutsche Reich am 3. September 1939 die englische Kriegserklärung erhielt, wiederholte sich aufs neue der britische Versuch, jeden Beginn einer Konsolidierung und damit eines Aufstieges Europas durch den Kampf gegen die jeweils stärkste Macht des Kontinents zu vereiteln ... Im Sommer 1939 schien England der Zeitpunkt gekommen, die erneut beabsichtigte Vernichtung mit der Wiederholung einer umfassenden Einkreisungspolitik Deutschlands beginnen zu können. Das System der zu dem Zweck veranstalteten Lügenkampagne bestand darin, andere Völker als bedroht zu erklären, sie mit englischen Garantie- und Beistandsversprechen erst einmal einzufangen und dann so wie vor dem Weltkrieg gegen Deutschland marschieren zu lassen ... Unter diesen Umständen glaubte ich es vor meinem Gewissen und vor der Geschichte des deutschen Volkes verantworten zu können, nicht nur diesen Ländern, bzw. ihren Regierungen die Unwahrheit der vorgebrachten britischen Behauptungen zu versichern, sondern darüber hinaus die stärkste Macht des Ostens noch besonders durch feierliche Erklärungen über die Grenzen unseres Interesses zu beruhigen.

Nationalsozialisten! Ihr habt es einst wohl gefühlt, daß dieser Schritt für mich ein bitterer und schwerer war. Niemals hat das deutsche Volk gegen die Völker-



Lagebesprechung 2. Weltkrieg: Hitler und Feldmarschall von Brauchitsch

schaften Rußlands feindliche Gefühle gehegt. Allein seit über zwei Jahrzehnten hat sich die jüdisch-bolschewistische Machthaberschaft von Moskau aus bemüht, nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa in Brand zu stecken. Nicht Deutschland hat seine nationalsozialistische Weltanschauung jemals versucht, nach Rußland zu tragen, sondern die jüdisch-bolschewistischen Machthaber in Moskau haben es unentwegt unternom-

men, unserem und den anderen europäischen Völkern ihre Herrschaft aufzuoktroyieren, und dies nicht nur geistig, sondern vor allem auch militärisch-machtmäßig. Die Folgen der Tätigkeit dieses Regimes aber waren in allen Ländern nur das Chaos, Elend und Hungersnot. Ich habe mich demgegenüber seit zwei Jahrzehnten bemüht, mit einem Minimum an Eingriffen und ohne jede Zerstörung unserer Produktion zu einer neuen sozialistischen Ordnung in Deutschland zu kommen, die nicht nur die Arbeitslosigkeit beseitigt, sondern auch den Gewinn der Arbeit steigend den schaffenden Menschen immer mehr zufließen läßt. Die Erfolge dieser Politik der wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung unseres Volkes, die in planmäßiger Überwindung von Standes- und Klassengegensätzen als letztes Ziel einer wahren Volksgemeinschaft zustrebt, sind in der ganzen Welt einmalige. Es war daher im August 1939 für mich eine schwere Überwindung, meinen Minister nach Moskau zu schicken, um dort zu versuchen, der britischen Einkreisungspolitik gegen Deutschland entgegenzuarbeiten. Ich tat es nur im Verantwortungsbewußtsein dem deutschen Volk gegenüber, vor allem aber in der Hoffnung, am Ende doch zu einer dauernden Entspannung kommen und vielleicht von uns sonst geforderte Opfer vermindern zu können. Indem nun Deutschland in Moskau feierlich die angeführten Gebiete und Länder – ausgenommen Litauen – als außerhalb aller deutschen politischen Interessen liegend versicherte, wurde noch eine besondere Vereinbarung getroffen für den Fall, daß es England gelingen sollte, Polen tatsächlich gegen Deutschland in den Krieg zu hetzen. Aber auch hier fand eine Begrenzung der deutschen Ansprüche statt, die in keinem Verhältnis zu den Leistungen der deutschen Waffen stand

... Vom August 1940 ab glaubte ich daher, es im Interesse des Reiches nicht mehr verantworten zu können, diesem gewaltigen Kräfteaufmarsch bolschewistischer Divisionen gegenüber unseren ohnehin schon so oft verwüsteten Ostgrenzen ungeschützt bleiben zu lassen ... Während ich mich bemühte, einen letzten Versuch zur Befriedung des Balkans zu unternehmen und in verständnisvoller Zusammenarbeit mit dem Duce Jugoslawien einlud, dem Dreierpakt beizutreten, organisierten in gemeinsamer Arbeit England und Sowjetrußland jenen Handstreich, der die damalige verständigungsbereite Regierung in einer Nacht beseitigte ... Damit hat Moskau die Abmachungen unseres Freundschaftspaktes nicht nur gebrochen, sondern in erbärmlicher Weise verraten ... Damit ist aber nunmehr die Stunde gekommen, in der es notwendig wird, diesem Komplott der jüdisch-angelsächsischen Kriegsanstifter und der ebenso jüdischen Machthaber der bolschewistischen Moskauer Zentrale entgegenzutreten.“

Archiv der Gegenwart vom 22. Juni 1941, Seite 5 074 ff.

Aktion der ÖTV beim Arbeitsamt Köln

ÖTV-Mitglieder des Arbeitsamtes Köln führten eine Unterschriftenaktion gegen den Abbau sozialer Leistungen durch. Die Gewerkschaftsmitglieder wollen mit ihrer Aktion vor allem deutlich machen, warum Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Auszahlung von Leistungsgeldern im Kölner Arbeitsamt kaum noch zu schaffen sind. Obwohl schon jahrelang unzählige Überstunden geleistet werden, läßt sich der aufgelaufene Berg an Arbeit nicht abtragen. Um die Sicherung der sozialen Leistungen zu erreichen, werden die Aktionen fortgesetzt. Eine zentrale Protestkundgebung in Bonn wird angestrebt.

Italien: Streiks für Tourismus-Tarifvertrag

Die 800000 Lohnabhängigen der italienischen Tourismusbranche (u.a. Hotels, Restaurants, Reisebüros und Kantinen) führen nach dem nationalen Streik vom 11.8. jetzt regional gestaffelte eintägige Streiks durch. Die Kapitalisten hatten die Verhandlungen über den neuen Tarifvertrag Anfang August abgebrochen und

Die IG Metall hat am 19.8. zu einer Demonstration gegen die Stilllegung des Halbzeugwerkes der Vereinigten Deutschen Metallwerke AG in Frankfurt-Heddernheim aufgerufen. In Heddernheim arbeiten 1700 der 8400 Arbeiter und Angestellten der VDM. Mit den Massenentlassungen und Investitionen an anderen Standorten will die Geschäftsleitung den Konzern sanieren. Zu lange habe sie „mit Blut und Tränen“ ihre unternehmerische Verantwortung wahrgenommen, umschreibt sie markig den jahrelangen Mangel an Profit.

wollen erst im September wieder verhandeln, so daß die rd. 200000 Saisonbeschäftigten die Tarifierhöhung erst im nächsten Jahr kriegen würden. Die Einheitsgewerkschaft fordert mindestens 35000 Lire (70 DM) sofort und weitere durchschnittlich 55000 Lire während der dreijährigen Laufzeit. Die Kapitalisten hatten die Verhandlungen u.a. über ihr Ansinnen platzen lassen, für anderthalb Jahre keine Firmentarife abzuschließen. Die Tarifbestimmungen über Arbeitsorganisation, Eingruppierung usw. wären damit praktisch unwirksam.



Asylbewerber stellen Forderungen

Am Mittwoch, dem 5. August, zogen ca. 50 Asylsuchende aus der Massenunterkunft in Schortens/Middelsfähr (bei Wilhelmshaven) nach dem Mittagessen zu einem Supermarkt, um ihrer Unzufriedenheit mit dem Lageressen Ausdruck zu verleihen. Sie erhoben die Forderung, daß sie statt eines Taschengeldes von 87 DM im Monat den vollen Sozialhilfesatz ausbezahlt erhalten, um sich selber verpflegen zu können. Darüberhinaus fordern sie eine anderweitige Unterbringung. Immerhin hatte der Landkreis Friesland gegen die Eröffnung der Massenunterkunft baurechtliche Bedenken erhoben. Doch die Bezirksregierung, als ausführendes Organ der Landesregierung, gab grünes Licht. Der für Asylbewerber zuständige Minister für Bundesangelegenheiten, Hasselmann, erklärte zu den Forderungen: nur durch Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften und die damit verbundene Sozialhilfe in Form von Sachleistungen ist es möglich, „den Reiz der Bundesrepublik für Wirtschaftsflüchtlinge zu vermindern“. Mit dem Einsatz von 38 Polizeibeamten wurde der „Sturm auf den Supermarkt“ verhindert. Gegen die „Räufelstempel“ hat Hasselmann die Ausweisung beantragt.

Vorbereitung der Lohn-tarifverhandlungen

Der Vertrauensleutkörper der Computergesellschaft Konstanz schrieb in einem Brief an die Redaktion der Zeitschrift „Metall“ u.a.: „Nach eingehender Diskussion ... können wir mit dem Artikel ... „Real-

lohn und Kaufkraft verteidigt“ in Metall Nr. 10/81 nicht einverstanden sein. Schon die Überschrift stimmt nicht. Das Volumen des Abschlusses lag höchstens bei 5,2%, die Preissteigerung aber bei mindestens 5,5%. Das bedeutet Reallohnverlust. Das Argument, daß die Tarifverdienste dieses Jahr im Schnitt netto gleich stark wie brutto steigen, stimmt ebenfalls nicht ... Wäre es nicht besser, Ihr würdet veröffentlichen, wie sich das Reallohnniveau und der Lebensstandard im Zuge der Preispolitik der Unternehmer und der staatlichen Steuer- und Gebührenpolitik seit Frühjahr 1980 tatsächlich entwickelt hat? Denn das gäbe handfeste Argumente, die wir den Unternehmern bei der nächsten Tarifrunde aufrechnen können.“

Sofortige Freilassung von KKW-Gegnern!

Etwa 400 KKW-Gegner haben am 15.8. in Itzehoe für die Freilassung des KKW-Gegners Michael Duffke sowie gegen die Ermittlungsverfahren nach § 129/129a (Bildung einer kriminellen Vereinigung) gegen BUU Itzehoe und „Bewegung Weiße Rose“ demonstriert. Drei Hundertschaften Polizei wurden eingesetzt, um die Demonstration aufzulösen. Auf einer anschließenden Demonstration von 150 Menschen zur JVA Neumünster, wo Michael Duffke jetzt einsitzt, nahm die Polizei im Lauf des Tages ca. 50 Demonstranten fest. Die Staatsanwaltschaft zusammen mit einer von der schleswig-holsteinischen Landesregierung eingesetzten Sonderkommission führt Ermittlungen. Für Ende September bereitet die Staatsanwaltschaft eine Prozeßwelle gegen Brokdorf-Demonstranten vor.



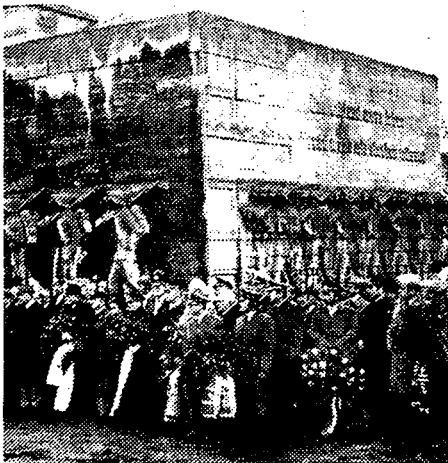
Die südafrikanische Regierung hat die Unterkünfte von 400 Angehörigen schwarzer Arbeiter westlich von Kapstadt durch Polizei zerstören lassen. Laut Rassengesetz dürfen die schwarzen Arbeiter, die im Bereich Kapstadt gehalten werden, nicht mit ihren Familien zusammenleben. Wegen massiver Proteste konnte die Regierung die Frauen und Kinder nicht in die Reservate zurückschicken, wo sie wegen der schlechten Bodenqualität nicht leben können. Die Sprecherinnen des zerstörten Lagers wiesen auch das Angebot zurück, sie sollten mit der Regierung „kooperieren“ und sich teilweise in anderen Gebieten zusammen mit den Männern ansiedeln lassen unter Beachtung der Rassengesetze.

Hamburg

Chauvinistische Propaganda für das Kriegsdenkmal – der Klotz muß weg!

Hamburg. Nachdem das berühmte Kriegsdenkmal in Hamburg während der Kirchentagsdemonstration vor allem mit Farbbeuteln angegriffen wurde, fehlen seit Mitte Juli etlichen der 88 blind ihrem Zugführer folgenden Soldaten die Hacken und Nasen. Das brachte die Reaktion, die Springerpresse als Sprachrohr nutzend, in Rage: „Die Besudelung des Erinnerungsmalles unserer im Krieg 1914 – 1918 Gefallenen ist bezeichnend für die niederträchtige Gesinnung der Täter.“ Womit die erste Behauptung, die zwecks Erhalt des Klotzes ausgestreut wird, ausgesprochen ist. Nicht nach Trauer um die Gefallenen, sondern nach Ehrung des deutschen Imperialismus

tung nur noch ab, weil sonst „von anderen Truppenverbänden, insbesondere auch der Marine, gleiche Anträge gestellt werden könnten“. Gleichzeitig wird ein entlegener Platz für ein Denkmal angeboten. Aber die Reaktion will es „inmitten des Großstadtverkehrs“. 1932 erliegt die SPD dem ideologischen Trommelfeuer und bewilligt den Platz in der Innenstadt am Dammtor. Einzig die KPD sagt in der Bürgerschaft: „... müßte man auf das Ehrenmal schreiben, daß 40000 Menschen ihr Leben ließen für den verbrecherischen Kapitalismus, für die internationale Bourgeoisie, für das internationale Finanzkapital, das aus Profitrücksichten diesen Krieg bewußt entfesselt hat.“



Links: Das Denkmal: beliebter Aufmarschplatz für Bundeswehr (hier: 1977) und Neonazis. – Rechts: Nach der Bearbeitung mit Farbe, Hammer und Meißel.



stand den Denkmalinitiatoren der Sinn.

Bereits nach dem Krieg 1870/71 wurde dem „2. Hanseatischen Infanterie-Regiment Nr. 76“ ein Denkmal errichtet. Die Reaktion kritisierte es als eine „Ansammlung und Ausstellung von Leichnamen“. Ab 1925 machten die militaristischen Kameradschaftsverbände, die 76er-Vereine, verstärkt Propaganda für ein Denkmal, das zeigt, „wie seine Männer, getreu der Pflicht, dem Vaterland zu dienen, in Heldengröße kämpfend der Feinde Hoffen zerschlugen! Es sei, treu und wahr, der Nachwelt ein Vorbild!“ Die seit 1924 mit der bürgerlich-liberalen DDP und der reaktionären DVP den Hamburger Senat bildende SPD trat zu Anfang vorsichtig dafür ein, statt Geld für ein Denkmal aufzuwenden, die Kriegsofferversorgung zu verbessern. Aber sie konnte der chauvinistischen Propaganda schlecht standhalten. 1929 lehnt der Senat die Errich-

Mit der Machtergreifung des Hitlerfaschismus wird die Denkmalerrichtung forciert. 1936 (noch heute wird das Datum 1932 lanciert, um dem Kriegsklotz demokratische Weihe zu verleihen) ist Denkmaleinweihung. In keiner Festrede kommen die Gefallenen vor, stattdessen sagt Nazisenator Ahrens: „Es soll ... für uns alle eine ständige Aufforderung sein ... in den Reihen geschlossen hinter der Fahne zu marschieren, die der Führer uns voran hält ...“ Die Inschriften lauten entsprechend: „Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen“ und „Großtaten der Vergangenheit sind Brückenpfeiler der Zukunft“. Es kommt auch nicht von ungefähr, daß die Soldaten statt mit der 1914er Pickelhaube mit dem 1935er-Stahlhelm eingemeißelt wurden.

Aber: „Heinrich Lersch, von dem die Inschrift stammt, war ein Arbeiterdichter ...“ und ein Christ dazu. Letzteres mag sein, wie aus seiner fol-

genden Verszeile hervorgeht: „Stoßt dem Feind ins Herz die kalte Klinge, wer nicht mit uns ist – der stirbt.“

Den sowieso nicht entnazifizierungswütigen Briten konnte der Hamburger SPD-Senat 1949 die Notwendigkeit der Existenz des Denkmals mit der Logik schmackhaft machen, wonach „... die Beseitigung von Denkmälern dem Sinn der Denkmalssetzung widerspricht“. 1972 fordert die Bezirksversammlung Mitte die Beseitigung der Inschriften. Der Senat hebt den Beschluß auf. Dazu steht er noch heute. Nun soll (zum dritten Mal in diesem Jahr) restauriert werden. Das wird Folgekosten nach sich ziehen. Abriß des Nazidenkmals wäre nicht nur richtig, sondern billiger, zumal sich bestimmt etliche freiwillige Helfer finden würden.

Kommunalhaushalt

Kiesl: Hin zu investiven Ausgaben

München. Die bayerische Gemeindeordnung schreibt den Städten vor, in jedem Jahr eine mittelfristige Investitionsplanung auf fünf Jahre hin vorzulegen, auf deren Grundlage die jährlichen Haushaltspläne erstellt werden. Dieses Mehrjahresinvestitionsprogramm (MIP) 1981 – 1985 mit einem Gesamtvolumen von 6,5 Mrd. DM hat der Münchner Stadtrat am 1. Juli beschlossen. Das MIP 81 – 85 steht unter der Überschrift: Die Stadt München noch anziehender machen für die Kapitalisten, den Zuzug neuer Betriebe fördern und die Infrastruktur für die Fabriken gut und billig machen.

Die Entwicklung vom MIP 1979 – 1983 hin zum neuen von 1981 – 1985 zeigt folgende Schwerpunktverlagerung: Machten die Einzelpläne 2 – 5 (Schulen, Wissenschaft/Forschung, Soziale Sicherheit, Gesundheit, Sport, Erholung) 1979 noch 23,9% des gesamten Planes aus, so sank der Anteil im neuen Plan auf 19,6%. Das sind 167 Mio. DM weniger. Genau das Gegenteil bei den Einzelplänen 6 – 8 (Kanal-, Wohnungsbau, Wirtschaftsförderung, wirtschaftliche Unternehmen der Stadt): Der Anteil stieg von 74,2% auf 78,4%.

Diese Verschiebung entspricht der CSU-Programmatik: Weg von den konsumptiven Ausgaben im Haushalt, hin zu den investiven Ausgaben. Kiesl in seiner Rede zum neuen Investitionsplan: „Besonders wichtig ist das richtige Sparen. Investitionen sichern Arbeitsplätze. Also müssen sie weitgehend tabu sein. Der Rotstift muß in erster Linie bei den laufenden Ausgaben angesetzt werden. Das heißt: Der näch-

ste Haushalt kann kein übertoller Geschenkkorb für alles und für jeden sein.“

Die Einzelpläne 6 und 7 des MIP 1981–1985 umfassen die Bereiche Bau-, Wohnungswesen, Verkehr, Infrastrukturmaßnahmen (wie Kanal- und Klärwerksbau) und die Wirtschaftsförderung. Diese beiden Posten machen 31,5% des gesamten MIP oder 2,67 Mrd. DM aus. Sie weisen gegenüber dem MIP 1979–1983 eine Steigerung von 15,5% auf. Von diesen beiden Einzelplänen entfallen absolut und relativ die größten Posten auf die Stadtentwässerung und die Abwasserbeseitigung, zusammen 1,8 Mrd. DM, mit einer Steigerungsrate von 78%.

Am 30.7.1980 hat der Stadtrat den Generalentwässerungsplan mit einem Gesamtinvestitionsaufwand von 3,9 Mrd. DM beschlossen. „Magnet“ für die Gewerbeansiedlung ist dieser Plan in der Tat, wie CSU OB Kiesel sagt, denn den Kapitalisten wird billig eine

funktionierende Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Erste Ergebnisse dieses Magnets: Die Gewerbeansiedlungen bzw. Bauvorhaben von Firmen haben sich vom MIP 1979–1983 von 341 ha Bauland auf 400 ha im Zeitraum 1981–1985 erhöht. 107 ha kommen dabei aus städtischem Besitz.

Recht bescheiden nimmt sich daneben das von der CSU groß herausgestellte Wohnraumbeschaffungsprogramm aus. 640 Mio. DM sind für den Zeitraum 1981–1985 vorgesehen. Bauträger sind neben der Neuen Heimat und der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Versicherungen und Ablegergesellschaften der Banken. Verschiebungen in der Mittelvergabe gibt es in Richtung auf direkten Bauzuschuß. War 1979 der Grunderwerbszuschuß der Stadt noch 145 Mio. DM, so sank er im MIP 1981–1985 auf 75 Mio. DM, während der direkte Baukostenzuschuß von 258 Mio. auf 545 Mio. DM stieg.

Diese romantischen Vorstellungen muten angesichts der zwar bedauerlichen, aber doch existierenden Erklärungen des Westberliner DGB, der in Bezug auf TUWAT von „faschistoidem Gesindel“ spricht, und angesichts der Isolation der Hausbesetzerbewegung in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung versponnen an. Natürlich ist die Auffassung des DGB-Landesvorstandes nicht die der Gewerkschaftsmitglieder, aber es ist unbestreitbar, daß die Bewegung der Hausbesetzer im Begriff ist, sich von den Reserven, die sie braucht, zu isolieren und stattdessen Reserven aus Europa eingeladen werden, von denen man auf Dauer nichts hat.

In ihrem Westberliner Parteiblatt bilanziert die CDU ihr bisheriges Vorgehen so: „So ist immerhin schon erreicht, daß die gesamte Szene rund um die Hausbesetzungen von der übrigen Bevölkerung isoliert ist, trotz des Geschreis der Chaoten und auch weiterhin zu erwartender Häßlichkeiten. Das läßt hoffen.“

Unter dem Eindruck der bisher erreichten Erfolge gegen die Hausbesetzer und der teilweise aus dem Schußfeld herausgelösten Wohnungsbaupolitik marschiert die CDU auch an anderen Fronten. Die beispiellose Hetze gegen die ausländischen Arbeiter und ihre Organisationen wird von der Reaktion entfaltet, ohne ernstzunehmende Gegenwehr. Dabei konzentriert die CDU ihre Angriffe auf das Asylrecht und fordert die Änderung des Grundgesetzes als in diesem Punkt nicht mehr zeitgemäß. Daneben sind vor allem die ausländischen Arbeitervereine, besonders die der Türken, Zielscheibe der Angriffe der CDU. Der DGB und die SPD haben lediglich Stellungnahmen gegen die Ausländerhetze abgegeben.

In der Sozialpolitik ist ein wesentlicher Punkt die angekündigte Abschaffung des 40 DM-Tarifs bei den Kindertagesstätten. Ab Januar sollen die El-

Westberlin

TUWAT-Kongreß kontra CDU-Senat

Nach gut zweimonatiger Amtszeit ist die Existenz des CDU-Minderheitenssenats gefestigter als zu Beginn. Die Unterstützung durch die FDP-Fraktion klappt reibungslos. Der neue Senat brauchte bei keiner seiner Initiativen um die Mehrheit im Abgeordnetenhaus fürchten. Die SPD-Fraktion operiert ausschließlich parlamentarisch. Außerhalb des Parlaments ist die SPD regungslos. Die Fraktion der Alternativen Liste sieht sich dem Trommelfeuer der Reaktion ausgeliefert und hat Mühe, sich zu behaupten. Erfolge gegen die Reaktion auszumachen, fällt schwer.

In der Bewegung gegen die Wohnungsbaupolitik wurde in einer jüngst erschienen Dokumentation festgestellt, daß insgesamt bisher 3500 Straf- und Ermittlungsverfahren, davon einige abgeschlossen mit Haftstrafen bis zu 18 Monaten ohne Bewährung und mehr als 2000 Verletzte zu verzeichnen sind. Als Reaktion auf die Ankündigung der CDU, demnächst 9 besetzte Häuser räumen zu wollen, ist bei den Hausbesetzern die Idee eines internationalen TUWAT-Kongresses entstanden. Er hat in dieser Woche begonnen und es ist sehr umstritten, ob die Absicht, dem CDU-Senat zeigen zu wollen, daß die besetzten Häuser verteidigt werden, mit diesem Projekt gelingt. Die hochgeschraubten Erwartungen (50000 Teilnehmer aus ganz Europa) sind zwar notgedrungen zurückgeschraubt worden, aber ungerechtfertigte Hoffnungen existieren: „Z.B. Feste

feiern, die die Stadt mitfeiert. Demonstrationen, bei denen die Leute an den Fenstern und vor den Kneipen vor Spaß in die Hände klatschen und die den Senat in große Bedrängnis bringen, weil ihm da die Polizei nun wirklich nicht helfen kann. Urlaub in der Stadt und Urlaub für die Polizei. Spektakel auf der Straße, wo Leute sich fragen, ob sie nicht wirklich ein bißchen falsch und die ‚Jugendlichen‘, für die sie sonst allenfalls ‚Verständnis‘ aufbringen, nicht vielleicht doch richtig liegen: so daß ihnen der Gedanke kommt, selbst sich ein Stück anders zu lagern.“ (Prof. Wolf Dieter Narr u.a., TAZ 20.8.81)



tern wieder gestaffelt zwischen 40 und 400 DM pro Kind zahlen. Sogenannte Tagespflegestellen, d.h. Eltern, die gegen Bezahlung des Bezirksamtes ein Kind aufnehmen und tagsüber versorgen, werden schon ab September von 6000 auf 5000 zusammengestrichen. Darüberhinaus existiert trotz Sparmaßnahmen der Plan, sogenanntes Erziehungsgeld bis zu 400 DM denjenigen Müttern zu zahlen, die ihre Berufstätigkeit aufgeben. Das familienpolitische Programm der CDU ist gegen die Interessen der berufstätigen Frau konzentriert. Bislang haben aber weder die Gewerkschaften und ihre Frauenausschüsse noch die SPD sich gerührt.

Die Senatorin Hanna Laurien beabsichtigt die schrittweise Auflösung der Gesamtschule zunächst durch Herausnahme der Oberstufe. Hauptschülern soll bereits nach dem 9. Schuljahr die Möglichkeit gegeben werden, die Schule zu verlassen bei Nachweis eines Ausbildungsplatzes. Der CDU-Senat bleibt ungefährdet, wenn es über den Herbst und Winter nicht gelingt, unter wesentlicher Beteiligung der Gewerkschaften in der Wohnungsbau-, Sozial-, Schul- und Ausländerpolitik ein Programm zu entwickeln, das die vielen einigt, die die reaktionäre Politik bekämpfen wollen.

Bielefeld **Entlassungen in der** **Kinderklinik Bethel**

Bielefeld. Zehn Kinderkrankenschwestern aus der 160-Betten-Kinderklinik der Krankenanstalten Sarepta in Bielefeld-Bethel sind gerade vor Beginn der Verhandlungen um die Pflegesätze zum 1. Oktober dieses Jahres gekündigt worden. Eine Schwester war noch in der Probezeit, die anderen sind erst verhältnismäßig kurze Zeit beschäftigt. Alle waren ehemalige Schülerinnen aus dem letzten Examenskurs, die zum Teil sogar von bereits anderweitig eingegangenen Arbeitsverträgen abgeworben worden waren. Gerüchten zufolge sollten zunächst sogar zwanzig Schwestern entlassen werden.

Begründet werden die Kündigungen mit einem enormen Rückgang der Belegung im ersten Halbjahr 1981 auf zum Teil ca. 60%. Im Durchschnitt des Halbjahres beträgt der Rückgang jedoch nur neun Prozent und bewegt sich damit durchaus im Rahmen der üblichen Schwankungsbreite, auf gar keinen Fall läßt sich mit diesen Schwankungen die Entlassung von soviel Pflegepersonal rechtfertigen. Abgesehen davon ist es sowieso fragwürdig, die Belegungsquote zum Gradmesser der Personalbemessung zu machen, statt die Zahl der behandelten Kinder.

Auch wäre der Schweregrad der Erkrankung und entsprechend aufwendigere Pflege zu berücksichtigen, die im Durchschnitt zugenommen hat, denn immer mehr Fälle werden ambulant behandelt und kommen so gar nicht auf die Station. Schließlich sind die Kriterien für die Personalbemessung über zehn Jahre alt und werden den heutigen Anforderungen schon lange nicht mehr gerecht.

Die Verwaltung der Krankenanstalten führt die geburtenschwachen Jahrgänge an, die, anders als hier, in vielen Kinderkrankenhäusern der Bundesrepublik bereits in den Jahren 1979/80 für erhebliche Belegunsrückgänge verantwortlich seien. Die Folge sei dort schon damals Reduzierung des Personals gewesen. Die Beschäftigten jedenfalls befürchten, daß der Arbeitsanfall kaum zu bewältigen sein wird, wenn die Belegung nach der Urlaubszeit und den Schulferien wieder ansteigt und dann die zehn Schwestern fehlen. Sie haben noch gut die Situation vor Augen, wenn die Belegung bis an die Grenze der Kapazitäten gestiegen war.



Etwa 50 Krankenpflegeschüler der Städtischen Krankenanstalten Rosenhöhe in Bielefeld zogen Mitte des Monats zur Sitzung des Krankenhausausschusses der Stadt, um zum wiederholten Mal gegen die Anrechnung der Pflegeschüler auf den Stellenplan zu protestieren. Durch die Anrechnung bleiben 17 Planstellen im Krankenhaus unbesetzt bzw. werden von Schülern besetzt. Auf diese Weise kann das Land bzw. die Stadt zum Nachteil der Schüler ca. 600000 DM weniger für die Versorgung der Patienten ausgeben.

Die Mitarbeitervertretung und die Gewerkschaft ÖTV sind den Versuchen der Verwaltung entgegengetreten, zunächst quasi einen Stellenstopp durchzusetzen und dann die Schwestern gegeneinander auszuspielen, indem Ausweicharbeitsplätze in geringerer Zahl angeboten werden. ÖTV und Mitarbeitervertretung fordern, daß alle Schwestern mindestens in anderen Bereichen der Krankenanstalten weiterbeschäftigt werden. Dieser Forderung mußte die Verwaltung jetzt nachkommen.

Schleswig-Holstein **Bauern gegen die** **Regierungspolitik**

Flensburg. Die Politik des Bauernverbandes bleibt trotz der sich zuspitzenden Lage des Großteils der Bauern in Appellen und starken Worten stecken. Nur auf massiven Druck der Bauern hin sind Informationsstände und Demonstrationen organisiert worden. Dazu haben sich schon Anfang der 70er Jahre außerhalb der Verbandsstrukturen Arbeitskreise gebildet, die zunehmend aber auch selbständige Aktionen durchführen.

In Schleswig-Holstein sind das v.a. die „Arbeitskreise junger Landwirte“, die bei Aktionen über das ganze Land in gegenseitiger Absprache arbeiten und weite Kreise nicht nur junger Bauern mobilisieren.

So wurde z.B. Anfang Mai eine Demonstration vor dem Bauernverbandsgebäude in Rendsburg abgehalten, an der etwa 150 schleswig-holsteinische Bauern teilnahmen. Anschließend zogen die Bauern in die Vorstandssitzung des Landesbauernverbandes ein. Sie forderten härtere Kampfmaßnahmen des Bauernverbandes zur Durchsetzung besserer Preise und zur Erhöhung der Vorsteuerpauschale. Kritisiert wurde auch, daß der Präsident des Bauernverbandes Heeremann die Brüsseler Preisbeschlüsse als „tragfähigen Kompromiß“ bezeichnet hatte.

Am 18. Juli nahmen etwa 300 Bauern die Abschlußveranstaltung der diesjährigen Weidemastbereisung in Husum (Nordfriesland) zum Anlaß, um sich Staatssekretär Gallus vom Bundeslandwirtschaftsministerium vorzuknöpfen. An dieser Veranstaltung nehmen neben Ministerien, Landwirtschaftskammer und Bauernverband Vertreter von allen wichtigen Verbänden teil, die mit Fleischverarbeitung und -verkauf zu tun haben.

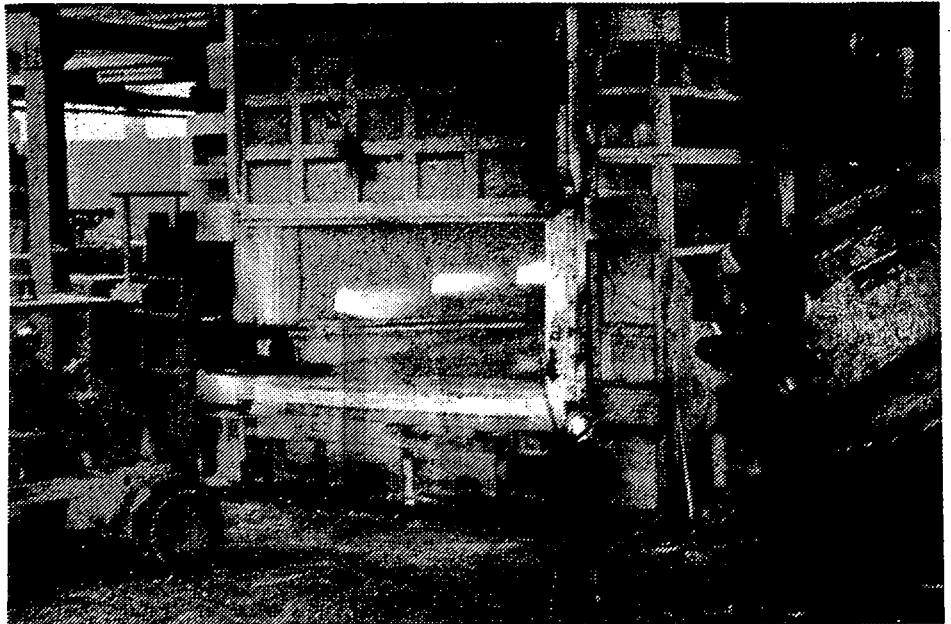
Gallus hatte vor einiger Zeit in einem Interview gesagt, daß weitere 100000 landwirtschaftliche Betriebe aufgeben müßten. Während der Veranstaltung zogen die Bauern in den Kongreßsaal ein, umstellten die Versammlung und versperrten die Eingänge. Sie führten eine schwarze Fahne mit, während sie den Staatssekretär zur Rede stellten, wurde eine Sense geschärft. Besonders griffen sie die Strukturpolitik der Bundesregierung an. Gerade die schleswig-holsteinischen Bauern seien der Beratung der Landwirtschaftskammer gefolgt und hätten sich mit hoher Verschuldung auf Schweine- oder Rindviehhaltung spezialisiert. Und nun seien gerade sie es, denen es am schlechtesten geht.

Kündigungsschutz Klageeingang in 20 Jahren verdoppelt

Stuttgart. Während 1960 noch 5112 Lohnabhängige vor Gericht gingen, weil ihnen gekündigt worden war, hatten die Arbeitsgerichte in Baden-Württemberg 1980 bereits 15910 Kündigungsfälle zu bearbeiten. Sozialminister Dietmar Schlee erklärt dazu: „Ganz sicher ist im Zeichen der wirtschaftlichen Abschwächung der Kampf um den Arbeitsplatz härter geworden. Wer in Zeiten der Hochkonjunktur einen gleichwertigen Arbeitsplatz in Aussicht hat, scheut oft den Gang zum Richter, wenn er entlassen wird. Das hat sich geändert“. Änderungen gibt es, weil Kündigungen zunehmend Endpunkt gehässiger Schikanen durch die Kapitalisten sind und diese sie aussprechen im Vertrauen darauf, meistens nur zu einer Abfindung verurteilt zu werden. So entließ z.B. das „Heidelberger Tageblatt“ einen Redakteur wegen Tragens eines schwarzen Sterns am Revers während der Arbeitszeit, nachdem der Redakteur in den Betriebsrat gewählt worden war. Der monatelange Rechtsstreit mit Beratungen über die politischen Absichten der Form und der Farbe des Sterns endete in der Zusage des Redakteurs, den Stern während der Arbeitszeit nicht zu tragen und der Zusage des Tageblatts, daß ihm keine weiteren arbeitsrechtlichen Konsequenzen daraus mehr entstehen werden.

Von den 16389 Arbeitsgerichtsklagen insgesamt im Jahr 1960 in Baden-Württemberg sind 7692, im Jahre 1980 von den 33851 Klagen 15015 (44%) durch Vergleich erledigt worden. Nur in 1855 Fällen im Jahr 1960 und in 2960 Fällen (9%) im Jahr 1980 entschieden die Arbeitsgerichte durch Urteil. 7292 Klagen im Jahr 1960 und 15876 (47%) im Jahr 1980 wurden durch Rücknahme der Klage, Verweisung an ein anderes Gericht u.a. erledigt. Das Sozialministerium sieht in der Förderung der Vergleichsbereitschaft „einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des Arbeitsfriedens“.

Die Abnahme des Anteils der Kapitalisten unter den Klägern von 6,9% auf 4,6% kommentiert Schlee mit den folgenden Worten: „Als die stärkeren Partner im Arbeitsverhältnis haben die Arbeitgeber andere Mittel, um sich gegen eine Verletzung der arbeitsrechtlichen Pflichten zur Wehr zu setzen“. Von diesen „Mitteln“ sind offensichtlich ausländische Arbeitskräfte am stärksten betroffen. Ihr Anteil an den klagenden Lohnabhängigen (27,6%) liegt jetzt doppelt so hoch wie ihr Anteil unter den Beschäftigten insgesamt (14,4%).



In der Gießerei der Hamburger Aluminiumwerke. Der Krankenstand unter den Schichtarbeitern ist im Durchschnitt 20%.

Hamburger Aluminiumwerk (HAW)

Betriebsrat setzt Kantinenversorgung für Schichtgänger durch

Hamburg. Im April 1979 beschließt der Betriebsrat als Forderung: Verbesserung der Qualität des Essens und Kantinenversorgung für Schichtgänger. Bei HAW arbeiten von 780 Beschäftigten 50% Kontischicht und noch einmal 20% in Wechselschicht. Die Kantine ist jedoch nur montags bis freitags von 6 bis 14 Uhr geöffnet.

Mitte des Jahres trägt der Betriebsrat der Geschäftsführung sein Anliegen vor und stößt, wie es scheint, auf offene Ohren. Jawohl, das Essen sei schlecht und für die Schichtarbeiter müsse etwas gemacht werden. Es soll ein Kantinenwagen betrieben werden, der auf den Schichten rumfährt.

Es folgen verschiedene Gespräche zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung, auf denen dem Betriebsrat immer wieder versichert wird, man sei dabei, einen Betreiber eines Kantinenwagens zu suchen. Als der Betriebsrat nach einem halben Jahr Ergebnisse sehen will, hatte man immer noch keinen Pächter gefunden. Der Betriebsrat schlägt vor, selbst einen zu suchen und verhandelt mit kleineren Geschäftsleuten. Dabei stellt sich heraus, daß diese das Kapital für einen Kantinenwagen nicht aufbringen können, zumal der Umsatz für sie nicht einzuschätzen ist.

Als der Betriebsrat der Geschäftsführung vorschlägt, selbst einen Wagen zu betreiben und Personal einzustellen, reagieren die Kapitalisten ge-

schäftsmäßig: das würde nun wirklich zu viel kosten. Langsam setzt sich im Betriebsrat der Gedanke fest, verschaukelt worden zu sein. Er trägt das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen, wie schon vorher, auf die Betriebsversammlung. Er hat die volle Unterstützung der Belegschaft bis hinein in die leitenden Angestellten.

Im Februar 81 stellt der Betriebsrat in seinem Tätigkeitsbericht fest, daß es keine Verhandlung gegeben habe, auf der nicht über die Kantine gesprochen worden sei. „Die Geschäftsführung hat es aber immer wieder geschafft, den Betriebsrat hinzuhalten.“ An anderer Stelle heißt es: „Es bestand im Betriebsrat Unsicherheit, die im Betriebsverfassungsgesetz verankerten Rechtsmittel zur Durchsetzung seiner Rechte auch konsequent einzusetzen.“ Der Betriebsrat nahm sich vor, das zu ändern.

Im März 81 stellt die Geschäftsleitung beim Betriebsrat, wie schon vor 1½ Jahren, den Antrag, in einer Abteilung für 1 Jahr von Wechselschicht auf Kontischicht umzustellen, weil ein Sonderauftrag vorliege.

Nach ausführlicher Beratung, auch mit den Arbeitern der betreffenden Abteilung, beschließt der Betriebsrat, dem Antrag nur unter folgenden Bedingungen zuzustimmen: Erhöhung der Schichtzulage um 1 DM, Sonderurlaub und schriftliche Zusicherung, daß bis Jahresende die Kantinenversorgung

für Schichtgänger gesichert ist. Nach Schätzung des Betriebsrats bringt der Sonderauftrag um die 1,5 Mio. DM Extraprofit. Der Betriebsrat hat also eine starke Verhandlungsposition.

Die ersten Verhandlungen brechen die Kapitalistenvertreter ab. Die Forderungen seien viel zu hoch, dann könne man den Auftrag nicht annehmen. Sie setzen darauf, die Abteilung gegen den Betriebsrat aufzubringen, weil sie wissen, daß die Arbeiter in den unteren Lohngruppen das Geld brauchen. Da ihnen die Spaltung nicht gelingt, weil der Betriebsrat beständig die Lage mit den Kollegen berät, verhandeln sie nach drei Wochen wieder mit dem Betriebsrat. Der Betriebsrat setzt sich mit fast allen Forderungen durch und gibt seine Zustimmung zur Änderung der Arbeitszeit, nachdem die Geschäftsführung eine Betriebsvereinbarung un-

terzeichnet hat, daß bis Jahresende die Kantinenversorgung für Schichtgänger gesichert ist.

Als die Geschäftsführung erneut versucht, diese Vereinbarung zu unterlaufen, geht der Betriebsrat vor die Einigungsstelle und setzt nach 11stündigen Verhandlungen durch: In den drei größten Abteilungen werden Essenausgabestellen in Verbindung mit den Aufenthaltsräumen gebaut. Dort kann ein warmes Essen und Imbißverpflegung gekauft werden. Die Ausgabestellen sind pro Schicht eine Stunde nacheinander geöffnet. Ein Kollege der entsprechenden Schichtgruppe soll bei Bedarf die Ausgabe unterstützen. Das ganze Konzept soll bis spätestens Ende 1982 abgeschlossen sein.

Die Verbesserung der Lage der Schichtarbeiter hat der Betriebsrat als

eine seiner wichtigsten Aufgaben beschlossen. Mit den Vertrauensleuten wird er im Herbst als nächsten Schritt eine Fragebogenaktion durchführen. Es soll damit erhoben werden: der Gesundheitszustand der Belegschaft, indem die Krankheiten der letzten drei Jahre erfragt werden, Mehrbelastungen am Arbeitsplatz und Vorschläge der Schichtarbeiter für aktuelle Forderungen.

Zwei Mitglieder des Betriebsrats arbeiten im Arbeitskreis „Schichtarbeit“ der Verwaltungsstelle der IG Chemie. Dort sollen Forderungen zur Schichtarbeit für die Verhandlungen um den Manteltarif 1983 erarbeitet werden.

Heidelberg

Prozeß gegen türkische Arbeiter

Heidelberg. Seit dem 24.3.81 hält die Staatsanwaltschaft Heidelberg die türkischen Arbeiter E. Topuz, H. Tuncsi-peri, Ü. Yazar, K. Tas und N. Turhan in vier verschiedenen Vollzugsanstalten Baden-Württembergs in Haft. Der Erste Staatsanwalt Johe, Leiter des Dezernats Staatsschutz, wirft ihnen vor, sie hätten „als Mitglied oder Anhänger der linksradikalen türkischen Arbeiterföderation „ATIF““ zwei Wochen zu-

Rechte des Betriebsrats bei Einführung bzw. Abschaffung von Schichtarbeit

Informationsrechte

§§ 80,2 und 90 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG): Die Kapitalisten müssen den Betriebsrat nach § 80 rechtzeitig und umfassend unterrichten und auf Verlangen des Betriebsrats alle erforderlichen Unterlagen zur Verfügung stellen, damit der Betriebsrat seine Aufgaben erfüllen kann. Zu diesen Aufgaben gehört ohne Zweifel auch die Mitbestimmung bei der Einführung von Nacht- und Schichtarbeit. Nach § 90 muß der Betriebsrat über die Planung von Arbeitsverfahren und -abläufen rechtzeitig unterrichtet werden. Dazu gehört die Planung (Ausweitung) von Schichtarbeit.

§ 106 Wirtschaftsausschuß: Über die Einführung oder Ausweitung von Schichtarbeit muß der Wirtschaftsausschuß rechtzeitig und umfassend unterrichtet werden.

§ 111 Betriebsänderung: Wenn die geplante Einführung (Ausweitung) der Schichtarbeit eine Betriebsänderung darstellt, z.B. eine größere Zahl von Entlassungen, muß der Betriebsrat informiert werden und über einen Interessenausgleich mit ihm verhandelt werden.

Mitbestimmungsrechte

§ 87, 1 und 2 BetrVG: Bei der Festlegung von Beginn und Ende der Arbeitszeit hat der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht. Einführung von Schichtarbeit wirkt sich darauf auf jeden Fall aus. Das Mitbestimmungsrecht gilt auch bei nur vorübergehen-

der Einführung von Schichtarbeit. Es besteht aber nur insoweit, als eine gesetzliche oder tarifliche Regelung nicht besteht, oder eine Öffnungsklausel im Tarifvertrag betriebliche Gestaltungsmöglichkeiten zuläßt (sog. Gesetzes- oder Tarifvorbehalt). Das Mitbestimmungsrecht gibt dem Betriebsrat die Möglichkeit, eine von den Kapitalisten geplante Einführung oder Ausweitung der Schichtarbeit abzulehnen, bzw. seine Einführung an Bedingungen zu knüpfen.

Initiativrechte

§ 87, 1 und 2 BetrVG: Die Mitbestimmung des Betriebsrats bei Festlegung von Beginn und Ende der Arbeitszeit schafft dem Betriebsrat die Möglichkeit, auch den Abbau von Schichtarbeit zu verlangen. Der Kapitalist muß darüber mit dem Betriebsrat verhandeln. Im Streitfall entscheidet die Einigungsstelle.

§ 92 BetrVG gibt dem Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht, wenn die Arbeitsbedingungen arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen offensichtlich widersprechen. Der Betriebsrat kann dann Maßnahmen zur Abwendung, Milderung oder zum Ausgleich der Belastung verlangen. Zumindest die Nachtarbeit widerspricht arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen. Umstritten ist, ob dieser Paragraph nur bei Änderung der Arbeitsbedingungen gilt oder ob es genügt, wenn der Betriebsrat feststellt, daß bestehende Arbeitsbedingungen den gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen widersprechen.



Metall-Streik 1981 Mannheim

vor an dem Wirt einer türkischen Gaststätte in Walldorf bei Heidelberg und an dessen Bruder gemeinsam gefährliche Körperverletzung begangen, um sich an diesen zu „rächen“, weil der Wirt tags zuvor Flugblattverteiler der ATIF/ATÖF als „Schweinehunde“ beschimpft hatte.

Die Untersuchungshaft und ihre Dauer, beides beim Tatverdacht der Schlägerei und bei Angeklagten, die wie die fünf Türken „in geregelten

Lebens- und Arbeitsverhältnissen stehen“, völlig unüblich, wird damit begründet, sie stünden der ATIF nahe und seien also bereit, Tatzeugen nachträglich zu bedrohen.

Die Anklage selber steht auf wackeligen Beinen. Die Hauptzeugen des Staatsanwalts, beide der faschistischen MHP „Graue Wölfe“ nahestehend, haben sich in die Türkei abgesetzt; die bei der Verhaftung sichergestellten „Tatwerkzeuge“ sind Küchenmesser, Elektrokabel u.ä. Gebrauchsgegenstände; die Mitgliedschaft in der ATIF wird auf einige Flugblätter, die in der Wohnung eines Angeklagten gefunden wurden, zurückgeführt. Dennoch hält Johé weiter an der Anklage fest, und der Schluß liegt nahe, nur zu dem Zweck, Material für ein geplantes Verbot von ATIF/ATÖF seitens der Innenministerkonferenz zu sammeln.

Nachdem am 4.7.81 in Heidelberg ca. 250 Türken gegen die Inhaftierung demonstriert hatten, führten die fünf Gefangenen einen zweiwöchigen Hungerstreik gegen die Haftbedingungen und die Behinderung ihrer Verteidigung durch: die Verbringung in vier verschiedene Gefängnisse; ihren Verwandten war zwei Monate lang der Besuch verweigert und auch dann nur im Beisein eines amtlichen Dolmetschers (200 DM pro halbe Stunde) erlaubt worden, obwohl sie sich mit ihren Angehörigen auch gut auf Deutsch unterhalten können; den Anwälten wurde erst nach drei Monaten Akteneinsicht gewährt.

Eine Aktionseinheit zur Unterstützung der fünf Inhaftierten führt am 10.9. in Heidelberg eine Veranstaltung gegen den Prozeß, der Mitte September beginnen soll, durch. Dort soll auch gegen das geplante Verbot von ATIF/ATÖF und gegen die „Türkei-Hilfe“ der Bundesregierung Stellung genommen und über den aktuellen Stand des Kampfes gegen die Militärjunta in der Türkei berichtet werden.

Zivildienst Protest gegen zentrale Kurse

München. Öffentlichen Protest gibt es in München gegen eine Anordnung des Kölner Bundesamtes für den Zivildienst, Zivildienstleistende (ZDL) für individuelle Schwerstbehinderten-Betreuung ab 1981 zu einem zentralen 4-wöchigen Einführungskurs zu verpflichten. Die „Vereinigung Integrationsförderung“ (VIF), die allein 40 Zivildienstleistende zur ambulanten Betreuung Behinderter einsetzt, hat protestiert, daß fünf ZDLer zum Zen-

tralkurs nach Castrop-Rauxel abgezogen werden sollen, weil damit die Betreuung von acht Behinderten nicht mehr in vollem Umfang aufrechterhalten werden könnte.

Trotz des Einspruchs der Dienststelle wurde nur ein ZDLer von der Anordnung ausgenommen. Zwei wurden unter Androhung von Disziplinarmaßnahmen (Lohnkürzung) gezwungen, nach Castrop-Rauxel zu fahren, die weiteren zwei behält die VIP an der Dienststelle zurück. Behinderte unterstützen den Protest der VIP und der ZDLer. Einer fuhr mit zum Kurs, mehrere Rollstuhlfahrer begannen in der



Münchener Fußgängerzone einen Hungerstreik und forderten u.a. ein Hearing im Bundestag zur Situation betroffener Behinderter, die ohne mobile Hilfsdienste und intensive Versorgung ihre Selbständigkeit aufgeben müßten.

Inzwischen haben sich andere Einsatzstellen der ZDLer geäußert. Das Bayerische Rote Kreuz beantragte Aufschub des Kurses für einen ZDLer, weil kein Ersatz da ist, und bemängelte die „abstrakte Unterrichtung“. Die Münchner Arbeiterwohlfahrt kritisierte darüberhinaus die Nichtbeteiligung der Verbände.

Einführungskurse werden nämlich schon lange von den Verbänden für die ZDLer angeboten. Durchsetzen will auch Bonn weniger die Aneignung notwendiger Kenntnisse als zentrale politische Ausrichtung der ZDLer: obligatorischer politischer Unterricht, Behandlung von Themen wie „Die Rolle des Sterbens beim alten Menschen“, das ganze in voneinander isolierten Kleingruppen. Einem Kurs, der gemeinsame Debatte über die Kurserfahrung forderte, wurde gleich mit Disziplinarmaßnahmen gedroht und jede Diskussion untersagt.

Preussag Kapitalexport statt Investitionen

Oker/Harlingerode. Laut dem Bereichsleiter Metall des Preussag-Konzerns, Stegmann, beabsichtigt der Preussag-Vorstand, von dem Investitionsprogramm im Bleibereich der Hüttenwerke Harz in Oker/Harlingerode trotz zugesagter hoher Subventionierung abzurücken. Durch die bestehende Rechtsunsicherheit in der BRD, insbesondere die ins Haus stehenden niedrigen Blei-Emissionswerte der Novelle der „TA-Luft“ sowie die 1981 wirksam gewordene Futtermittelverordnung, sei weder der Einsatz eigener Mittel noch von Steuermitteln derzeit zu verantworten. Ferner würde das Investitionsprogramm im Bleibereich „Arbeitsplätze eher gefährden als schützen.“

1980 hatte der Preussag-Vorstand unter dem Mantel des Umweltschutzes ein 53 Mio. DM Investitionsprogramm vorgelegt, davon 12 Mio. DM zur Umstellung der Zinkproduktion auf Sekundärverhüttung und 41 Mio. DM für die Bleiseite. Die Preussag forderte eine 70%ige Bezuschussung. Zugewagt wurden schließlich aus dem Altanlagenanierungsprogramm 6 Mio. DM für den Zinkbereich und 15 Mio. DM für den Bleibereich, ferner ein nicht aufgliederter Landeszuschuß von mehr als 6 Mio. DM. Stegmanns „verantwortliches Umgehen mit Steuergeldern“ ist ein schlechter Witz, weil er im gleichen Atemzug für die verbleibenden 12 Mio. DM im Zinkbereich neben dem Bundeszuschuß den vollen Landeszuschuß beansprucht, womit die Bezuschussung hundertprozentig wäre.

Bevor der Konzern bis Ende 1981 durch die Umstellung der Zinkverhüttung die Belegschaft des Hüttenwerkes von 1150 auf 700 nach einem Sozialplan reduzierte, war im Bereich der Preussag AG Metall die Belegschaft von 1977 bis 1980 von 4876 auf 4498 um 378 abgebaut worden bei gleichzeitiger Umsatzsteigerung von 803 auf 1149 Mio. DM. Sozusagen als Kehrseite der Medaille hat die Preussag allein 1979 für 50%ige Beteiligung am Bau einer Sekundärbleihütte in Kanada 29 Mio. DM investiert.

Das Vorhaben, die Bleiverhüttung im Harz auslaufen zu lassen und stattdessen die Verhüttung in der BRD in Nordenham zu konzentrieren und ferner auf Kapitalexport zu bauen, paßt in die Konzernstrategie. Daß bürgerliche Bundes- und Landespolitiker darauf mit „besseren“ Förderprogrammen antworten, statt mit gesetzlichen Maßnahmen gegen den Kapitalexport, kann dem Konzern nur recht sein.

Fortsetzung des Prozesses: Das juristische Gerüst für eine rasche Baufreigabe steht

Die Wucht der Bewegung gegen das KKW Wyhl – 90000 gesammelte Unterschriften, Bauplatzbesetzung durch 28000 (s. Kasten) – wird gut charakterisiert durch eine Erklärung des Ortsverbandes der CDU in Kiechlinsbergen vom Jan. 75: „Dem Vorhaben des Badenwerks und der Landesregierung in Stuttgart, ein Kernkraftwerk in Wyhl, das heißt in unmittelbarer Nähe des hochqualifizierten Rebgebiets Kai-

serstuhl ... anzusiedeln, kann von unserer Seite nicht zugestimmt werden ... Durch den Bau eines solchen gefährlichen Projekts würde die langjährige Arbeit der Kaiserstühler Winzer, die ihre Befürchtungen öfters deutlich formuliert hatten, in übelster Weise abqualifiziert ...“ In Bischoffingen löste sich der Ortsverband auf, in einigen anderen Gemeinden traten Mitglieder aus der CDU aus oder von der

Kandidatur zum Gemeinderat zurück. Die Fraktionen aller Parteien im Kreis bezogen damals gegen das KKW Stellung.

Diese Bewegung, die ihre Triebkraft im Kampf der Bauern um ihre Existenzgrundlage hat, zwang die Landesregierung – nachdem zunächst über den Verwaltungsgerichtshof (VGH) Mannheim sofortiger Baubeginn ermöglicht war – zum mit der Offenburger Vereinbarung eingeschlagenen Weg. Eine „Denkpause“ wurde propagiert, in deren Verlauf die SPD die Aufgabe übernahm, die BIs auf Energiespar- und alternative Energiekonzepte festzulegen, während die Bourgeoisie relativ ungestört ein juristisches Gerüst für das Genehmigungsverfahren ausfeilte.

Dem Ziel, ein Verfahren nach dem anderen durchzupeitschen, stand eine ungelenke, auf den unteren Ebenen der Verwaltungsgerichte nicht einheitlich ausgerichtete Rechtssprechung entgegen: die zunehmenden Klagen gegen KKW-Genehmigungen mußten eingedämmt, die unzureichende Beherrschung der Kernenergie als nur für weltfremde Spinner nicht ausreichend abgesegnet, überhaupt die Verfahren standardisiert werden. Die Verwaltungsgerichtshöfe und das Bundesverfassungsgericht (BVG) machten sich ans Werk:

– Das VG Freiburg hatte 77 die Gemeinden Sasbach und Schwanau trotz Fristversäumung als Kläger zugelassen: „... die auf bloß einen Monat ... bemessene Einwendungsfrist ... (ist) nur unter der Voraussetzung mit Art. 19 Abs. 4 GG vereinbar, daß es als ausreichend angesehen wird, wenn ohne Begründung Einwendungen erhoben werden, weil andernfalls der Weg zum Gericht unzumutbar erschwert würde.“ Dagegen das VGH Mannheim 1978: „Die bloße Mitteilung an die Genehmigungsbehörde, Einwendungen zu erheben, reicht für die Fristwahrung nicht aus ... (dadurch würde) die Konzentration und Beschleunigung des Verwaltungsverfahrens nicht erreicht.“

– Gemäß bisheriger Rechtssprechung hatte das VG Freiburg 1976 vorläufigen Rechtsschutz für die Kläger gewährt und den Bau vor dem Hauptsacheverfahren nicht zugelassen. Der VGH Mannheim entschied im gleichen Jahr für sofortigen Baubeginn zugunsten des Badenwerks, da „ausschlaggebend das Interesse des Betreibers an ei-



8 Jahre Kampf gegen das KKW Wyhl

Juni 73: Der Wyhler Bürgermeister Zimmer schließt den Vertrag über den Verkauf des Bauplatzes mit der Kernkraftwerk Süd (KWS) ab.

Sept. – Nov. 73: Bildung der Bürgerinitiativen.

März 74: Die BIs fordern einen Bürgerentscheid über den Geländeverkauf und sammeln bis Juni 74 90000 Unterschriften.

April 74: 1. Treckerdemonstration von ca. 400 Bauern.

Aug. 74: Die 21 badisch-elsässischen BIs kündigen die Bauplatzbesetzung an.

Nov. 74: Beim Bürgerentscheid in Wyhl stimmen 55% für Verkauf an die KWS.

Jan. 75: Das Wirtschaftsministerium erteilt 1. Teilerrichtungsgenehmigung für den Bau eines 1. Blockes.

Feb. 75: 1. Platzbesetzung am 18.2., 20.2. Räumung durch die Polizei, 24.2. nach einer Kundgebung von 28000 erneute Besetzung.

März 75: VG Freiburg beschließt, daß der Bau nicht vor dem Hauptverfahren begonnen werden darf.

Okt. 75: VGH Mannheim entscheidet, daß das Badenwerk auf eigenes Risiko bauen kann.

Die BIs beschließen mehrheitlich die Räumung des Bauplatzes, um Verhandlungen mit der Landesregierung zu ermöglichen.

Jan. 76: Abschluß der Offenburger Vereinbarung: BIs verzichten auf Platzbesetzung, Landesregierung erstellt neue Gutachten und sichert Straffreiheit zu. Der Baubeginn wird zurückgestellt.

Okt. 76: Kundgebung am Bauplatz mit 12000 Teilnehmern.

Der ehemalige Ministerpräsident Filbinger wird am Kaiserstuhl gestellt (s. Bild).

Nov. 76: Die Delegiertenversammlung der BIs lehnt die vorgelegten Gutachten der Landesregierung ab. Innenminister Schieß leitet Umbesetzung in der südbad. Polizeiführung ein, um „polizeitaktische Maßnahmen“ in Wyhl vorzubereiten. Erklärung von 81 Polizisten und Protestkundgebung der GDP dagegen.

Jan. 77: Hauptsacheverfahren des VG Freiburg in Herbolzheim. Im Urteil wird ein Berstschutz gefordert und vorläufiger Baustop erteilt.

März 79: Der neue Ministerpräsident Späth kündigt in Sasbach den sofortigen Baubeginn nach entsprechendem Urteil des VGH Mannheim an.

Juni 79: Beginn des Berufungsverfahren vor dem VGH Mannheim. An den Verhandlungen nehmen jeweils 400–500 Kaiserstühler teil.

Nov. 80: 2. Verhandlungsrunde des VGH.

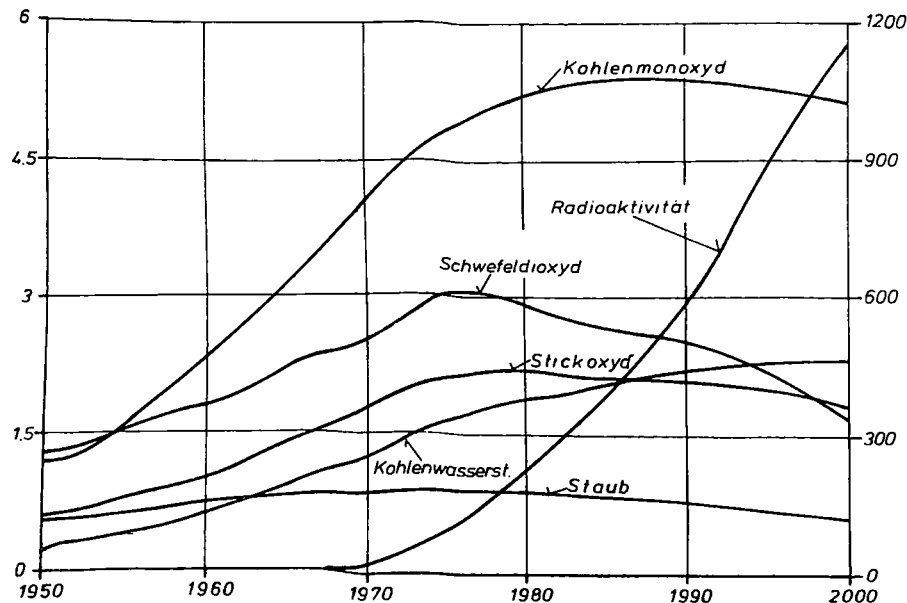
Atomstrom billiger?

Beträchtliche Anstrengungen wurden von verschiedenen Kräften unternommen, die Bewegung gegen das Kernenergieprogramm der Bundesregierung zu festigen. U.a. wurde zu beweisen versucht, daß es sich bei dem angeblich „billigen Atomstrom“ um ein Märchen handle. Vergleichsweise wurden die Stromgestehungskosten bei der Kohleverstromung untersucht mit dem Ergebnis wesentlich niedrigerer Strompreise. Auf dieser Grundlage konnte sich die weitverbreitete Vorstellung halten, es wären die Interessen einer kleinen Gruppe von Kapitalisten, der „Atomlobby“, die das Kernenergieprogramm betreibe, und die Bundesregierung befände sich auf einem „Irrweg“.

Tatsächlich jedoch basieren die Kernenergieprogramme in den imperialistischen Ländern auf der Erwartung der jeweiligen Kapitalistenklasse, mit Hilfe der Kernenergie eine im Vergleich mit den fossilen Energieträgern billigere Energiequelle auszuheben, und damit in der internationalen Konkurrenz Vorteile zu erringen. Diese Erwartungen der Kapitalisten müssen unter bestimmten Bedingungen als durchaus *realistisch* eingeschätzt werden. Voraussetzung dafür ist allerdings die Durchsetzung eines Kernenergieprogrammes in großem Maßstab, mit standardisierten Kraftwerkstypen und Wiederaufbereitung des Brennstoffes in eigener Regie. Weil die Energieausnutzung von Uran im Verhältnis z.B. zu Öl

bei gleichem Wertbetrag in einer Größenordnung von bis zu 1:50 von den Kapitalisten erhofft wird, können sie selbst bei hohen Investitionskosten für Kernenergieanlagen einschließlich hoher Stilllegungskosten derselben mit beträchtlichen Extra-Profiten rechnen.

Natürlich rechnen die Kapitalisten bei der Stromerzeugung in keiner Weise die Summe aller zukünftigen Kosten mit ein, wie etwa die wirklichen Stilllegungskosten. Aber dies ist nichts der Kernenergie eigentümliches, sondern dort besonders krass. So wird seit hundert Jahren etwa bei der Kohleverstromung verfahren. Welche Folgeschäden durch die kapitalistische Stromproduktion aus Kohle entstanden sind, wieviel Krebstote, Lungenkranke, welche dauerhaften Schäden vorgenommen worden sind, läßt sich in Geld nicht berechnen und es ist ganz unglaublich, daß mit geringen Investitionen durch die Kapitalisten die Umweltbelastung durch Kohlekraftwerke beseitigt sein sollte, wie Vergleichsstudien von Gegnern der Kernenergie nahelegen. Solche Argumente nutzen dem Kampf gegen das Kernenergieprogramm nicht, da die ökonomischen Interessen der gesamten Kapitalistenklasse und ihres Staates verschleiert werden. Dazu gehören auch Vorstellungen, die westdeutsche Kapitalistenklasse könnte es bei den Kernkraftwerken, die bisher produziert wurden, als „Restbedarfslösung“ bewenden lassen. Zur Durchsetzung von gewichtigen Konkurrenzvorteilen auf dem Weltmarkt reichen ihr diese noch lange nicht.



Das Schaubild zeigt die jährliche Schadstoffemission (Abgabe an Umwelt) in der BRD, hochgerechnet bis zum Jahr 2000. Die Berechnungen wurden vom Kernforschungszentrum Jülich in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung gefertigt. Sie basieren auf dem Energieprogramm der Regierung.

ner unbeeinträchtigten wirtschaftlichen Betätigung“ sei – dies ist seither übliche Rechtssprechung. Der Widerstand der Kaiserstühler verhinderte die Umsetzung des Urteils.

– Bereits das VG Freiburg entschied, „daß dem Atomgesetz *nicht* die Verpflichtung zum totalen Schutz gegen jede denkbare Gefahrenlage zu entnehmen ist“, hatte jedoch dann den absoluten Ausschluß eines Berstversagens verlangt – von juristischen Kreisen scharf kritisiert. Dagegen konkretisierte das BVG 1978: „Was Schäden an Gesundheit, Leben und Sachgütern anbringt, so hat der Gesetzgeber einen Maßstab aufgerichtet, der Genehmigungen nur zuläßt, wenn es nach dem Stand von Wissenschaft und Technik ausgeschlossen erscheint, daß solche Schadensereignisse eintreten werden. Ungewißheiten jenseits dieser Schwelle haben ihre Ursachen in den Grenzen des menschlichen Erkenntnisvermögens. Sie sind *unentrinnbar* und *insofern als sozialadäquate* (d.h. angemessene) Lasten von allen Bürgern zu tragen.“

– Dies entwickelte die Bundesregierung zur Baulinie 80, nach Staatssekretär Hartkopf „die volle Ausschöpfung der herrschenden Erkenntnisse ... eine weitgehende Standardisierung der Anlagen und damit ... Rationalisierung von Genehmigungsverfahren.“ Pate stand Frankreich: standardisierte Reaktortypen für höhere Wirtschaftlichkeit, Seriengenehmigungen, die Gerichte können sich in ihren Urteilen aufeinander berufen.

Der VGH Mannheim treibt diese Rechtssprechung zu neuer Blüte: von den in Freiburg gehörten 57 Gutachtern wurden noch nicht einmal zehn zugelassen, insbesondere soll das Thudium-Gutachten über Ertragsminderung in der Landwirtschaft unberücksichtigt bleiben. Die Hauptgutachter Smidt und Kußmaul behaupten die „Optimierbarkeit“ des Wyhler Reaktors, Baujahr 73, auf die „Baulinie 80“. Durch Zustimmung würde der VGH den Präzedenzfall schaffen, daß ein veralteter Reaktortyp mit ein paar Auflagen zu zusätzlichen Sicherheitseinrichtungen zur „Baulinie 80“ avancieren könnte.

Im September soll das Verfahren in Mannheim fortgesetzt werden. In dem zu erwartenden Urteil zugunsten der Landesregierung und des Badenwerks kann eine Revision vor dem BGH Berlin zugelassen werden. In den jüngsten Verlautbarungen der SPD Kreis Emmendingen und z.B. Schött, FDP-MDL, wird ein KKW abgelehnt. Das Pochen auf den „Rechtsweg“ ist jedoch angesichts einer Rechtssprechung, die jegliche Bedenken gegen ein KKW als vollständig absurd verwirft, offensichtlich unsinnig.

Energiewirtschaftsge- setz (EnWG) 1935

§ 13 (1): Der Reichswirtschaftsminister kann Vorschriften und Anordnungen über die Erhaltung vorhandener und die Errichtung zusätzlicher Energieanlagen sowie über die Abgabe von Energie erlassen, soweit solche zur Sicherung der Landesverteidigung erforderlich sind und den Unternehmen zugemutet werden können ...

GG-Ergänzung 1959

Artikel 74: Gegenstände der konkurrierenden Gesetzgebung. 1. Einfügung nach Art. 74 Nr. 11: 11a. die Erzeugung und Nutzung der Kernenergie, den Bau und Betrieb von Anlagen, die diesen Zwecken dienen, den Schutz gegen Gefahren, die bei Freiwerden von Kernenergie oder durch Strahlung radioaktiver Stoffe entstehen, und die Beseitigung radioaktiver Abfallstoffe;
Artikel 87: Gegenstände der bundeseigenen Verwaltung. 2. Einfügung nach Art. 87b: 87c. Gesetze, die auf Grund des Art. 74 Nr. 11a ergehen, können mit Zustimmung des Bundesrates bestimmen, daß sie von den Ländern im Auftrage des Bundes ausgeführt werden.

Energiesicherungsge- setz 1973

(Gesetz zur Sicherung der Energieversorgung bei Gefahr oder Störung der Einfuhren von Mineralöl oder Erdgas)

§ 1 Sicherung der Energieversorgung. (1) : Um die Deckung des lebenswichtigen Bedarfs an

Energie für den Fall zu sichern, daß die Energieversorgung gefährdet oder gestört ... ist, können durch Rechtsverordnungen Vorschriften über 1. ... Höchstpreise von Erdöl, Erdölerzeugnissen, festen, flüssigen, gasförmigen Brennstoffen, von elektrischer Energie, sowie von sonstigen Energien und Energieträgern (Güter) ... erlassen werden.

§ 3: ... Die Benutzung von Motorfahrzeugen aller Art kann nach Ort, Zeit, Strecke, Geschwindigkeit und Benutzerkreis sowie Erforderlichkeit der Benutzung eingeschränkt werden.

§ 4: Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Verfügungen, die auf Grund von Rechtsverordnungen nach § 1 ergehen, haben keine aufschiebende Wirkung.

Haftpflichtgesetz (HPfLG) 1978

§ 2 Haftung des Inhabers einer Energieanlage. (1): Wird durch die Wirkungen von Elektrizität, Gasen, Dämpfen oder Flüssigkeiten, die von einer Stromleitungs- oder Rohrleitungsanlage oder einer Anlage zur Abgabe der bezeichneten Energien oder Stoffe ausgehen, ein Mensch getötet, der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist der Inhaber der Anlage verpflichtet, den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Das gleiche gilt, wenn der Schaden . . . auf das Vorhandensein einer solchen Anlage zurückzuführen ist, es sei denn, daß sich diese zur Zeit der Schadensverursachung in ordnungsgemäßem Zustand befand.

1955 eröffnete die westdeutsche Bourgeoisie die Debatte für eine deutsche Atomgesetzgebung. Am 19. April 1956 fand im Bundestag die erste „Atomdebatte“ statt. F. J. Strauß, damals Bundesminister für Atomfragen, legte noch im gleichen Jahr im September eine Regierungsvorlage als Gesetzentwurf für ein Atomgesetz vor, mit amtlicher Begründung: „Das Atomzeitalter begann im Jahre 1938, als Otto Hahn ... im Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie in Berlin der Nachweis glückte, daß sich die Atomkerne des Urans, welche das Atomgewicht 235 haben, ... spalten Diese umwälzende Entdeckung beweist die führende Stellung, die Deutschland damals noch auf dem Gebiet der kernphysikalischen Grundlagenforschung innehatte An der Konstruktion einer Atombombe wurde nie ernstlich gearbeitet. Im Mittelpunkt stand immer nur die Frage der Gewinnung von Energie, nicht die der Herstellung von Atomwaffen.“ (BT-Drucks. 3026)

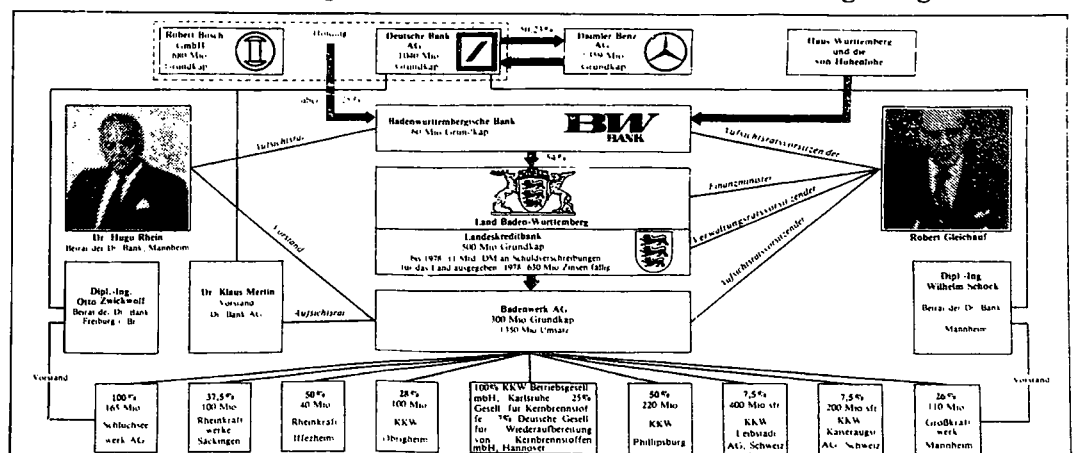
Am 5.10.1956 berät der Bundesrat in erster Lesung. Noch einmal Strauß: „Wir haben die Absicht, ein Verfahren einzuführen, das etwa dem in der USA geübten Verfahren entspricht: der Antragsteller soll eine ausreichende und ausführliche wissenschaftlich-technische Denkschrift über das Gelände, über den Typ des Reaktors, über die Gefahren, die an diesem Reaktor möglich sind, über die Maßnahmen, die zur Beseitigung der Gefahren ergriffen werden müssen, einreichen. Wir haben ferner vor, eine besondere Reaktor-Sicherheitskommission bei der Bundesregierung zu errichten . . . Ich bitte Sie, überzeugt zu sein, daß wir hier sehr vorsichtig vorgehen werden, schon um nicht den Beginn des Atomzeitalters in der Bundesrepublik mit einer unnötigen Hypothek zu belasten, weil ja die Öffentlichkeit ohnehin durch gewisse Feststellungen oder durch gewisse Behauptungen erregt ist.“ (BR-StB 1956)

„§ 1 Zweckbestimmung des Gesetzes. Zweck dieses Gesetzes ist, 1. die Erforschung, die Entwicklung und die Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken zu fördern, 2. Leben, Gesundheit und Sachgüter vor den Gefahren der Kernenergie . . . zu schützen . . .“ Unter 2. wird zwar vom Schutz des Lebens gesprochen, tatsächlich ist von der damaligen Gesetzgebung heute dazu nichts mehr vorhanden. 1959 fand man noch einen § 15, welcher wenigstens allgemein den Schutz regelte. Jetzt wird lediglich nur noch der in einer Kernenergieanlage Arbeitende geschützt. An Stelle von Schutzparagraphen, finden sich zig Regelungen zu Versicherungs-, Haftungs-, Bußgeld- u.a. Vorschriften. Aber auch die Haftungsbestimmungen sind ausgefeilt: „§ 25 Haftung für Kernanlagen. Keine Haftung wird übernommen (4) . . . bei Schäden, die auf nuklearen Ereignissen beruhen, die unmittelbar auf Handlungen eines bewaffneten Konflikts, von Feindseligkeiten eines Bürgerkrieges, eines Aufstands oder einer schweren Naturkatastrophe außergewöhnlicher Art zurückzuführen sind . . . § 7 Genehmigung von Anlagen. (2): Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn . . . 5. der erforderliche Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter gewährleistet ist, 6. überwiegende öffentliche Interessen, insbesondere im Hinblick auf die Reinhaltung des Wassers, der Luft und des Bodens, der Wahl des Standorts der Anlage nicht entgegen stehen.“

Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) 1980

§ 1 Unwirksamkeit wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen. (1): Verträge, die Unternehmen oder Vereinigungen von Unternehmen zu einem gemeinsamen Zweck schließen, sind unwirksam, soweit sie geeignet sind, die Erzeugung oder die Marktverhältnisse durch Beschränkung des Wettbewerbs zu beeinflussen. Dies gilt nicht ... für § 103.(1): 1. Verträge von Unternehmen der öffentlichen Versorgung mit Elektrizität, Gas oder Wasser (Versorgungsunternehmen) mit anderen Versorgungsunternehmen...

Verflechtungen von Badenwerk, Banken und Landesregierung



Über Beteiligungen der wesentlichen regionalen Kraftwerksgesellschaften sichert sich das Badenwerk die Monopolstellung. Verflechtung: Stand 1979.

SA: Gewerkschaften gegen Antistreikgesetz

Mehr als 100 Delegierte von 29 schwarzen Gewerkschaften des ganzen Landes versammelten sich am 8./9.8. in Kapstadt (Südafrika). Die Konferenz richtete sich gegen ein neues Antistreikgesetz, das die Regierung wenige Tage zuvor dem Parlament vorgelegt hatte. Das Gesetz sieht vor: schärfere Verfolgung von „illegalen“ Streiks, Verbot gewerkschaftlicher Unterstützung für „illegal“ Streikende, schärfere Verfolgung nicht registrierter Gewerkschaften. In Südafrika sind alle Streiks illegal, die sich nicht an die von der Regierung vorgeschriebene, äußerst langwierige und unterdrückerische Schlichtungsordnung halten, d.h. de facto die große Mehrheit aller Streiks. Die Delegierten beschlossen, im ganzen Land gemeinsame Solidaritätskomitees zu bilden, um zur Unterstützung von Streiks, gegen Verbannungen in die „Homelands“ und gegen Verhaftungen vorzugehen und den Gesetzentwurf zu Fall zu bringen. Außerdem lehnten die Gewerkschaften weiterhin ab, sich registrieren zu lassen. Nach dem geltenden Verfahren müssen schwarze Gewerk-

„Landreform“ in Afghanistan soll spalten

Starkem Druck sieht sich die Regierung Karmal durch den Widerstand der Bauern und Grundbesitzer wegen ihrer gewaltsamen „Landreform“ ausgesetzt. Sie hatte konfisziertes Land durch Beauftragte an landlose Bauern verteilen lassen, ohne Kredit, Saat- und Düngemittel bereitzustellen. Zudem sah sie eine starke Beschränkung des Landbesitzes vor. Die im August angekündigten Änderungen stellen einen neuen Versuch dar, den Widerstand zu zersplittern. Stammesführer, die sich im Kampf gegen die afghanischen



Widerstandskämpfer und gegen „äußere Feinde der Revolution“ hervorgetan haben, sollen ihr Land behalten dürfen, religiöse Führer dagegen nicht mehr als 15 Hektar. Flüchtlingen, deren Land be-

schlagnahmt worden war, wird versprochen, sie könnten es wieder in Besitz nehmen, wenn sie zurückkehren. Bauern sollen mit dem Versprechen, sie würden bei der Zuteilung vorrangig behandelt, dazu gebracht werden, ihre Söhne „freiwillig“ in die Armee zu schicken. Die Karmal-Regierung ist dazu übergegangen, auch Minderjährige zwangsweise zu rekrutieren. Die Widerstandsbewegung führt in allen zwölf Distrikten des Landes Guerillaaktionen durch. Dadurch werden Desertationen erleichtert und nehmen zu. Die Kampagne der Regierung gegen Waffenschmuggel bleibt wirkungslos.

schaften nach ihrer Registrierung u.a. der Regierung jederzeit Einblick in ihre Mitgliederlisten und ihr Finanzgebahren gewähren.

Seerechtskonferenz: Veto der Imperialisten?

Am 3. August begann in Genf die letzte Tagung der internationalen Seerechtskonferenz mit 150 Teilnehmerstaaten. Im Oktober soll in Caracas (Venezuela) die Internationale See-

rechtskonvention unterzeichnet werden. Ob es dazu kommt, ist fraglich. Denn die westlichen Imperialisten einschließlich der BRD verlangen von der Dritten Welt ungehinderten Zugang zu den Meeresrohstoffen. Der Leiter der US-Delegation in Genf erklärte, die USA würden die Konvention nicht unterzeichnen, besonders die geplante internationale Behörde für den Tiefseebergbau, die Abbaukonzessionen vergeben und die Produktion kontrollieren soll, sei ein

„Stolperstein“. Die Mehrheit der Staaten der Dritten Welt will die Konvention notfalls ohne die USA ratifizieren.

Kanada: Streiks für Lohnerhöhungen

Am 10.8. beendeten 23000 kanadische Postarbeiter ihren 43tägigen Streik. In einer Urabstimmung nahmen sie einen zweijährigen Tarifvertrag an, der u.a. eine zweimalige Lohnerhöhung von 70 Cents pro Stunde vorsieht. – Am 1.8. traten über 25000 kanadische Stahlarbeiter in mehreren Konzernen in den Streik. Die Beschäftigten des Algoma-Stahlkonzerns nahmen einige Tage später ein Angebot an, demzufolge ihre Löhne innerhalb von 3 Jahren um 50% erhöht werden. Die 20000 Arbeiter bei Stelco setzten den Streik fort, sie fordern 2 \$ Lohnerhöhung pro Jahr und bessere Sicherheitsbedingungen.

Auswanderung aus Israel

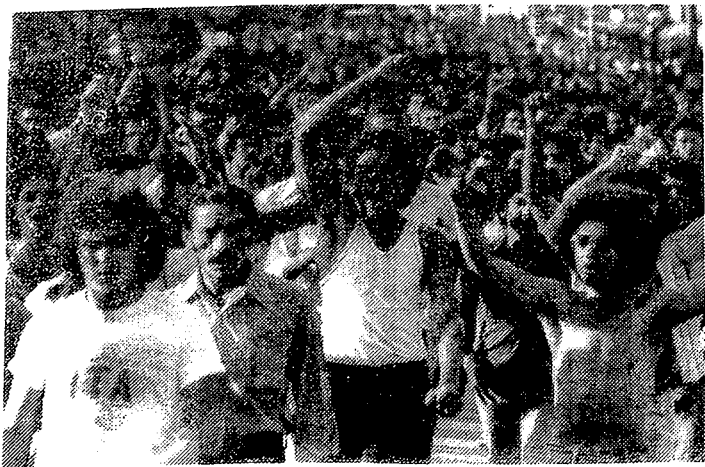
Israel, die „natürliche Heimstätte der Juden“, das „Land der Urväter“ usw. – das ist die weltweit betriebene Propaganda von zionistischen Kolonialisten, von US- und BRD-Imperialisten. Israel, der von den US-Imperialisten ausgehaltene Kolonialistenstaat, den jeder zweite Einwanderer in den letzten 10 Jahren innerhalb von drei Jahren wieder verlassen hat: das ist die Zu- und Abwanderungsbilanz des zionistischen Regimes von 1969 – 1979. In diesem Zeitraum stehen 384 Tsd. Einwanderern nach Israel 511 Tsd. Auswanderer gegenüber.

Brasilien: Auto-Konzerne entlassen

Mit einer Welle von Massenentlassungen verschärfen gegenwärtig die internationalen Automobilkonzerne den Druck auf die brasilianische Arbeiterklasse. Seit Jahresbeginn hat VW do Brasil als größter ausländischer Automobilkonzern in Brasilien rund 10000 Arbeiter entlassen und damit seine Belegschaft

auf gegenwärtig etwa 38000 reduziert. Daimler-Benz – mit seinem Werk in Sao Paulo größter Hersteller von Lkws und Autobussen in Südamerika – hat ebenfalls Entlassungen von 5000 der 20000 Beschäftigten verfügt und darüberhinaus die Produktion für 50 Tage bis Ende September zunächst eingestellt. Die bei-

den amerikanischen Konzerne General Motors und Ford verfahren entsprechend. Im Juli kam es dagegen zu einem Streik von 12000 Arbeitern in den Fordwerken. Bei Inflationsraten von über 100% standen die brasilianischen Automobilarbeiter in den beiden letzten Jahren an der Spitze des Kampfes um den Lohnstandard der brasilianischen Arbeiter. (Bild: mit 41 Tagen bisher längster Streik 1980) Die gegenwärtigen Massenentlassungen dienen den Automobilkonzernen auch dazu, diese Gewerkschaftsbewegung zu brechen. – Inzwischen hat der Gouverneur von Sao Paulo in Befürchtung größerer Unruhen den vier Konzernen staatliche Kredite zu besonders günstigen Bedingungen angeboten – „Exportanreize“, die vier Konzerne haben sich bereit erklärt, im Gegenzug weitere Entlassungen abzuwarten. Ausgenommen von dieser Vereinbarung seien „freiwillige Entlassungen“, die VW gegenwärtig bei Abfindung mit drei Monatslöhnen weiter treibt.



Frankreich

Entscheidende Phase im Kampf für die 35-Stundenwoche

Vier der fünf französischen Gewerkschaftsbünde – die sozialistische CFDT, die rechtssozialdemokratische FO, die christliche CFTC und die Gewerkschaft der mittleren und höheren Angestellten CGC – unterzeichneten im vorgesehenen Zeitraum das am 17. Juli mit dem Kapitalistenverband CNPF ausgehandelte Abkommen über die Arbeitszeitdauer. Die revisionistisch geführte Gewerkschaft CGT verweigerte ihre Unterschrift unter die Rahmenvereinbarung, welche von der CNPF gleich am 17.7. unterschrieben worden war.

Das Abkommen enthält lediglich grundsätzliche Bestimmungen, auf deren Basis vor dem 30.9. Verhandlungen über Branchentarifverträge aufgenommen werden und die Leitlinie für die notwendigen Gesetzesänderungen sein sollen. Diese sehen vor:

- 5 Wochen Jahresurlaub für alle Lohnabhängigen
- Senkung der *gesetzlichen* Arbeitszeit von 40 auf 39 Stunden pro Woche, mit der Möglichkeit der weiteren Änderung ihrer Dauer in den Branchenverhandlungen
- Schaffung eines jährlichen Überstundenkontingentes, das in den Branchen ausgehandelt wird und nicht der Erlaubnispflicht des Arbeitsinspektors unterworfen ist
- wöchentliche Höchstarbeitszeit 48 Stunden; durchschnittliche Wochenarbeitszeit höchstens 46 Stunden auf 12 Wochen
- geldlicher Ausgleich für die effektive Minderung der Arbeitszeit.

In den Branchen soll außerdem über die Verringerung der *effektiven* Arbeitszeit, über weitergehende Vergünstigungen für Schwerarbeiter, über die Einführung einer fünften Schicht, über die Möglichkeit der Einschränkung des siebenstündigen Nachtarbeitsverbotes für Frauen um 2 Stunden, über bessere fortlaufende Auslastung der Maschine u.a. verhandelt werden.

Letztlich werden also erst die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Kapitalisten der jeweiligen Industriebranche entscheiden, ob es der französischen Arbeiterklasse gelingt, über eine *spürbare* Verkürzung der Arbeitszeit dem Raubbau an ihrer Arbeitskraft wirksamere Schranken zu setzen. In jedem Fall sind die Bedingungen mit dem vorliegenden Rahmenabkommen verbessert worden. Nach 2½ Jahren zählen Mauerns hat der Kapitalistenverband unter dem Druck der politischen Veränderungen der fünften

Urlaubswoche für alle und der Reduzierung der gesetzlichen Arbeitszeit zustimmen müssen. Die Arbeiterbewegung konnte nach der Er kämpfung des 10-Studentages 1900, des 8-Studentages 1919 und der gesetzlichen 40-Stundenwoche 1936 eine Marke setzen, die den Kampf für die 35-Stundenwoche unter besseren Bedingungen ermöglicht.



Die *nächste* Aufgabe in diesem Kampf um „wirklich weniger zu arbeiten, anders zu arbeiten und zahlreicher über eine Arbeit zu verfügen“ (CFDT-Erklärung vom 24.7.) wird in der Reduzierung der *realen* Arbeitszeit auf die geforderten 39 Stunden bestehen, ohne daß es den Kapitalisten gelingt, Intensivierungsmaßnahmen in großem Umfang durchzudrücken. Zwar weist die Statistik für April 1981 eine durchschnittliche effektive Arbeitszeit von 40,6 Stunden für alle Lohnabhängigen und 40,8 Stunden für Arbeiter aus, belegt aber zugleich, daß 49,4% mehr als 40 Stunden, 17,9% sogar 42 bis 44 Stunden und 11,5% mehr als 44 Stunden schuften müssen.

Aufgrund dieser doch spürbaren Diskrepanz von gesetzlicher und effektiver Arbeitszeit und wegen der großen Unterschiede zwischen den Branchen will die Mehrheit der Gewerkschaften die Kapitalisten unter Ausnutzung der jeweiligen besonderen Bedingungen der Industriezweige in Branchentarifverträgen zu *effektiver* Arbeitszeitverkürzung zwingen, wobei das Rahmenabkommen die Mindestbedingungen festlegt. Besonders die CFDT betont, nur über solche Tarifikämpfe könne die Gewerkschaft die ganze Kampfkraft

der Arbeiter nutzen. Das Beharren der CGT auf dem Vorrang eines allgemeinen Gesetzes über die 38-Stundenwoche führe bestenfalls zu zwei zusätzlich bezahlten Überstunden, nicht zur Reduzierung der effektiven Arbeitszeit.

Wenn die CGT demgegenüber zu Recht bemerkt, die Rahmenvereinbarung lasse den Weg offen zur Ausdehnung von Nachtarbeit für Frauen sowie Wochenendarbeit, so muß sie sich jedoch fragen lassen, ob nicht gerade ihre Ablehnung *jedes* Vertrages auf Grundlage von 39 Stunden (Sekretär Krasucki am 29.7.) und ihre Strategie, die 38-Stundenwoche vorrangig mithilfe der Nationalversammlung gegen die

Kapitalisten durchzusetzen, die gewerkschaftliche Aktionseinheit verhinderte und die entsprechenden Formulierungen ermöglichte. Die scheinbar radikale, tatsächlich aber stark auf das Parlament fixierte Politik der revisionistischen Gewerkschaftsführung droht mögliche Erfolge zu gefährden, die auch der Arbeiterbewegung in den anderen westeuropäischen Ländern den Rücken stärken könnten.

Japan

Neue Runde der Aufrüstung

241000 Soldaten – ausschließlich Berufssoldaten – gehören den „Selbstverteidigungskräften“ an, wie Japans Militärmaschine euphemistisch heißt. Das ist nicht wenig für ein Land, dessen Bourgeois in der Verfassung dem Recht auf Kriegsführung und dem Unterhalt von Land-, See- und Luftstreitkräften abschwören mußten. Doch Stärke und Bewaffnung der Streitkräfte genügen nicht ihren expansionistischen Absichten im pazifischen Raum

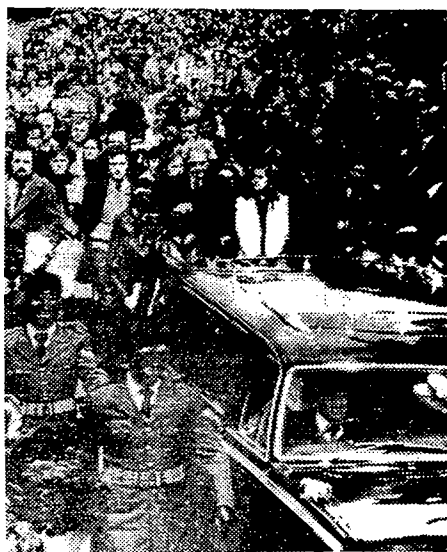
und für die Einkreisung der sozialimperialistischen Supermacht im Fernen Osten. Deshalb sieht das Ende der 70er Jahre beschlossene Modernisierungsprogramm u.a. den Ausbau der Marine vor, die bislang über 48 leichte Zerstörer und Fregatten, 14 U-Boote sowie U-Boot-Abwehr verfügt und die künftig zunehmend an Stelle der US-Marine die Seewege im Pazifik kontrollieren soll. Teil der Modernisierung der Luftwaffe ist die Beschaffung von AWACS-Aufklärungsflugzeugen, die den Fernen Osten überwachen sollen.

„Wachsende Anerkennung für die „Selbstverteidigungskräfte“ registriert die japanische Bourgeoisie in den letzten Jahren. Das provoziert sie, im Wechselspiel mit den USA, zu weiteren Vorstößen gegen die starke antimilitaristische Bewegung im Land. Die jüngsten Schritte: Genau datiert auf den Jahrestag der US-Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki gab das US-Verteidigungsministerium seine Pläne bekannt, Mittelstreckenraketen auch im Fernen Osten, in Japan, Südkorea und auf den Philippinen zu stationieren. In der japanischen Regierungspartei LDP wird schon lange die Forderung nach Atomwaffen erhoben. Seit dem Frühsommer planen Japan und die USA eine enge militärtechnologische Zusammenarbeit, die im Herbst in Vertragsform gegossen werden soll. Die USA wollen von Japans technologischem Vorsprung in Lasertechnik, Computerbau und Faseroptik profitieren, die japanischen Imperialisten sehen die Chance, mit ihrer geballten Wirtschaftsmacht ins Rüstungsgeschäft einzusteigen und über die USA das japanische Waffenexportverbot zu umgehen. Dagegen erklärte die bürgerliche Zeitung „Mainichi Shimbun“, daß Japans Waffenexportverbot „eine offene Erklärung an die Welt ist, daß dieses Land niemals ‚Kaufmann des Todes‘ sein wird ... Wir haben versprochen, unsere Wirtschaft nicht durch Produktion und Export von Waffen zu militarisieren.“

Nordirland Politische Gefangene setzen Hungerstreik fort

Am 20. August starb im Belfaster Maze-Gefängnis der zehnte der seit März dieses Jahres in den Hungerstreik getretenen politischen Gefangenen: Michael Devine, 27 Jahre alt, seit 1976 von den britischen Imperialisten wegen „unerlaubten Waffenbesitzes“ für 12 Jahre hinter Gitter gepfercht. Devine war eines der Gründungsmitglieder der Irischen Nationalen Befreiungsarmee INLA, des militärischen Flügels der

1974 gebildeten Irischen Republikanisch-sozialistischen Partei IRSP. Die INLA zeichnet u.a. verantwortlich für die erfolgreiche Auslöschung des britischen „Nordirlandexperten“ und Thatcher-Intimus Airey Neave im Sommer 1979, den sie per Autobombe noch in der Garagenausfahrt des britischen Unterhauses hochgehen ließ. Sie



arbeitet eng mit der IRA zusammen und beteiligt sich an dem Hungerstreik. Fünf der 446 politischen Gefangenen im Maze-Gefängnis setzen ihre Hungerstreiks fort.

Nach dem Tod Devines mußte die britische Presse zum ersten Mal verlauten lassen, daß die Behauptung der britischen Regierung, die Hungerstreikenden würden einen politischen Sonderstatus verlangen, blanke Lüge ist. Die „Financial Times“ veröffentlichte die fünf Forderungen der Hungerstreikenden: 1. Wiederherstellung des Rechts der Gefangenen auf Entlassung vor Ablauf ihrer vollen Strafzeit; 2. Mehr Besuchsmöglichkeiten, mehr Briefe und Pakete in die Anstalt; 3. Recht der Gefangenen, eigene Kleidung zu tragen; 4. Recht der Gefangenen, sich freier als bisher zu versammeln und gegenseitig zu besuchen; 5. Recht auf Ablehnung der Gefangenenarbeit.

Einen Tag nach dem Tod Devines mußte die britische Presse eine schwere politische Schlappe einstecken. Owen Carron, Mitglied der Provisional Sinn Féin, des politischen Flügels der IRA, gewann die Nachwahl zum britischen Unterhaus in dem nordirischen Wahlkreis Fermanagh and South Tyrone. Am 10. April hatte der erste Hungerstreikende Bobby Sands hier zum ersten Mal einen Sieg für die republikanische Bewegung errungen. Owen Carron konnte am 21.8. diesen Erfolg sogar noch ausbauen. Hatte Bobby Sands im April gegen einen reichen protestantischen Landbesitzer, der für die Beibehaltung der britischen Kolonialherrschaft eintrat, mit 30492 Stim-

men eine Mehrheit von 1446 Stimmen gewinnen können, so konnten die republikanischen Kräfte diesmal gegen einen ehemaligen Major der protestantischen Kolonialarmee UDR und vier weitere Gegenkandidaten ihre Stimmenzahl auf 31278 steigern, 2230 Stimmen mehr als der Major. Gleich am nächsten Tag verlangte Carron in Telegrammen an Thatcher und den Premierminister der Republik Irland Fitzgerald sofortige Verhandlungen über die Lage der Hungerstreikenden.

Am 22.8., dem Tag der Beerdigung Michael Devines, meldete die IRA erneut mehrere erfolgreiche Anschläge gegen Polizisten, Soldaten und anderes Personal der britischen Kolonialherrschaft. In den Straßen von Belfast und Londonderry lieferten sich Jugendliche schwere Schlachten mit der Kolonialpolizei.

Trotz der wachsenden Stärke der irischen Befreiungsbewegung weigert sich die britische Regierung weiterhin, über die Forderungen der Hungerstreikenden zu verhandeln. Ihre Absicht ist, die Hungerstreikenden kaltblütig sterben zu lassen, mit Polizei- und Armeeterror sämtliche Protestaktionen niederzuschlagen und so der irischen Befreiungsbewegung eine schwere Niederlage beizubringen.

VR Polen Imperialisten wollen IWF-Beitritt

Seit Ende Juli liegt der „Umschulungsplan“ der 460 westlichen Gläubigerbanken Polens auf dem Tisch. Er sieht vor: volle Aufrechterhaltung der in diesem Jahr fälligen Zins- und Tilgungszahlungen auf kurzfristige Kredite, Verschiebung der Tilgungszahlungen auf mittel- und langfristige Kredite bis Ende 1985, dafür aber volle Aufrechterhaltung der Zinszahlungen auf diese Kredite. Die Regierung soll einen von den westlichen Banken bestimmten „Berater“ akzeptieren, vollständigen Einblick in ihre Kreditverpflichtungen gewähren – inklusive der Schulden an die Sowjetunion und andere COMECON-Staaten – und die Banken regelmäßig detailliert über die wirtschaftliche Lage des Landes und ihr „Sanierungsprogramm“ unterrichten. Als „internationaler Agent“ der westlichen Banken gegenüber der polnischen Regierung für diese Sorte Auspähung und Beaufsichtigung soll die Dresdner Bank fungieren.

Mit 14,7 Mrd. \$ ist die polnische Regierung bei den westlichen Banken verschuldet. Hinzukommen weitere 10 Mrd. \$, die sie bei westlichen Regierung-

gen in der Kreide steht, und 4,2 Mrd. \$ Schulden an die Sowjetunion. Die Folge: während in Polen an allen Ecken und Enden Nahrungsmittel, Futtermittel, Kohle etc. zur Versorgung der Bevölkerung und zur Aufrechterhaltung der Produktion fehlen, muß die Regierung eben diese Güter exportieren, um ihren Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern nachzukommen. „Von den voraussichtlich 8 Mrd. \$ Exporteinnahmen dieses Jahr gehen mehr als drei Viertel in den Schuldendienst“, frohlockte Anfang des Monats der „Spiegel“.

Aber den westlichen Imperialisten geht es nicht allein um pünktliche Bezahlung ihrer Forderungen. Sie wollen die polnische Verschuldung nutzen, um die kapitalistische Produktionsweise in Polen vollends wieder durchzusetzen. Daß die polnische Regierung von sich aus bereits versucht, der Wirtschaftsmisere Herr zu werden, indem sie noch vorhandene Elemente einer sozialistischen Planwirtschaft weiter beseitigt und den jahrelang verfolgten Kurs der Unterdrückung der polnischen Arbeiterklasse aufrechterhält, kommt ihnen dabei gerade recht.

Am 9. September tagt eine weitere Gläubigerkonferenz in Paris. Zum ersten Mal wird auch ein Vertreter des Internationalen Währungsfonds (IWF) den Verhandlungen mit der polnischen Regierung beiwohnen – angeblich auf polnische Einladung, tatsächlich auf Druck der westlichen Imperialisten. „Im Weltwährungsfond wäre Polen willkommen“, meldete am 15.8. das „Handelsblatt“, und Genscher assistierte drei Tage später anlässlich des Besuchs von Außenminister Czyrek: „Es würde manches leichter werden, wenn Polen sich entschloße.“ Im Falle des Beitritts zum IWF würde dieser der polnischen Regierung ein detailliertes „Sanierungsprogramm“ vorschreiben. „Die Regierung in Warschau könne nicht mehr, wie in den Gierke-Jahren, der Bevölkerung mit Hilfe westlicher Kredite einen Lebensstandard ermöglichen, der nicht den volkswirtschaftlichen Realitäten entspreche ... Polen muß Opfer bringen.“ (Handelsblatt)

Gemeint ist damit: nicht nur rabiate Anhebung der Preise für Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs bei Beibehaltung der staatlichen Preiskontrolle, wie die polnische Regierung plant, sondern völlige Freigabe der Preise, Aufhebung jeder Preiskontrolle. Und nicht nur Entlassung „überschüssiger“ Arbeiter aus staatlich kontrollierten Betrieben, sondern Beseitigung jeglicher gesellschaftlicher Kontrolle der Produktion, Leitung der Betriebe allein durch kapitalistisch wirtschaftende Direktoren.

Libyen

USA provozieren militärischen Konflikt

Im Mai dieses Jahres schließt die US-Regierung, auf dem Höhepunkt einer Hetzkampagne gegen Libyen und seinen Staatschef Gadhafi, die libysche Botschaft in den USA und verweist die Diplomaten des Landes. Die US-Presse kolportiert CIA-Pläne für ein Attentat auf Gadhafi, die gerade vor dem US-Geheimdienstsausschuß des Repräsentantenhauses verhandelt werden. Ebenso ungeniert spielt sie den „Gedanken“ einer ägyptischen Invasion in Libyen durch. Ungefähr zur gleichen Zeit beschließt die Reagan-Regierung, wie schon 1977 bis 1979 ein mehrtägiges Seemanöver im Golf von Sidra durchzuführen, in jenem Gebiet, das Libyen 1973 zu seinem Hoheitsgebiet erklärt hat. An diesem Manöver sollen zwei Flugzeugträger, darunter die „Nimitz“, die vor kurzem noch zur Bedrohung Irans im Indik kreuzte, und weitere 14 Kriegsschiffe der 6. US-Flotte im Mittelmeer teilnehmen. Die US-Regierung fordert die in Libyen lebenden US-Bürger auf, das Land zu verlassen, in den meisten Fällen allerdings ohne Ergebnis. Trotz scharfer libyscher Proteste beginnt dann das US-Manöver –



gleichzeitig findet ein ägyptisches Manöver in der Nähe der libyschen Küste statt – am 18. August. Am 19. August „wird zurückgeschossen“: US-Kampfflugzeuge vom Typ F 14 schießen mit „Sidewinder“-Luft-Luft-Raketen zwei Flugzeuge der libyschen Armee ab.

Eines der libyschen Flugzeuge hatte das Feuer auf die F 14 eröffnet. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß die US-

Imperialisten ihre Aggression sorgfältig vorbereitet und deren Folgen genau kalkuliert haben. Eine Woche vor Manöverbeginn gab das US-Magazin „Newsweek“ zu, daß der libysche Anspruch auf seine Hoheitsgewässer auf die Probe gestellt werden solle. Daß es Reagan und Konsorten direkt auf eine militärische Konfrontation anlegten, wird auch daraus ersichtlich, daß der Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium am Abend des ersten Manövertages eine Presseerklärung abgab, daß es „keine ‚unerfreulichen‘ Zwischenfälle“ gegeben habe, was vollständig unüblich ist („Wireless Bulletin from Washington“ v. 19.8.).

Was bezwecken die USA? Erstens können sie nicht verwinden, daß sich Libyen ihrem Einflußbereich entzogen hat. Ihre Versuche, Gadhafi zu stürzen, um das Land und seine Reichtümer erneut unter Kontrolle zu bekommen, sind ernst zu nehmen. Zweitens versuchen sie mit Libyen die ganze arabische Nation zu demütigen; Libyen ist einer der Gegner ihrer Camp-David-Befriedungspolitik. Drittens demonstrieren sie ihren Anspruch auf „Freiheit der Meere“, nicht zufällig zum Zeitpunkt der Seerechtskonferenz. Viertens suchen sie den Konflikt mit der Sowjetunion. Diese versucht ihrerseits, in Libyen und im Nahen Osten Einfluß zu gewinnen bzw. auszuweiten.

Die arabischen Länder mit Ausnahme Ägyptens sowie die PLO haben die US-Aggression gegen Libyen scharf angegriffen. Der NATO-Rat, dem auch die BRD angehört, ist gleich nach dem „Zwischenfall“ zusammengetreten und hat ihn abgedeckt.

Uganda

Imperialisten fassen wieder Fuß

Noch 1 000 der ursprünglich 10 000 tansanischen Besatzungssoldaten stehen in Uganda. Gemeinsam mit britischen Offizieren bauen sie Ugandas neue Armee auf, der inzwischen ca. 15 000 Soldaten angehören. Ugandische Offiziere werden auch in Kenia und Sudan ausgebildet. Spezialisten der kanadischen Polizei trainieren Ugandas Polizei. Vor über zwei Jahren marschierte die tansanische Armee in Uganda ein, stürzte die Regierung Idi Amin und zerschlug Ugandas Staatsapparat und Armee. Tansania rechtfertigte diesen Schritt mit andauernden Aggressionen durch die Amin-Regierung und der angeblichen Schreckensherrschaft Amins. Aber der tansanische Einmarsch hat Ugandas Probleme nicht gelöst noch die Sicherheit der Völker Ostafrikas

gestärkt. Uganda ist wieder den imperialistischen Kapitalgebern geöffnet, denen es unter Amin verschlossen war.

80% der Exporterlöse der früher britischen Kolonie Uganda stammten in den 60er Jahren aus Kaffee- und Baumwollverkäufen. Die unter Amin verfolgte Lösung Ugandas vom Weltmarkt führte in den 70er Jahren, weil kein ausreichender innerer Markt existierte und Industrieprodukte fehlten, zur Rückkehr zu bäuerlicher Subsistenzproduktion, zu blühendem Schmuggel und einem riesigen Schwarzmarkt. Der Sturz der Regierung Amin 1979 hielt den wirtschaftlichen Zerfall des Landes nicht auf. Die Zerschlagung der bisherigen Staatsorgane verschärfte zudem die allgemeine Unsicherheit. So verhungerten 1980 etwa 30000 Nomaden, ein Zehntel der Provinzbevölkerung von Karamoja am Westnil, weil bewaffnete Banden ihnen das Vieh geraubt hatten. Heute tummeln sich in dem Teil Ugandas die internationalen Hilfsorganisationen.

Der im Dezember 1980 gewählte Präsident Obote, der vierte Staatschef seit dem tansanischen Einmarsch, hat eine Politik der „nationalen Versöh-

nung“ angekündigt und strebt eine enge Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten, vor allem Kenia und Tansania, an, mit denen Uganda bis 1977 in der Ostafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft zusammengeschlossen war. Unter dem Druck von IWF, Weltbank und EG, die 400 Mio. \$ Kredite und „Hilfe“ in Aussicht gestellt haben, mußte Obote, der in seiner früheren Regierungszeit bis 1971 eine antiimperialistische Politik verfolgte, die Pläne zum Aufbau einer nationalen Wirtschaft aufgeben. Der IWF hat eine drastische Abwertung, eine Kürzung der Staatsausgaben und die Privatisierung verstaatlichter Betriebe durchgesetzt. Investoren wie der kanadische Konzern Falconbridge, der in Uganda Kobalt fördern will, fordern Schutz vor künftigen Nationalisierungen. Ugandas Regierung mußte das britische Bankhaus Morgan Greenfell als „Finanzberater“ akzeptieren. Ob die beschlossene Verdreifachung der Ankaufpreise für Agrarprodukte den Bauern zugute kommt oder in erster Linie den Nachschub für die früher in Uganda tätigen Agrarmonopole mobilisieren soll, muß sich erst noch zeigen.

schaften zur Nutzung übergeben werden; die früheren Besitzer werden mit Staatspapieren entschädigt. Gleichzeitig wird aber das Verbot von Landbesetzungen bekräftigt.

Die Zwieschlächtigkeit des Agrarreformgesetzes – wichtige Zugeständnisse an die Bauern bei strikter legaler Einschränkung ihrer selbständigen Bewegung – ist charakteristisch für das Bestreben der Sandinisten, die Grundlagen der halbkolonialen Ausbeutung des Landes durch die US-Monopole zu beseitigen, ohne einen offenen Bruch mit der einheimischen Bourgeoisie und den Imperialisten zu provozieren. Zum Teil hat das historische Gründe: ein großer Teil der Bourgeoisie, dessen Profitmöglichkeiten von Somoza und seinen US-Hintermännern beschnitten wurden, nahm, wenn auch erst fünf Minuten vor zwölf, an der Revolution teil. Um einen möglichst ungestörten Wiederaufbau des während des Befreiungskampfes verwüsteten Landes zu gewährleisten, wollen die Sandinisten am Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie festhalten, der sie zum Teil selbst entstammen.

Vielleicht noch wichtiger: Zur Finanzierung des Wiederaufbaus und zur Abwendung der drohenden Hungerkatastrophe hat sich die Revolutionsregierung entschlossen, neue Auslandskredite aufzunehmen. Um bei den imperialistischen Bankern als „kreditwürdig“ zu gelten, mußte der von Somoza hinterlassene Schuldenberg anerkannt werden. Mitte 1979 hatte Nicaragua mit 1,503 Mrd. \$ Auslandsschulden bei nur 2,4 Mio. Einwohnern eine der höchsten Pro-Kopf-Verschuldungen der Welt. Bei Umschuldungsverhandlungen mit einem Bankenkonsortium (darunter die Dresdner) mußte Nicaragua im Sommer 1980 Wiederaufnahme der Zinszahlung ab Dezember zum hohen Londoner Zins akzeptieren. Durch Aufnahme neuer Kredite

Nicaragua

Endlich Agrarreform, aber hohe Auslandsschulden gefährden die Revolution

Auf einer Massenkundgebung zum 2. Jahrestag des Siegs der Revolution in Nicaragua hat die regierende Junta am 19. Juli – neben drakonischen Maßnahmen gegen die Kapitalflucht – eine Agrarreform angekündigt. Landarbeitergewerkschaften und Bauernverbände hatten seit langem die Enteignung der Großgrundbesitzer gefordert. Nach Angaben von Landwirtschaftsminister Wheelock war es allein im letzten halben Jahr zu 400 „Besitzkonflikten“ um Land gekommen, im Klartext: Landbesetzungen, gegen die die Polizei zum Teil gewaltsam vorging.

Nach der Revolution waren zunächst nur die Ländereien der Somoza-Dynastie und ihres unmittelbaren Anhangs enteignet worden, gut ein Fünftel der Nutzfläche. Dieses Land wird von Staatsfarmen bewirtschaftet, auf denen rund 65000 Landarbeiter beschäftigt sind. Vor der jetzigen Reform befand sich noch immer mehr als die Hälfte der Nutzfläche in den Händen von 2400 Großgrundbesitzern, während 153000 Bauern (98%) unter 35 ha sich in den Rest teilten und weitere 50000 Bauern als Pächter unter halbfeudalen Ausbeutungsverhältnissen Großgrundbesitzerland bebauten.

Nach dem am 23. Juli vom gesetzgebenden Staatsrat beschlossenen Reformgesetz werden jetzt alle Güter ent-

eignet, die mehr als 350 ha (an der Atlantikküste 700 ha) umfassen und brachliegen, unzureichend genutzt werden oder verpachtet sind. Der kapitalistisch mit Lohnarbeit bewirtschaftete Großgrundbesitz – nicht sehr ausgedehnt, aber in einigen Zweigen der Exportproduktion (Baumwolle, Bananen) wichtig – bleibt ausdrücklich unangetastet. Das enteignete Land soll ebenso wie ein Teil der Staatsländereien an Einzelbauern und Genossen-



Nicaraguanische Landarbeiter bei der Arbeit

bei „internationalen“ (faktisch von den USA kontrollierten) Banken und in Westeuropa ist die Auslandsverschuldung bis Ende 1980 auf über 2 Mrd. \$ gestiegen, was fast dem Sozialprodukt eines Jahres entspricht. Den Gläubigern gilt der Schutz des Privateigentums der nicaraguanischen Kapitalisten als beste Garantie für die Rückzahlung, was die Regierung immer wieder zu Zugeständnissen zwingt.

Als die USA, die auf eigenem Territorium und in Honduras Somoza-Söldner für eine bewaffnete Invasion ausbilden, bereits zugesagte Kredite (u.a. für Weizenkäufe) sperrten, mußte das Land ungünstige, kurzfristige Kredite aufnehmen. Mit 193 Mio. \$ (ca. ein Drittel der Exporterlöse) werden die Schuldendienstzahlungen infolgedessen 1981 mehr als doppelt so hoch sein wie 1980.

Die westlichen Imperialisten wollen über diese Schuld knechtschaft die Revolutionsregierung zu ihrem Agenten gegen die Volksmassen machen bzw. bei (zu erwartender) Weigerung stürzen; eine plötzliche allgemeine Kreditsperre könnte zum Signal für die Konterrevolution werden. Die Sozialimperialisten hoffen, daß sich die Sandinisten in einer solchen Notlage ihnen in die Arme werfen würden. Von den RGW-Ländern hatte sich bis Ende 1980 nur die DDR mit einem 20-Mio.-\$-Kredit zum Kauf von DDR-Maschinen und -Lkws an dem Kreditgeschäft beteiligt. (Die Bedingungen: 10 Jahre Laufzeit, 4,5% Zins, nur zwei tilgungsfreie Jahre, waren für einen staatlichen Kredit ausgesprochen ungünstig.)

Nur die Mobilisierung der Volksmassen zum Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft wird verhindern können, daß die Imperialisten die Revolution in ihr Kreditgefängnis einsperren. Die Alphabetisierungskampagne des letzten Jahres gibt dafür ein eindrucksvolles Beispiel. Hunderttausend Jugendlichen gingen aufs Land und konnten in wenigen Monaten die Analphabetenrate von 50,35% auf 12,97% senken und „nebenbei“ den ersten Agrarzensus in der Geschichte des Landes erheben. Auf Dauer werden die Massen ihre Initiative aber nur entfalten können, wenn ihre elementaren Rechte respektiert werden. Am 19. Juli hat Junta-Koordinator Ortega auch Kampf „gegen Arbeitsniederlegungen, Streiks, Besetzungen und Disziplinlosigkeit“ angekündigt, was fast einem Streikverbot gleichkommt. Bei Gesprächen über die Bildung einer einheitlichen Gewerkschaftszentrale im November 1980 hatten fast alle Gewerkschaften ausdrücklich festgestellt: „Friedliche Lösung der Probleme bedeutet nicht, daß das Streikrecht negiert wird, sondern daß dies das letzte Mittel der Werktätigen sein muß ...“

Minimalprogramm des Bündnisses der revolutionären Klassen

Auf einem „Forum zur Diskussion der nationalen Probleme“ wurden Ende Juni 19 Punkte festgelegt, die in gewisser Weise das Minimalprogramm des Klassenbündnisses von Arbeitern, Bauern und nationalen Bourgeois umreißen. Die „revolutionären Kräfte“ waren auf dem Forum außer durch die Sandinistische Befreiungsfront u.a. durch Linkskatholiken, Revisionisten und die „maoistische“ Bewegung der Volksaktion vertreten. Von Seiten der bürgerlichen Rechten nahmen alle Parteien außer der konservativen und dem katholischen Gewerkschaftsbund CTN teil.

Ausgehend davon, daß wir die Existenz von Meinungsverschiedenheiten anerkennen, der Zweck des Forums aber die Suche nach praktischen Übereinkünften ist, die zum nationalen Zusammenleben beitragen, nennen wir die folgenden Punkte: ...

5) Beide Delegationen stimmen darin überein, daß die pluralistische Konzeption des Regierungsprogramms der Rahmen ist, in dem sich der Prozeß des Wiederaufbaus Nicaraguas entwickeln muß. Der Pluralismus als Ausdruck der historischen Bedingungen, unter denen sich der revolutionäre Prozeß entwickelt, stellt sich im gemischten Charakter der Wirtschaft dar und auf politischem Gebiet im Recht aller politischen, gewerkschaftlichen und Standesorganisationen, sich als solche zu konstituieren und ihre Tätigkeit im Rahmen der geltenden nationalen Gesetze auszuüben.

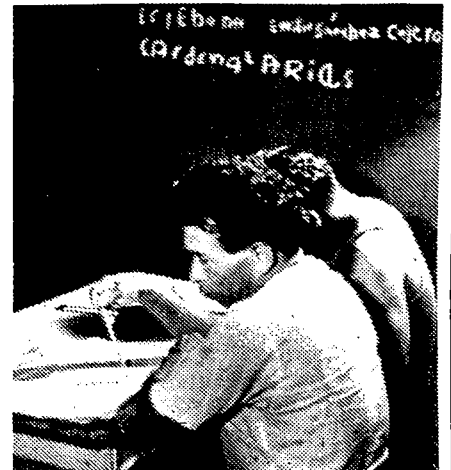
6) Wir bekräftigen gemeinsam das unveräußerliche Recht unseres Volkes auf Selbstbestimmung und auf Zurückweisung jeder Form von Unterdrückung, Unterwerfung, politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit und Plünderung unserer nationalen Reichtümer.

7) Das System der gemischten Wirtschaft mit einem privaten, gemischten und staatlichen Bereich und anderen Eigentumsformen, die ordnungsgemäß festzulegen und zu regeln sind, muß angeregt werden innerhalb einer angemessenen Planung, die zum Wohl des nicaraguanischen Volkes alle wirtschaftlichen Bereiche erfaßt.

8) Der Staat hat die Verantwortung, dem Volk die durch gerechte und praktische Gesetze geschützten Mittel zu bieten, mit denen es seine Erwerbsbedingungen und Forderungen

verteidigen und durchsetzen kann: die Demokratie, den Pluralismus, die Freiheit und die Respektierung der (wirtschaftlichen, sozialen und politischen) Menschenrechte ...

11) Das Erbe der Vergangenheit und seine Verschärfung durch die Somoza-Diktatur und die Einmischung des nordamerikanischen Imperialismus sind fundamentale Ursachen der wirtschaftlichen Probleme des Lan-



Bauern lernen Lesen und Schreiben

des und der sozio-ökonomischen Lage des Volkes ...

13) Wir stellen fest: Wie immer die innere Lage sei, wir Nicaraguaner müssen sie selbst lösen. Wir lehnen entschieden jede Intervention und imperialistische Aggression ab ...

17) Die aktive Beteiligung der Werktätigen, des Staates und der Unternehmer an der Steigerung der Produktion ist grundlegendes Element im Kampf für die wirtschaftliche Emanzipation des Landes und der Werktätigen und zur Schaffung der unverzichtbaren wirtschaftlichen Basis für die Lösung der gegenwärtigen sozialen Probleme.

18) Die verschiedenen Formen der Kapitalflucht ... müssen streng bestraft werden, in welchem Sektor sie auch auftreten.

19) Es ist nötig, die Agrarreform voranzutreiben und zu institutionalisieren, um die Lage der Bauern und des ganzen werktätigen Volkes durch Verteilung des Landes an die Bauern, die es brauchen, zu verbessern. Betroffen davon sind die unproduktiven Latifundien und die Ländereien in Staatsbesitz, wobei wirtschaftlich unteilbare Produktionseinheiten respektiert werden sollen.

(Barricada, 27.6.81, eigene Übersetzung)



„Zeitsparend“ gebaute Wohnblocks – Kinderdemonstration (Originalillustrationen)



Naturreligion als „Phantasy“

Momo gegen die Zeit-Diebe. Sozialkritik sanft und jugendbuchpreiswürdig

Das Mädchen Momo lebt am Rand einer italienischen Großstadt in der Ruine eines Amphitheaters, allgemein geschätzt wegen ihrer Fähigkeit, geduldig zuzuhören. Da treten die „grauen Herren“ auf, die den Menschen ihre angeblich „überschüssige“, nämlich freie Zeit für eine Zeit-Spar-kasse abschwatzen. Die Herren leben von der so ergaunerten, in Zigarrenform gespeicherten Zeit und verbreiten Hektik und Seelenlosigkeit. Kinder können sich ihnen noch am ehesten entziehen, demonstrieren gegen die Zeitdiebe, werden aber schließlich von den Eltern, die keine Zeit mehr für sie haben, in Kinder-Depots gesteckt, wo sie „spielen lernen“ müssen. Momo, die keinen Grund sieht, Zeit zu sparen, läßt einen Werber abblitzen und zieht sich als subversives Element die Todfeindschaft der „grauen Herren“ zu. Auf der Flucht gelangt sie zu Meister Hora, dem „Verwalter der Zeit“. Dieser hält nach allerlei Fährnissen schließlich die Zeit für eine Stunde an, gibt nur Momo eine „Stundenblume“ und ermöglicht ihr damit, die „grauen Herren“ zu vernichten und den Menschen die gestohlene Zeit zurückzuverschaffen. – Soweit die Handlung dieses 1974 mit dem Deutschen Jugendbuchpreis ausgezeichneten „modernen Märchens“,

derzeit zusammen mit der „unendlichen Geschichte“ des gleichen Autors ein Spitzenbestseller. „Zeit ist Leben. Und das Leben wohnt im Herzen“, ist das arg hausbackene, mehrfach wiederholte Motto des Buchs.

Manches an diesem Märchen erinnert an die gängige fortschrittlich-alternative Kritik der menschenfeindlichen Schein-Rationalität des Kapitals, z.B.: „Man sparte sich die Mühe, die Häuser so zu bauen, daß sie zu den Menschen paßten, die in ihnen wohnten; denn dann hätte man ja lauter verschiedene Häuser bauen müssen. Es war viel billiger und vor allem zeitsparender, die Häuser alle gleich zu bauen.“ Von den Herren mit Zigarre, die in der kapitalistischen Wirklichkeit an der Lebenszeit der Arbeiter knapsen und ihre Agenten mit der Stoppuhr auf Zeitersparnis Jagd machen lassen, ist freilich nicht die Rede. Die Wirkung der „grauen Herren“ auf den Arbeitsprozeß wird vorsichtshalber am Beispiel eines selbständigen Friseurs vorgeführt.

In Naturreligionen werden natürliche, materielle Zusammenhänge als beseelt aufgefaßt, weil sie sich der verändernden Praxis und damit auch der begreifenden Vernunft der Menschen noch entziehen. Die Götter dieser Reli-

gionen lenken die Naturerscheinungen nicht, sondern sind mit ihnen identisch. Man könnte die Naturreligionen daher als Materialismus hilfloser Menschen bezeichnen, die sich auf einen äußerst niedrigen Stand der Produktivkräfte so die Welt zu erklären und sich ihrer Widrigkeiten durch Totems usw. zu erwehren suchen. Diese Sorte Materialismus wird reaktionär, sobald die Hilflosigkeit mit seiner Hilfe nur noch vorgegaukelt wird, aber nicht mehr wirklich vorhanden ist.

Die Wiederbelebung solcher Vorstellungsformen und ihre Anwendung auf die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse ist nun freilich keine besonders fortschrittliche Tat, obgleich in der „Phantasy“-Literatur weit verbreitet. Ende hat es einmal mehr versucht. Der unendliche, stetige Fluß der Zeit erscheint verkörpert in Meister Minutius Sekundus Hora, ihre jeweils begrenzte Quantität in den „grauen Herren“. Für die Kritik an manchen häßlichen Erscheinungen der „Industriegesellschaft“ – und daß es solche Kritik in dem Buch gibt, wird ein Teil seines Erfolges erklären – ist damit nichts gewonnen, für ihre Erklärung und Veränderung ein Holzweg gewiesen.

Michael Ende. Momo. Thienemann. 19,80 DM.

James Bond „In tödlicher Mission“

Ein britisches Spionageschiff mit einem Sender, der einen atomaren Raketenangriff auslösen kann, sinkt vor Albanien, der Sender ist aber noch intakt an Bord, und natürlich will der russische Geheimdienst den Apparat – damit könnte er die gesamte britische Polaris-Atom-U-Boot-Flotte lahmlegen. Der neueste James-Bond-Film handelt von dem schließlich erfolgreichen Versuch von Agent 007 des britischen Geheimdienstes, diesen Sender vor dem Zugriff der Konkurrenz zu bewahren. Daß die Erhaltung der Schlagkraft der britischen Atomraketen von vielen bekämpft wird, konnte man an den großen Demonstrationen gegen die Atomaufrüstung auch in England sehen. Die Methode des Films ist es, einen solchen aktionären Kern so mit Zucker zu umhüllen, daß er ohne Widerwillen und mit einem gewissen Vergnügen geschluckt wird. Verfolgungsjagden unter Wasser, über Wasser, auf Skispisten und Bobbahnen sind diesmal das Hauptmittel, kombiniert mit technischen Spielereien, Sex und einer gewissen Schnoddrigkeit des Helden gegenüber seinen verspießerten Vorgesetzten (z.B. läßt er am Ende des Films seinen Papagei mit Margret Thatcher telefonieren). Da aber diese Methode schon seit mehr als 15 Jahren angewendet wird, fällt es den Filmemachern immer schwerer, die nötigen originellen und witzigen Gags zu finden, was man dieser Ausgabe von „James Bond“ an mehreren faden und langweiligen Stellen anmerkt.

Die Idylle des Hausfrauendaseins

Schützenhilfe für ihre reaktionäre Familienideologie erhält die CDU/CSU durch Erna Bombeck, seit mehr als 10 Wochen mit ihrem Buch „Nur der Pudding hört mein Seufzen“ unter den ersten zehn der Bestsellerliste des Spiegels.

Erna Bombeck, Frau eines gut verdienenden Angestellten, hat es nicht nötig, arbeiten zu gehen, und so schreibt sie, „um sich ein bißchen die Langeweile zu vertreiben“. Sie schreibt dabei über das Einzige, was sie kennt: Das Hausklavendasein einer Kleinbürgerin, aus ihrer Lage heraus sicherlich oft treffend karikiert.

Allerdings eine Karikatur mit dem faden Beigeschmack der Glorifizierung: „Die Hausfrau und ihre fabelhafte Rolle. Mir fiel niemand auf der Welt ein, der ein bißchen Aufwertung nötiger hatte ... Keine der üblichen Schablonen wollte auf sie passen. Sie ist nie auch nur einen Moment allein und fühlt sich doch meist allein gelassen. Sie sorgt sich mehr darum, ob und wann ihr 14 Monate alter Sohn sauber wird, als um Tschu Enlai. Und die G.W.d.d. (Große Welt da draußen) scheint ihr fast wie ein Märchen ...“ Die Tatsache, daß längst die Mehrzahl der Frauen der arbeitenden Klassen wieder an der Produktion teilnehmen, und die sich daraus ergebenden Probleme lassen sie dabei völlig gleichgültig, allerdings berühren sie scheinbar auch ihre Auflagenzahlen wenig. Das gehört zur „Großen Welt da draußen“, wenn sich auch wenig „Märchenhaftes“ daran finden läßt. Allerdings Ansatzpunkte für ihre reaktionäre Familienpropaganda. Denn arbeitet die lohnabhängige Frau nicht, ist sie nicht nur vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen, sondern kann auch die Familie nicht versorgen, weil der Lohn des Mannes für die Reproduktionsbedürfnisse nicht reicht. Arbeitet sie, ist ihr der Weg in die Produktion eröffnet, aber nur als Lohnarbeit, noch dazu oft zu elendesten Bedingungen, und die Familie ist nicht mehr richtig versorgt. Und nach 8 Stunden Fließbandarbeit und der Hausarbeit zusätzlich kann einem schon mal das reine Hausfrauendasein als Idylle erscheinen und die Teilnahme an der Produktion als Unglück.

Erna Bombbeck, Nur der Pudding hört mein Seufzen, Bastei/Lübbe, 5,80 DM.

Eine preußische Familiensaga

„Ich bin ein Preuße“, heißt der erste Band der Romantrilogie „Das Klavier“, in der die Geschichte einer deutschen Familie geschildert wird, „hineinverwoben in die Geschichte der Deutschen zwischen dem Beginn dieses Jahrhunderts und dem Ende des Ersten Weltkrieges“, so die Ankündigung. Die Handlung setzt ein in einem Dorf der Provinz Posen des Deutschen Reiches. Da sind Otto Borkowski, Arzt und Vater, mit Verständnis für Familie, Patienten, Juden und sogar russische Kriegsgefangene, drei Töchter in heiratsfähige

gem Alter, zwei Söhne und schließlich Mama, schnippisch, ignorant, mit ständiger Migräne und mit keiner anderen Aufgabe befaßt, als für ordnungsgemäßen Ablauf zu sorgen. Sie schafft ihr altes Klavier herbei, denn die Familie hält auf sich, die Töchter brauchen nebst Kenntnissen in „feiner Küche“ auch „ein wenig musikalische Erziehung“, und auch für den Werdegang der Söhne kann das nicht schaden.

Die geschichtlichen Ereignisse lassen die gutbürgerlich-preußische Familie jedoch nicht unberührt. Die Töchter heiraten nicht oder unstandesgemäß, der älteste Sohn wird aus seinem Musikstudium gerissen, Frontsoldat und Kriegsgefangener in Frankreich, der Vater stirbt an Überarbeitung, das Deutsche Reich verliert den Krieg, Posen wird wieder polnisch, die meisten Deutschen ziehen ab, die Borowskis finden sich weitgehend in Berlin wieder, in einer Mietwohnung zwar, aber immer noch wohlhabend, die Kinder gehen ihre eigenen Wege, die Familie ist faktisch zerschlagen.

Zwar gelingt es dem Autor, den preußischen Spießbürgermief treffend zu schildern; doch bleibt die Kritik daran schwach, weil er den Leser über das Gesichtsfeld der einzelnen Familie nicht hinausführt und deren Stellung im gesellschaftlichen Klassengefüge nicht aufklärt. Der schroffe Gegensatz zwischen der preußischen Kolonialmacht und der unterdrückten polnischen Nation in Posen verschwindet fast gänzlich, für die Borowskis ist's halt, wie's ist. Die arbeitenden Klassen sind fast nur durch eine jüdische Kleinbürgerfamilie und das – quasi zur Familie gehörende – Hauspersonal vertreten, was haben die Borowskis schon mit z.B. Landarbeitern zu tun? Der erste Weltkrieg wird patriotisch begrüßt; zwar wachsen dem Ältesten in der Kriegsgefangenschaft Zweifel, aber welche und wieso eigentlich? Bei so vollständigem Dunkel über die Ursachen und gesellschaftlichen Folgen des imperialistischen Krieges wundert schon nicht mehr, wenn die 1918er Revolution nicht einmal als „Randereignis“ eine Rolle spielt, weil sie in das Familienschicksal direkt nicht eingreift.

Julius Tinzmann, „Das Klavier“, Bd. 1, „Ich bin ein Preuße“, Ullstein-Buch, 1981, 9,80 DM.

Preussen-Ausstellung

Versuch, Anspruch auf fremdes Staatsgebiet zu begründen

Am 16. August begann die Ausstellung „Preußen – Versuch einer Bilanz“, die 1977 vom damaligen Regierenden Bürgermeister Stobbe vorgeschlagen wurde. „Preußen–Fan“ Stobbe forderte in seiner Regierungserklärung von den Beschäftigten „preußische Tugenden wie Treue, Pflichterfüllung, Dienst am Bürger und am Staat, Korrektheit und Leistung“. Aber nicht allein die „preußischen Tugenden“ waren es, die Stobbe zu dieser Ausstellung brachten. „Wir sollten wirklich den Versuch machen, den Berlinern und allen Deutschen einen Anstoß zur Auseinandersetzung mit der preußischen Geschichte zu geben ... Jeder Deutsche sieht in die Zukunft fast wie ein Rätsel, weil er, in Widerspruch zur Machtlage, nicht umhinkommt, an alle Deutschen, an die drüben wie hüten, zu denken“, Stobbe auf einer Gedenkveranstaltung 1978 für Otto Braun, preußischer Ministerpräsident. Von der Maas bis an die Memel, „alle Deutschen“ sollen sich mit ihrer gemeinsamen Geschichte auseinandersetzen. Freiherr Richard von Weizsäcker hält „die Zeit für ein solches Unterfangen herangereift“. (1) Die Reaktion kommt richtig in Fahrt: „Es geht, wenn wir von Berlin und Preußen sprechen, um das Erkennen, um das Wiedererlangen eines nationalen Selbstverständnisses“. (2) Vor allem der Jugend soll nationales Bewußtsein eingebleut werden. Herrmann Oxfort (FDP) am 22.5.1980 zur Preußen-Ausstellung: „Woher soll ein unerfahrener junger Mensch die Kraft und die Überzeugung nehmen, sich in unserem demokratischen Staat im Sinne des Gemeinwohls zu engagieren, wenn er glauben muß, die Geschichte des eigenen Landes sei nur eine Geschichte von Scheußlichkeiten?“ Biewald (CDU) in der gleichen Debatte: „Ich meine also, daß man jungen Menschen eine kritische Identifizierungsmöglichkeit mit ihrer Geschichte geben muß, sie nicht einfach vaterlandslos, geschichtslos stehen lassen kann ohne Bezug.“

Eine Reihe kleinerer Ausstellungen, Filme, Radiosendungen, Theaterstücke, eine Flut von Büchern und Artikelserien werden zum „Dialog mit Preußen“ angeboten.

Im wesentlichen wird in der Ausstellung Preußen als Staat mit seinen „guten und schlechten“ Seiten dargestellt. So zum Beispiel: als „erster Diener seines Staates“ Friedrich der Große als Architekt, Feldherr, Außenpolitiker, Musiker, Philosoph und Schriftsteller, auf der anderen Seite für die Soldaten militärischer Drill, Spießrutenlaufen, für die Bauern hohe Abgaben. Die Entstehung Preußens als Folge einer geschickten Heiratspolitik und einigen erfolgreichen Eroberungen. Die Interessen der Bourgeoisie werden verschleiert und die Kämpfe der Bauern und Arbeiter verstümmelt dargestellt.

An einem Punkt soll gezeigt werden, wie mit der Ausstellung und in der bürgerlichen Presse versucht wird, die Geschichte Preußens zu biegen, um den Anspruch auf die „ehemaligen deutschen Ostgebiete“ zu rechtfertigen.

„Das Gebiet zwischen Weichsel und Memel ... war das Land der Pruzzen. Dieser Volksstamm hatte den Bekehrungsversuchen der seit 966 christianisierten Polen lange widerstanden, geriet jedoch in Bedrängnis, als der polnische Herzog Konrad von Masowien 1226 Kreuzritter aus dem Heiligen Land zu Hilfe rief, um die heidnischen Nachbarn zu unterwerfen. Der „Deutsche Orden“ ... Gemeinschaft aus geistlichen Streitern und streitbaren Geistlichen, sah sich zur gewaltsamen Bekehrung von Heiden berufen. Sie ließ sich auf das Missions- und Kolonisationsunternehmen ein ... Ab 1230 begann die Unterwerfung der Pruzzen, die bis 1283 dauerte ... Sie (die Ordensverwaltung, d.R.) besetzte Bistümer mit Ordensmitgliedern, förderte aber auch den Handel und die Stadtentwicklung, baute Spitäler und Burgen und betrieb selbst Wirtschaftsunternehmen. Bauern, Bürger und Adlige wurden mit Versprechungen, großzügigen Schenkungen und gutem Besitzrecht ins Land geholt und angesiedelt. Die unterworfenen Pruzzen mußten allerdings als Halb- und Unfreie auf Ordensdomänen und grundherrlichem Besitz ihr Leben fristen.“ (3)

„Hermann von Salza diente Kirche und Reich ... Im Jahre 1209 wird dieser einfache Ritter zum Hochmeister dieses Ordens gewählt ... Die Ordensritter widmeten sich der Krankenpflege und der Bekehrung von Heiden durch das Schwert, was damals als gottgefällig angesehen wurde ... In Verhandlungen mit Kon-

rad (von Masowien, d.Red.), der Kurie, Dänemark und Lübeck bereitet Hermann von Salza die Bekehrung der Pruzzen sowie die Besiedlung Preußens mit Deutschen vor. Er wird so zum Gründer des Ordensstaates.“ (4) „Preußen ... geboren aus einem ehemals Baltischen Volksstamm zwischen Weichsel und Memel; verschmolzen wurde er dann mit deutschen Siedlern.“ (5)

Wie die Lebensbedingungen und der Entwicklungsstand der Volksstämme in Osteuropa waren, erfährt man nicht. So können die „frommen“ Ritter, die mit gottgefälliger Gewalt nicht nur das Christentum gebracht haben, sondern auch den Handel förderten, im Lichte des Fortschritts dargestellt werden. Verschwiegen werden die Interessen der deutschen Handelsbourgeoisie an den reichen Ländern des Ostens, den See- und Flußzugängen. Hinter den „Kolonisationsunternehmen“ oder „Verhandlungen mit Lübeck“ stecken Lübecker Kaufherren, die mit den Rittern der „Nächstenliebe“ den Pruzzen das Land raubten, um dort einen Stützpunkt aufzubauen. Die Herrschaft des „Deutschen Ordens“ über Länder und Städte des Ostens war Grundlage für das spätere Kolonialregime Preußens.

(1) Preußen, Versuch einer Bilanz, Ausstellungsführer, Geleitwort; (2) Was ist an Preußen dran?, Axel Springer, Berliner Morgenpost 16.8.81; (3) Ausstellungsführer S. 45f; (4) Sie prägen Preußen, Serie, Berliner Morgenpost 19.8.81; (5) BZ 5.8.81.

Genossenschaften

Gesichtspunkte aus der Kollektivierung in der DDR

In einem ersten Artikel über die Genossenschaftsbewegung auf dem Lande hatten wir festgestellt, daß die Bourgeoisie im letzten Jahrhundert die Schlacht um die Bauern vorerst für sich entscheiden hatte (s. Pol. Ber. 11/81): Die Bildung von Kredit- und Vermarktungsgenossenschaften ermöglichte, die Bauern der Kontrolle des Kapitals zu unterwerfen, ohne daß die rückständige Produktionsweise der Parzellenwirtschaft beseitigt worden wäre. Demgegenüber hatte die Arbeiterbewegung für die genossenschaftliche Organisation der landwirtschaftlichen Produktion gekämpft und war unterlegen. Die Frage blieb ungeklärt, ob und welche objektiven Hemmnisse es gab, die den Bauern erschwerten, diesen Weg einzuschlagen. Die Frage ist weiterhin aktuell. In diesem Zusammenhang kann die Untersuchung der Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR einige Aufschlüsse bringen.

Die Bodenreform von 1945/46 leitete in der damals noch „so-wjetisch besetzten Zone“ die Umgestaltung der landwirtschaftlichen Produktionsweise ein. Unmittelbar nach der faschistischen Diktatur und dem von den deutschen Imperialisten entfesselten Raubkrieg stellte sich den Arbeitern und Bauern neben der Zerschlagung des faschistischen Staatsapparates die Hauptaufgabe, die Macht der preußischen Junker, dieser reaktionärsten Stützen der deutschen Monopolbourgeoisie, zu brechen. Unter der Losung „Den Boden denen, die ihn bearbeiten“ wurden bis zum 1.1.1950 fast 3,3 Mio. Hektar Land entschädigungslos enteignet und weitgehend verteilt; dies waren rund 46% der landwirtschaftlichen Nutzfläche, weitgehendst Großgrundbesitz über 100 ha. Hunderttausende von Landarbeitern, landlosen und landarmen Bauern, Umsiedlern und Lohnabhängigen erhielten Land. Die Verteilung wurde in unzähligen örtlichen Versammlungen festgelegt, die Beschlüsse dieser Versammlungen erhielten Gesetzeskraft. Für das Land mußten die Bauern in Raten über 10 bis 20 Jahre den Wert einer Jahresrente zahlen, das lebende und tote Inventar der Gutshöfe übernahmen sie kostenlos. Die Statistik weist, bei einer Zunahme der landwirtschaftlichen Betriebe von 588600 1939 auf 813000 1949, eine Abnahme der Höfe bis 5 ha und eine starke Zunahme der Höfe von 5 bis 10 ha aus.

Einige Kräfte in der KPD und SPD hatten damals die Forderung erhoben, die enteigneten Güter nicht zu verteilen, sondern durch Landarbeiter und Kleinbauern genossenschaftlich zu wirtschaften. Dagegen sprachen v.a. zwei Überlegungen:

Erstens war „bei den landarmen Bauern und Landarbeitern ... die Sehnsucht nach der Bewirtschaftung eines für eine gesicherte Lebenshaltung ausreichenden eigenen Landstückes vorhanden. Dagegen gab es noch keine Bereitschaft unter den Bauern für die genossenschaftliche Zusammenarbeit ... Die Bauern waren von den Vorteilen einer solchen Wirtschaftsreform nicht überzeugt. Außerdem benötigten die großen Betriebe Leiter mit hohen Spezialkenntnissen. Die alten Machthaber hatten jedoch dafür gesorgt, daß sich derartige Kenntnisse nur die Vertreter der kapitalistischen Klasse und der Junker aneignen konnten.“ (1)

Zweitens war durch die Verwüstungen des Krieges, die auf dem Gebiet der späteren DDR ungleich höher waren als in Westdeutschland, die landwirtschaftliche Produktion zum Teil bis auf die Hälfte des Vorkriegsniveaus gefallen. Der drückende Mangel an landwirtschaftlichen Produktionsmitteln, an Dünger, Saatgut, Nutzvieh hätte eine genossenschaftliche Bewirtschaftung der enteigneten Güter vor fast unlösbare Probleme gestellt. Immerhin mußte die Ernährung von damals fast 20 Mio. Menschen in kürzester Zeit sichergestellt werden. Die KPD kam deshalb zu dem Schluß, daß die Aufteilung des Großgrundbesitzes, die Schaffung lebensfähiger Kleinbetriebe, der rasche Übergang von der vorherrschenden extensiven zur intensiven Bewirtschaftung der einzig gangbare Weg sei, die Ernährungsprobleme zu lösen und die Kollektivierung der Landwirtschaft vorzubereiten.

Von großer Bedeutung war hierbei, die Produktivkraft der Arbeit in der Landwirtschaft so schnell und so nachhaltig wie möglich zu heben, das hieß hauptsächlich, die landwirtschaftliche Produktion zu mechanisieren. Als Hauptinstrument dabei erwiesen sich die „Maschinen-Ausleih-Stationen“ (MAS, später „Maschinen-Traktoren-Stationen“ MTS), die 1948 zuerst den „Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe“, später dann direkt staatlichen Organen unterstellt waren.

Hier wurde der größte Teil des Maschinenparks der enteigneten Großgrundbesitzer zentralisiert. Aber nur wenige Maschinen waren nach dem Krieg noch einsatzfähig und konnten den Bauern – gegen geringes Entgelt – zur Unterstützung bei der Bestellung und Ernte ausgeliehen werden. Hinzu kam, daß die Produktion der landwirtschaftlichen Produktionsmittel weitgehend in Westdeutschland konzentriert war. Die SED unter Ulbricht legte jedoch ein großes Gewicht auf die Ausstattung der Bauern mit modernen Produktionsmitteln. Von 1950 bis 1959 stieg der Traktorenbestand der MAS bzw. MTS auf das Vierfache, v.a. aber wurde ihr Maschinenpark nicht nur vergrößert, sondern auch vielfältiger, mit dem Ergebnis: 1950 konnten lediglich 4,5% aller mechanisierbaren Feldarbeiten mit Maschinen und Geräten der MTS durchgeführt werden, 1955 bereits 35,3% und 1958 fast die Hälfte. Die MTS stellten aber nicht nur die Maschinen zur Verfügung, sie sorgten auch für die Wartung und Reparatur, bildeten in der Bedienung aus und boten ganz allgemein die Bauern bei der Anwendung moderner Produktionsverfahren.

Die Einzelbauern wurden durch das MTS-System in die Lage versetzt, sich bei der Entwicklung der Produktion auf den Bau und die Modernisierung von Wirtschaftsgebäuden, Ställen, Scheunen, auf die Anschaffung von Nutzvieh usw. zu konzentrieren. Zugleich konnten sie, wie selbst das (west)deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (2) zugeben mußte, ihren Lebensstandard innerhalb kurzer Zeit deutlich verbessern.

Doch zeigten bereits die ersten Erfahrungen bei der Mechanisierung der landwirtschaftlichen Produktion auf breiter Grundlage, daß die Zersplitterung in klein- und mittelbäuerliche Betriebe ein ernsthaftes Hindernis für die Hebung der Produktivität und die Verbilligung der Produktion bildete. Die Untersuchungen in den ersten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) erwiesen, daß z.B. die Leistungen eines Mähdeschers pro Schicht in der LPG um über 60% höher waren als bei einem Einzelbauern. Die Mechanisierung der „Innenwirtschaft“ konnte unter den Bedingungen der Kleinwirtschaft von vornherein nicht in Angriff genommen werden.

1952 wurde die genossenschaftliche Organisation der Produktion deshalb eingeleitet. Damit die Bauern Erfahrungen sammeln konnten, wurden drei Typen von LPGs errichtet. Im fortgeschrittensten Typ III brachten die Bauern alles Land, lebende und tote Inventar bis auf eine kleine Hauswirtschaft ein. Zwar blieb das Land ihr Privateigentum, die Genossenschaft erhielt jedoch das volle Nutzungsrecht. Der Beitritt war im Großen und Ganzen freiwillig, wurde jedoch durch Schuldenstreichung, billige Kredite, finanzielle Unterstützung an die LPGs, bevorzugte Zur-Verfügung-Stellung der MTS-Maschinen u.ä. gefördert. 1960 wurde die Kollektivierung recht schlagartig beendet: Die Zahl der LPG-Mitglieder verdoppelte sich binnen kurzem, der Einzelbauer hörte auf, in der Landwirtschaft der DDR eine Rolle zu spielen. (3)

Diese Phase der Kollektivierung von 1952 bis 60 war im wesentlichen dadurch gekennzeichnet, daß die landwirtschaftlichen Produktionsmittel genossenschaftliches Eigentum wurden. Oft waren die LPGs jedoch noch nicht mehr als die Summe der zusammengelegten Einzelwirtschaften und weit vom Ziel moderner landwirtschaftlicher Großbetriebe entfernt. Ihre Ausstattung war

fast durchweg schlecht, die Nettoeinnahmen (einschließlich staatl. Förderungsmittel) wurden fast ganz zur Konsumtion verwandt. In der Phase der Konsolidierung ab 1960 dann wurden große Anstrengungen unternommen, die materiellen Voraussetzungen für die Umwälzung der Produktionsweise zu schaffen.

Während die Nettoinvestitionen in der westdeutschen Landwirtschaft beispielsweise in diesem Zeitraum schon weitgehend stagnieren, nehmen sie in der Landwirtschaft der DDR sprunghaft zu. Das DIW kommt zu der Feststellung:

„Die Grundmittelbestände (ohne Vieh – Red.) expandierten von 1955 bis 1974 um 5,4 vH im Jahresdurchschnitt; überdurchschnittlich war die Zunahme in den sechziger Jahren. Die Kapitalausstattung je Beschäftigten ... hat sich zwischen 1955 und 1974 fast verfünffacht. 1955 betrug der Grundmittelbestand je landwirtschaftlich Beschäftigten nur ein Drittel der Kapitalausstattung eines Industriearbeiters, 1974 waren es bereits 70vH.“ (2)

Aus welchen Mitteln wurde der gewaltige Zufluß von Kapital in die Landwirtschaft bestritten? 1961 noch werden die Investitionen zu fast zwei Dritteln durch Kredite und staatliche Förderungsmittel finanziert, 1970 bereits zu 73% aus den Eigenmitteln der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Bis in die Mitte der 60er Jahre hatte der Staat die Akkumulation in der Landwirtschaft vorwiegend durch direkte Subventionierung der Produktionsmittelpreise gefördert. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre jedoch wurden die Preise z.T. beträchtlich erhöht. Diese Preiserhöhungen werden jedoch durch die stetige Erhöhung der Erzeugerpreise mehr als ausgeglichen. Mark und DM gleichgesetzt (tatsächlich ist die Kaufkraft der Mark höher), übertrafen die Erzeugerpreise in der DDR die in der BRD 1955 um 20%, 1971 schon um durchschnittlich 80%. (4) Die Hebung der Erzeugerpreise war das Hauptmittel der Akkumulation und der Entfaltung der genossenschaftlichen Produktion.

Zweierlei mag auf den ersten Blick widersprüchlich wirken: Erstens ist die Kollektivierung der Landwirtschaft für die Volkswirtschaft der DDR teuer gewesen, denn stattgefunden hat eine größere Verschiebung gesellschaftlicher Mittel in die Landwirtschaft. Zweitens ist trotz allem die Kapitalausstattung der Landwirtschaft in der BRD bedeutend höher als in der DDR.

Beides klärt sich aber auf: Die Umwälzung der landwirtschaftlichen Produktionsweise, die Annäherung der Produktivität der Arbeit an den gesellschaftlichen Durchschnitt macht die Bereitstellung moderner Produktionsmittel nötig. Das ist kurz- und mittelfristig teuer. Langfristig sind die Kosten eher gering. Der Maschinenbesatz der Landwirtschaft, in Stück pro 100 ha, ist im letzten Jahrzehnt in der DDR eher gesunken. Die genossenschaftliche Produktion ermöglicht u.a. die rationelle Ausnutzung der Maschinerie. In der BRD, wo der Maschinenbesatz bei Traktoren fast viermal und bei Mähreschern zweieinhalbmal so hoch war, waren die Maschinen 1967 zu weniger als 50% ausgelastet; die Betriebsstundenzahl der Traktoren lag in der DDR dreimal so hoch wie in der BRD.

Ergebnis des Ressourcentransfers ist schließlich, daß die landwirtschaftlichen Produzenten die Bevölkerung der DDR fast vollständig mit Nahrungsmitteln versorgen können. Das landwirtschaftliche Produkt pro Kopf der Bevölkerung, 1956 – 60 in der DDR und BRD noch fast gleich, liegt 1971 – 73 um 27% höher. Zwar war der Anteil der bäuerlichen Erwerbstätigen auch höher, aber in vergleichbarer Größenordnung. Mit der Entwicklung der Produktion wurde ebenfalls die materielle und kulturelle Lage der Genossenschaftsbauern deutlich angehoben.

In der BRD ist die relativ hohe Kapitalausstattung der Landwirtschaft indes keineswegs Anzeichen für das Wohlergehen der arbeitenden Bauern. Im Gegenteil geht die „Übersorgung“ an Kapital einher mit der Tatsache, daß die Masse der arbeitenden Bauern die notwendigen Produktionsmittel nicht zur Verfügung hat, geht die Beschaffung von Maschinen einher mit der Verschuldung und Verarmung der Produzenten. Gerade auch weil es den arbeitenden Bauern, für die die genossenschaftliche Zusammenarbeit der einzige Ausweg ist, an Kapital fehlt, ist der Schritt in diese Richtung schwer.

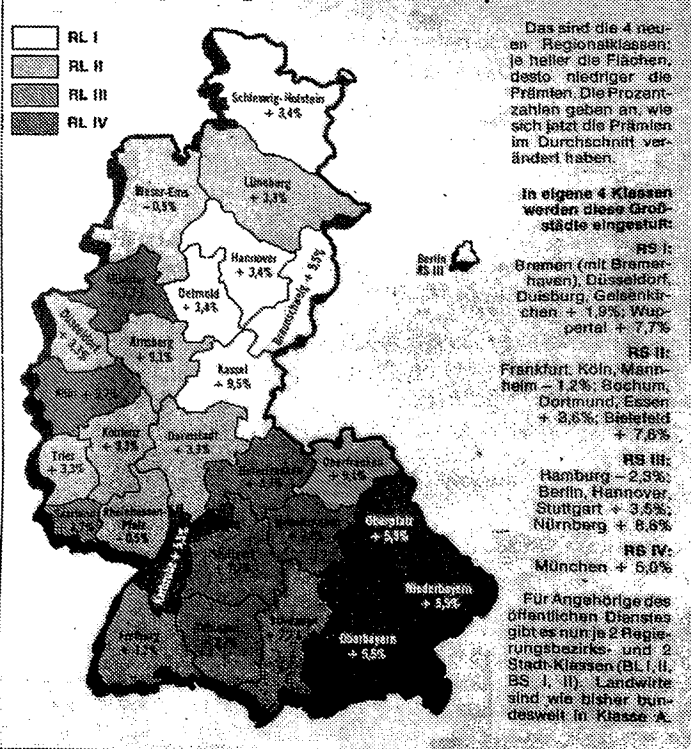
Kraftfahrtversicherungstarif

Zinslose Kredite und Schröpfen der „mobilen Arbeitskraft“

Ab 1. Juli gelten neue Tarife für die Kraftfahrzeugversicherung. In der Bundesrepublik und Westberlin waren 1980 26886504 Kfz pflichtversichert. Die Versicherungen haben dafür rund 15,5 Milliarden DM Prämie kassiert. Die neuen Tarife beinhalten nicht nur eine Neukalkulation der Prämie aufgrund „Kostensteigerung“, sondern Veränderungen in der Tarifstruktur, insbesondere die Neueinteilung der Regionalklassen (statt bisher 6 jetzt je 4 für Regierungsbezirke und Großstädte) und der PS-Klassen (Wegfall der drei kleinsten PS-Klassen).

Grundsätzlich haben sich die Versicherungskapitalisten vom Bundesaufsichtsamt für Versicherungswesen, einer Behörde des Bundesfinanzministeriums, eine Erhöhung der Grundprämie von 4,2% bewilligen lassen. Der Schadensbedarf (Schadensaufwand durch Anzahl der versicherten Fahrzeuge) ist aber nur um 2,4% auf 1980 DM 399 gestiegen, der Personalkostenanteil an den Stückkosten seit 5 Jahren rückläufig. Schon jetzt steht fest, daß die meisten Versicherungsgesellschaften mehr als die Beitragserhöhung als „technischen Überschuß“ an die Versicherten zurückerstatten müssen. Gerade jetzt werden bis zu 30% der Jahresprämie 1980 zurückgezahlt, 3% der Jahreseinnahme aus der K-Versicherung insgesamt. Auf diese Weise haben sich die Versicherungskapitalisten einen zinslosen Kredit von insgesamt 473 Mio. DM verschafft, für den sie nicht mal Steuern zahlen, während die Versicherten die anteilmäßig überzahlte Versicherungssteuer nicht zurückbekommen. Zusätzlich zur allgemeinen Prämienenerhöhung wirken die Tarifstrukturmaßnahmen steigend oder senkend auf die Beiträge. Die Neufassung der Regionalstruktur führt zur Prämienenerhöhung in den bisher günstigsten Regionen, die z.T. durch Absenkung in den bisher ungünstigsten kompensiert wird. Mit Ausnahme von Nürnberg, München und Wuppertal ist das Stadt-Land-Gefälle zuungunsten des Landes und besonders der Pendler verschoben. Auch dort, wo in Großstädten die Beiträge steigen, liegen sie unter der Grunderhöhung von 4,2%. Von den Landbezirken sind die in der Oberpfalz, Nieder- und Oberbayern auf dieselbe Stufe wie der Regierungsbezirk Köln gehoben worden. Es gibt Forderungen im DGB, die auf die Verzinsung des technischen Überschusses, Rückzahlung der Versicherungssteuer und „mehr Beitragsgerechtigkeit“ gehen. Diese kann aber eigentlich nur über eine Entlastung der niedrigen und mittleren Beitragsklassen durch Mehrzahlung der höheren gehen.

Je nach Region steigen oder sinken die Haftpflicht-Prämien



(1) W. Ulbricht, Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. I und II, Berlin 1961, S. 116f.
 (2) H. Lambrecht, Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960, hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Westberlin 1976
 (3) Als Vorurteil verbreitet die westdeutsche Bourgeoisie, daß die sog. „Zwangskollektivierung“ in der DDR einer der Hauptgründe für die Flüchtlingsströme gewesen sei. Die Zahlen widerlegen dies: Der Anteil der Bauern an der erwerbstätigen Bevölkerung betrug 52 – 60 durchschnittlich 14%, ihr Anteil an den Republikflüchtlings dagegen nur 6%.
 (4) Damit die hohen Erzeugerpreise nicht auf die Verbraucherpreise durchschlagen, werden diese subventioniert.

Effektive Marktpreise der Arbeitskraft — Trend im Jahr 1980

Zur Beurteilung der Lohnsituation zieht man gewöhnlich die Steigerungsrate des Durchschnittslohnes heran und vergleicht mit der Inflationsrate; aber so einfach dieses Verfahren auch scheint, so unvollkommen sind die Ergebnisse. Wichtige Fehlerquellen dieser Beurteilungsmethode sind:

— Der Durchschnittslohn ergibt sich aus Teilung der Gesamtlohnsumme durch Gesamtzahl der Beschäftigten. Die Rate des Durchschnittslohns kann bei zunehmender Beschäftigung deswegen niedriger aussehen, als für den einzelnen Lohnabhängigen Tatsache ist, dann nämlich, wenn hauptsächlich in den unteren Lohnzonen Einstellungen erfolgen, wie auch der umgekehrte Fall denkbar ist.

— Selbst wenn man eine exakt gleichbleibende Beschäftigung annimmt, braucht der Durchschnittslohn nicht mit den Raten der tatsächlich erzielten Löhne und Gehälter übereinzustimmen; eine Zahl von Arbeitern und Angestellten mag abgruppiert und dadurch in niedrigere Lohnzonen gedrückt worden sein, eine andere höhergruppiert und entsprechend in höhere Lohnzonen gewandert.

— Endlich braucht die Rate des Durchschnittslohns auch dann nicht mit der von den einzelnen Lohnabhängigen erzielten Lohnrate übereinzustimmen, wenn man beide oben genannten Fälle ausschließt und also sowohl eine gleichbleibende Beschäftigung annimmt wie innerhalb dieser ein Gleichbleiben der einzelnen Lohnabhängigen bei ihren konkreten Tätigkeiten, d.h. bei ihrer tariflichen Einstufung. Der Effektivlohn kann für die eine Art Beschäftigung gesenkt werden, z.B. durch Kürzung von außertariflichen Zulagen usw. usf., und für die andere gehoben werden, z.B. durch Gewährung derartiger Zuschläge.

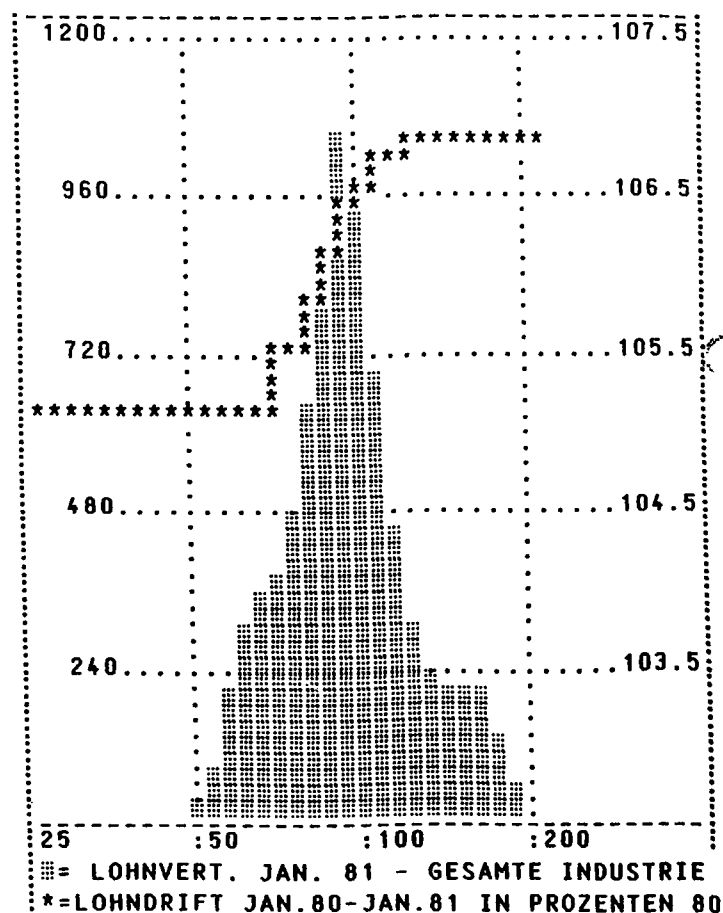
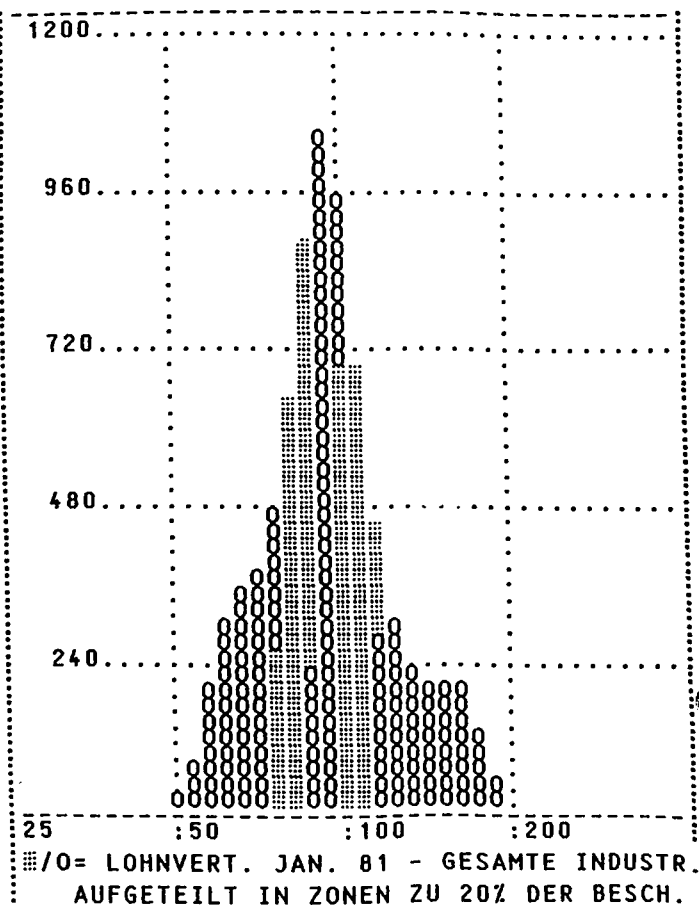
In der Praxis mischen sich diese Faktoren alle zu einem Gesamtergebnis. Die Zerlegung dieses Gesamtergebnis in seine Faktoren ist zur Vorbereitung einer Lohnbewegung wirklich wichtig: denn über Lohnabkommen ist direkt bloß der Problembereich zu fassen, der unter dem dritten Spiegelstrich angerissen ist. Obgleich der Fall — gleichbleibende Beschäftigung, Gleichbleiben aller Beschäftigten in der Eingruppierung — in der Praxis nicht eintritt, läßt sich ein solcher Fall rechnerisch vorspiegeln, wobei sich am Ziel einer solchen Rechnung ergibt, wie sich die Marktpreise für die verschiedenen tarifierten Tätigkeiten in etwa bewegt haben.

Die Bewegung dieser Marktpreise lag bereits 1980 für einen erheblichen Teil der Beschäftigten in der Industrie unter der Inflationsrate. Ihre Durchschnittsrate von 6,8% (die dieselbe Statistik ausweist), wurde nur in den höheren Lohnklassen überhaupt erreicht, d.h. diese Durchschnittsrate war erheblich beeinflußt durch Entlassungen im Niedriglohngebiet und Einstellungen in höheren Lohnzonenbereichen (siehe dazu Politische Berichte 16/81, 17/81).

Wichtig für das Verständnis der Umstände der Lohnbewegungen des letzten Winters ist folgendes: Die Marktsituation war für die nach Lohnzonen eingeteilten Beschäftigten entgegengesetzt. Im unteren Bereich der Lohnskala überwogen die Entlassungen die Einstellungen erheblich, im höheren Bereich die Einstellungen die Entlassungen. Im unteren Bereich lag die Rate der Marktpreise für die entsprechenden Tätigkeiten unter der Inflationsrate, und zwar erheblich, im höheren Bereich darüber, und zwar ebenfalls erheblich. Da der Lohnkampf bloß als Kollektivaktion der Lohnabhängigen möglich ist, erklärt sich sowohl die Leidenschaft der Lohnbewegungen dieses Winters als auch die matte Durchschlagskraft.

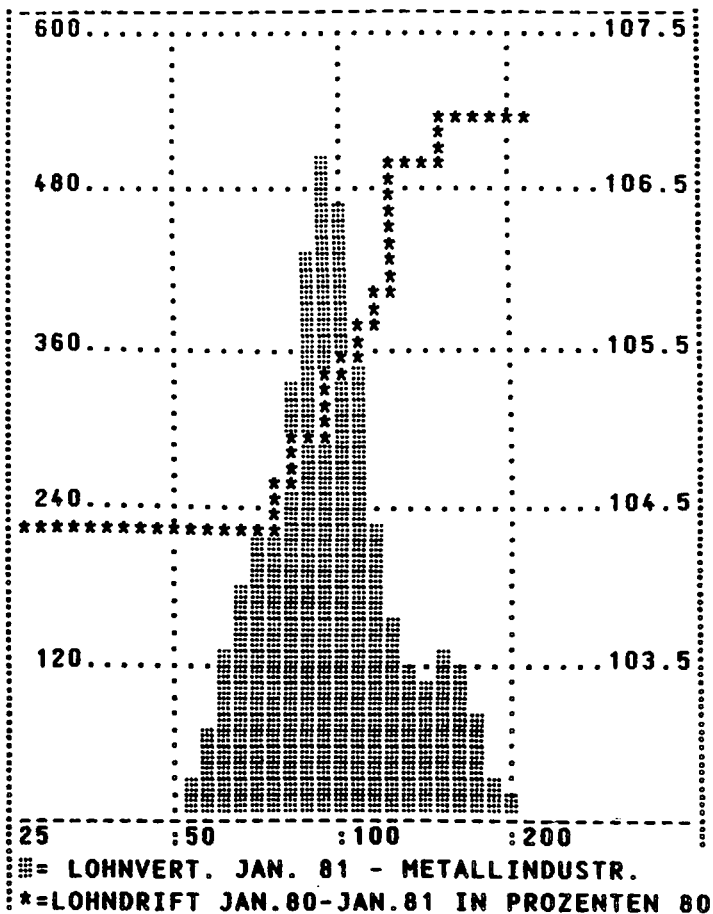
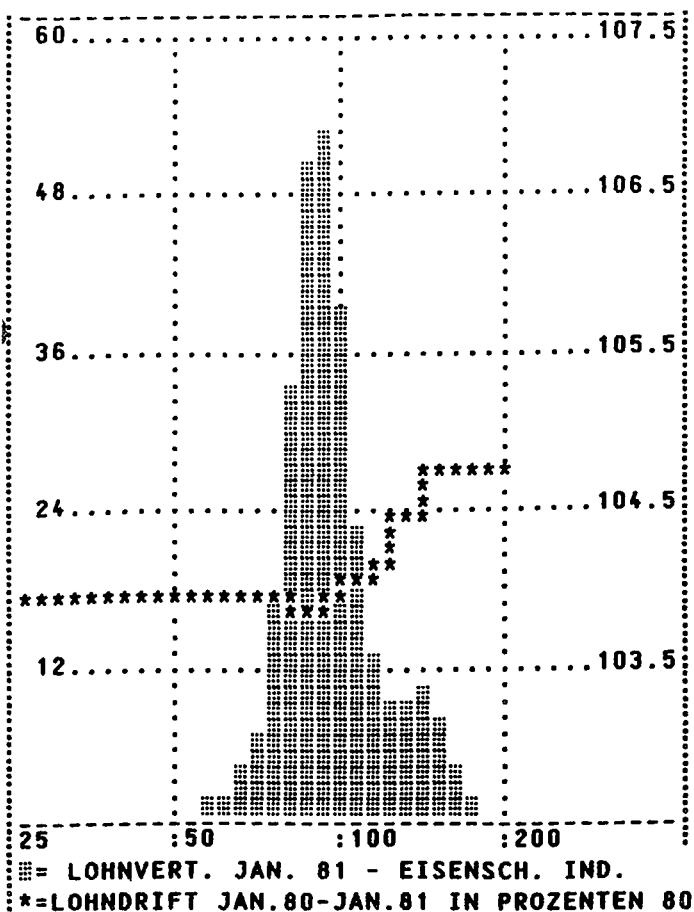
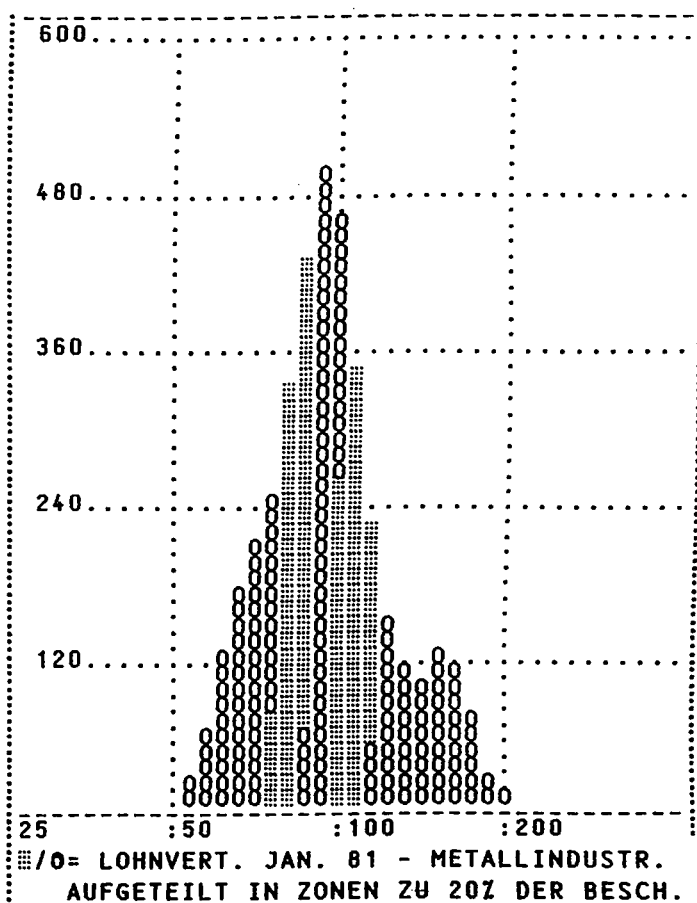
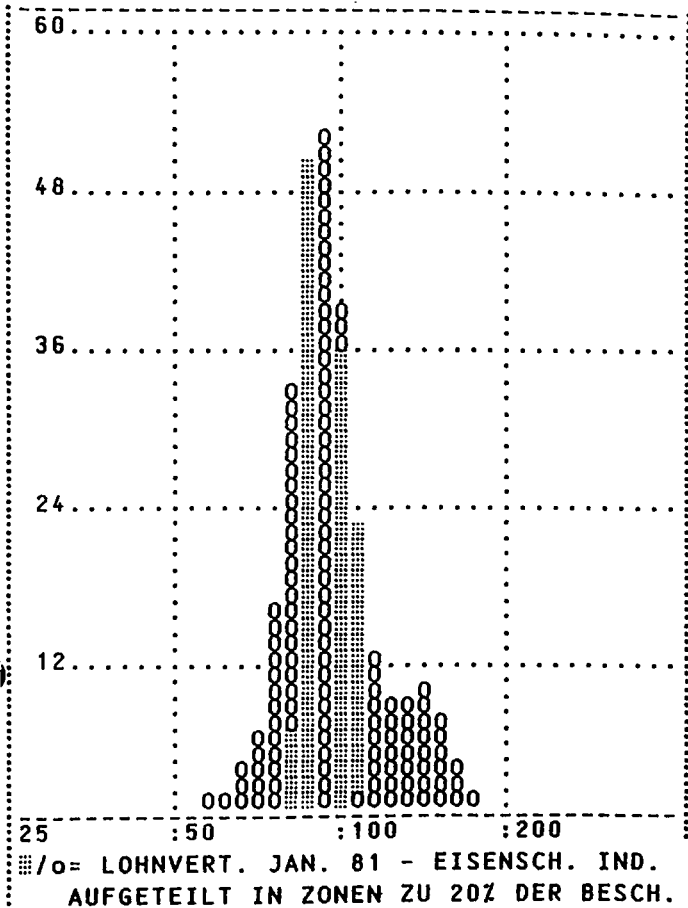
Kein Wunder auch, daß im Laufe des Jahres 1980 die Entwicklung der Löhne und Gehälter (zu diesem Zeitpunkt lagen statistische Daten noch nicht vor) ziemlich umstritten war: Wer immer seine Beurteilungskriterien aus den Lohn- und Gehaltsumständen bestverdienender Facharbeiter und gut verdienender Angestellter zieht, der mußte im Jahre 1980 den Eindruck steigender Löhne und Gehälter gewinnen und konnte sich dabei auf die Steigerungsrate des Durchschnittslohnes berufen, weil's halt so üblich ist.

Anzunehmen ist übrigens, daß 1981 der Anteil der Beschäftigten, deren Beschäftigung mit einer höheren Rate als der Inflationsrate gezahlt wird, abgenommen hat.



Skala links: Beschäftigte in Tausend

Skala rechts: Lohn 1981 geteilt durch Lohn 1980 in Prozenten des Lohns von 1980.



Lohn drift: Für Januar 80 wurde die gleiche Beschäftigung eingesetzt wie im Januar 81. Bei so gleichgesetzter Beschäftigung wurde in 10%-Zusammenfassungen der Beschäftigten die Bewegung ihrer Löhne verglichen.

Quellen: Fachserie 16, Löhne und Gehälter, Reihe 2.1 und 2.2 des Statistischen Bundesamtes; Fachserie 4, Produzierendes Gewerbe, Reihe 4.1.1 des Statistischen Bundesamtes.

Öffentliche Dienste

Ziele des Sparprogramms von Bund und Länderregierungen



Politische Entrechtung per völlige Beseitigung von Tarifrechten der Beamten. Kapitalistische Rationalisierung durch Erhöhung der Arbeitsintensität infolge Stellenstreichungen. Lohnsenkung durch Herausspalten der Beamten. Die Folgen: So weit in der Arbeiterbevölkerung ein Interesse an den Leistungen im öffentlichen Dienst besteht: Verminderung! So weit der Lohnstandard im öffentlichen Dienst auf den Gesamtarbeitsmarkt sich auswirkt: Lohnsenkung!

Rohstoffpolitik

Dritte Welt im Kampf um eine „Neue Weltwirtschaftsordnung“

Im Oktober 1973 setzten die in der OPEC zusammengeschlossenen erdölexportierenden Staaten der Dritten Welt zum ersten Mal spürbare Preisanhebungen für ihr Rohöl durch. Ein Jahr später erzwangen die Staaten der Dritten Welt in der UNO die Verabschiedung einer „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten“, in der die Errichtung einer „Neuen Weltwirt-

schaftsordnung“ gefordert wurde. Sieben Jahre später hat sich die Lage der meisten der Staaten der Dritten Welt weiter verschlechtert, ist ihre Schuldenlast bei den Imperialisten enorm gewachsen, die OPEC selber in einer schweren Krise. Welche Schwierigkeiten müssen die Staaten der Dritten Welt im Kampf gegen ihre imperialistische Ausplünderung überwinden?



Anti-Kriegstag

Bericht über Aktionen in der BRD und Westberlin



1. September 1939: Die faschistischen Truppen Deutschlands überfallen Polen. Der zweite Weltkrieg beginnt. – 1. September 1981: „Die Gewerkschaft fordert, daß umgehend Verhandlungen mit dem Ziel aufgenommen werden, eine weitere Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Ost und West zu verhindern und die vorhandenen ab-

zubauen,“ erklärt der DGB-Bundesvorstand. In vielen Orten der Bundesrepublik und Westberlin führt der DGB Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen durch. Anders als in früheren Jahren bilden sich viele örtliche Aktionseinheiten von verschiedenen politischen Gruppen. Sie fordern z.T. den Austritt der BRD aus der NATO.

US-Imperialismus

Reagans Strategie im Nahen Osten

Die indirekten Verhandlungen der USA mit der PLO über den Waffenstillstand im Libanon schienen eine Wende in der US-Nahost-Politik anzudeuten. Die Flottenprovokation gegen Libyen und die Lieferung von Kampfflugzeugen an Israel trotz der Bombenangriffe auf Bagdad und Beirut zeigen, worauf die Reagan-Regierung in der Region zusteuert: auf Krieg. Spaltung der arabischen Welt soll den Weg dazu freimachen.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich – Preis 2,- DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften. Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:
Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Teil 0221/ 517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement incl. Versand 29,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 58,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement incl. Versand 40,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 80,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelausgaben Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement incl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/ 517457